

# Stenographisches Protokoll.

## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Freitag, den 19. November 1920.

Tagesordnung: Bericht des Geschäftsordnungsausschusses.

### Inhalt.

#### Personalien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen in Wien gegen den Abgeordneten Matthias Eidersch wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre und gegen den Abgeordneten August Forstner wegen Übertretung nach § 312 St. G. (Seite 20), sowie des Bezirksgerichtes St. Pölten gegen den Abgeordneten Heinrich Schneidmabl wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes (Seite 20) — Zuweisung an den zuständigen Ausschuß (Seite 20).

#### Geschäftsführung.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Geschäftsführung bis zum Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung (Seite 15).

#### Aufschriften der Bundesregierung.

Betreffend die Gesetzentwürfe:

1. betreffend das Bundesgesetzblatt (1 der Beilagen [Seite 20]);

2. betreffend die Stellung des Burgenlandes als selbstständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung (2 der Beilagen [Seite 20]);

3. betreffend die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zum Auslande (3 der Beilagen [Seite 20]);

4. über die Ausdehnung der Krankenversicherung (VI. Novelle zum Krankenversicherungsgesetze) (4 der Beilagen [Seite 20]);

5. betreffend vorbereitende Maßnahmen zur Neuordnung der Krankenversicherung der Arbeiter (5 der Beilagen [Seite 20]);

6. über die Verschiebung der Volkszählung (6 der Beilagen [Seite 20]);

7. über die Erhöhung der Wertgrenzen und Geldstrafen in den Strafgesetzen (III. Strafgesetznovelle vom Jahre 1920) (7 der Beilagen [Seite 21]);

8. über eine Amnestie für das Abstimmungsgebiet von Klagenfurt (8 der Beilagen [Seite 21]);

9. betreffend Abänderungen des Gesetzes vom 4. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 94, über die Ablösung der Zinsgründe (9 der Beilagen [Seite 21]);
10. wirksam für die Länder Tirol und Vorarlberg, betreffend die rechtliche Behandlung des ober- und unterhalb der Vegetationsgrenze liegenden Kahlgesteines (Kahlgesteinsgesetz) (10 der Beilagen [Seite 21]);
11. zur Durchführung des V. Teiles und Artikels 184 des Staatsvertrages von St. Germain (11 der Beilagen [Seite 21]);
12. über Kreditoperationen (13 der Beilagen [Seite 21]).

### **Zuschrift des Staatskanzleramtes,**

betreffend den Vertrag zwischen der tschecho-slowakischen Republik und der Republik Österreich über Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz, datiert von Brünn, den 7. Juni 1920 (14 der Beilagen [Seite 21]).

### **Staatskommission für Sozialisierung.**

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Demission des Abgeordneten Dr. Wilhelm Ellenbogen als Präsident dieser Kommission ([Seite 20] — Zuweisung der Zuschrift an den Hauptausschuß [Seite 20]).

### **Bivalkommissariat im Bundesministerium für Heereswesen.**

Zuschrift des Bundesministeriums für Heereswesen, betreffend die Vornahme der Neuwahl des Bivalkommissariats (Seite 22).

### **Ausschuß für das Kriegsanleihegesetz.**

Zuschrift des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend die Neuwahl des fünfgliedrigen Ausschusses für das Kriegsanleiheübernahmegesetz (Seite 22).

### **Kontrolle der gesamten Liquidierung.**

Zuschrift des Staatssekretärs für Finanzen, betreffend die Äußerung des Staatsamtes für Finanzen zu dem von den Liquidierungsinspektoren an die Nationalversammlung erstatteten Tätigkeitsberichte (954 der Beilagen) vom 8. Juli 1920 (15 der Beilagen [Seite 22]).

## **Verhandlungen.**

Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend ein Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates und die Geschäftsordnung des Nationalrates (12 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler [Seite 15] — Spezialdebatte über das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates — Redner: Abgeordneter Dr. Waber [Seite 17], Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler [Seite 17] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 18] — Spezialdebatte über die Geschäftsordnung des Nationalrates — Redner: zu §§ 61 und 67 Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler [Seite 18] — Annahme der Geschäftsordnung [Seite 19]).

Wahl des 15gliedrigen Hauptausschusses — Redner: Abgeordneter Fint (Seite 19).

## **Unterbrechung der Sitzung (Seite 19).**

## **Ausschüsse.**

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Konstituierung des Geschäftsordnungsausschusses (Seite 15).

## **Dringliche Anfragen:**

1. der Abgeordneten Eidersch, Freundlich, Wiedenhofer, Popp und Genossen an die Bundesregierung über die Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung — (Redner: Abgeordneter Eidersch [Seite 22 und 39], Leiter des Bundesministeriums für Volksernährung Sektionschef Dr. Grünberger [Seite 26] die Abgeordneten Hofer [Seite 29], Dr. Eisler [Seite 30], Geisler [Seite 33], Popp [Seite 34], Lanner [Seite 35], Kunisch [Seite 36], Wollner [Antrag auf Schluß der Debatte Seite 42] — Generalredner kontra Abgeordneter Dr. Waned [Seite 42] — Generalredner pro Abgeordneter Wiedenhofer [Seite 44], Abgeordneter Sever [tatsächliche Berichtigung] [Seite 45], Abgeordneter Witternigg [tatsächliche Berichtigung] [Seite 46] — Annahme des Antrages des Abgeordneten Kunisch [Seite 47]);
2. der Abgeordneten Scheibin, Dr. Deutsch, Witternigg und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die bewaffneten Heimwehren in einigen Bundesländern — (Redner: Abgeordneter Scheibin [Seite 47], Bundesminister für Inneres und Unterricht Breisky [Seite 49], Abgeordneter Dr. Deutsch [Seite 50]).



## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Spalowsky, Fischer, Steinegger und Genossen auf Schaffung eines Gesetzes über Arbeiterschiedsgerichte (16 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Diwald, Gruber, Eisenhut und Genossen in Angelegenheit der Beschaffung eines außerordentlichen Kredites zum Ankauf von Buchstiftern aus der Schweiz (17 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Fischer, Paulitsch und Genossen, betreffend die Errichtung von Journalistenkammern (18 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Fischer, Klegmayer, Steinegger und Genossen, betreffend Schaffung eines zeitgemäßen Angestelltenbuches (19 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Dr. Anton Maier, Fischer, Paulitsch, Steinegger, Dr. Odehnal, Dr. Ramek und Genossen, betreffend die Neuregelung des Pensionistengesetzes (20 der Beilagen);
6. der Abgeordneten Schmitz, Dr. Schneider und Genossen, betreffend ein Gesetz über Wohnsiedlungen (21 der Beilagen);
7. der Abgeordneten Geisler, Mayr, Reuhöfer, Niedrist, Scharfegger und Genossen, betreffend Schaffung einer Altersversorgung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Kleinbauern (22 der Beilagen);
8. der Abgeordneten Paulitsch, Scharfegger und Genossen wegen ehefter Zwangsmaßnahme des Baues der Kärntner Ostbahn Klagenfurt—Völkermarkt, Wolfsberg, beziehungsweise wegen vorläufiger Herstellung eines verbilligten Kraftwagenverkehrs auf vorgenannter Strecke (23 der Beilagen);
9. des Abgeordneten Schneidmahl und Genossen auf ein Gesetz über die Ablösung von landwirtschaftlichen Pachtgründen (24 der Beilagen);
10. des Abgeordneten Weber und Genossen, auf Erweiterung des Pächtersbuches (25 der Beilagen);
11. der Abgeordneten Weber, Schneidmahl, Hammerstorfer und Genossen auf Ablösung und Regelung von Naturalgiebigkeiten an Kirchen, Pfarren und Mefnerereien (26 der Beilagen);
12. der Abgeordneten Zelenka, Allina, Ulrich, Schulz und Genossen, betreffend die Umgestaltung von Dienstverhältnissen der Unterbeamten und Diener des Bundes (27 der Beilagen);
13. der Abgeordneten Popp, Schleginger, Zelenka, Kaufsja und Genossen auf Abänderung einiger Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (28 der Beilagen);
14. der Abgeordneten Wiedenhofer, Woschek, Weßl und Genossen auf Abänderung des Gesetzes vom 27. November 1896, R. G. Bl. Nr. 218, betreffend die Einführung von Gewerbegerichten und die Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse (29 der Beilagen);
15. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Bewilligung einer Notstandsanzuße an die Abbrändler in der Gemeinde Klosterneuburg (30 der Beilagen);
16. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wimmer und Genossen, betreffend die Zulassung der Absolventen der land- und forstwirtschaftlichen Mittelschulen zum Studium an der Hochschule für Bodenkultur (31 der Beilagen);
17. der Abgeordneten Dr. Zeidler, Dr. Urjin und Genossen, betreffend Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes zum Zweck freier Arztwahl (32 der Beilagen);
18. der Abgeordneten Dr. Sträßner, Dr. Frank und Genossen, betreffend die Schaffung eines Ausnahmengesetzes gegen Preistreiberi sowie Schleich- und Kettenhandel (33 der Beilagen);
19. der Abgeordneten Lump, Dr. Strassner und Genossen, betreffend die Aufhebung der kaiserlichen Verordnung vom 16. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 284 (34 der Beilagen);

20. des Abgeordneten Dr. Straffner und Genossen, betreffend Schaffung eines neuen Koalitionsgesetzes (35 der Beilagen);
21. der Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Dinghofer, Dr. Schürff und Genossen, betreffend das Verhältniswahlrecht für alle öffentlichen Versicherungsanstalten (36 der Beilagen);
22. der Abgeordneten Lanner, Dr. Schönbauer, Altenbacher, Größbauer, Egger, Kollarz und Genossen, betreffend Einführung der Sozialversicherung für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Kleinbauern (37 der Beilagen);
23. des Abgeordneten Lump, Wimmer und Genossen, betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Überprüfung der Geschäftsgebarung der Landwirtschafts- Agrotterra und Ana (38 der Beilagen);
24. der Abgeordneten Eisenhut, Dersch, Geyer und Genossen, betreffend Erhöhung der Dotation für Meliorationen (39 der Beilagen);
25. der Abgeordneten Gruber, Eisenhut und Genossen in Angelegenheit der Verbilligung von Futtermitteln zur Schweinemast (40 der Beilagen);
26. der Abgeordneten Höchtl, Gruber, Eisenhut und Genossen in Angelegenheit der Beschaffung eines außerordentlichen Kredites zur Beschaffung von Buchschweinen aus England (41 der Beilagen);
27. der Abgeordneten Stöckler, Eisenhut, Gruber, Scharfegger und Genossen, betreffend die Bereitstellung eines Kredites zur Beschaffung von Deckhengsten (42 der Beilagen);
28. der Abgeordneten Buchinger, Eisenhut, Gruber und Genossen in Angelegenheit der Verbilligung von Sämereien zur Anlage von Wiesen und Weiden (43 der Beilagen);
29. der Abgeordneten Hofner, Eisenhut, Gruber und Genossen auf Verbilligung von Kunstdünger (44 der Beilagen);

## Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Schoepfer, Niedrist und Genossen an den Bundesminister für Inneres und Unterricht, betreffend die Ernennung von Gendarmen in Osttirol (Anhang I, 1/I);
2. der Abgeordneten Schoiswohl, Hojch, Buchinger, Weiß, Niedrist, Geisler, Scharfegger, Juch und Genossen an den Bundesminister für Inneres und Unterricht wegen der Zunahme der Unsicherheit auf dem Lande und der in letzter Zeit sich mehrenden Morde an Gendarmen (Anhang I, 2/I);
3. der Abgeordneten Schoiswohl, Pirchegger und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die Beschlagnahme des vormaligen kaiserlichen Fondsvermögens durch die frühere Regierung der Republik Österreich (Anhang I, 3/I);
4. der Abgeordneten Zwanzger, Schlager, Domes, Dr. Eisler, Muchitsch und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Freischürfe im Passailer Becken in der Ostteiermark (Anhang I, 4/I);
5. des Abgeordneten Muchitsch und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Vollabfertigung in Leibnitz (Anhang I, 5/I);
6. der Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Ursin und Genossen an den Staatssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Beteiligung aktiver Staatsangestellter als Verwaltungsräte bei der österreichischen Wäsche- und Bekleidungsaktiengesellschaft (Anhang I, 6/I);
7. der Abgeordneten Dr. Straffner, Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Inneres und Unterricht wegen der Gendarmeriemorde im Bezirke Siens (Anhang I, 7/I);
8. des Abgeordneten Dr. Straffner und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die Übernahme jener Ruheständler, Witwen und Waisen, die in den nunmehrigen italienischen, ehemals österreichischen Gebieten Dienst taten und dort in den Ruhestand getreten sind (Anhang I, 8/I).



2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

13

An Druckschriften sind eingelangt:

- 25 Exemplare des Berichtes über die XXXIX. regelmäßige Jahresitzung der Generalversammlung der Oesterreichisch-ungarischen Bank am 2. Juni 1920;
- 25 Exemplare des Berichtes der außerordentlichen Sitzung der Generalversammlung der Oesterreichisch-ungarischen Bank am 31. Oktober 1919;
- 10 Exemplare des Berichtes „Mitteilungen über den österreichischen Bergbau“ (1. Jahrgang 1920);
- 10 Exemplare Anbauflächen und Ernteergebnisse im Gebiete der Republik Österreich im Jahre 1919;
- 12 Exemplare des Berichtes der Gewerbeinspektoren Österreichs über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1919.

---

Zur Verteilung gelangen am 19. November 1920:

- die Regierungsvorlagen 1 bis 11, 13 und 14 der Beilagen;
  - der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses 12 der Beilagen.
-





## Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Dr. Weiskirchner**,  
zweiter Präsident **Eldersch**, dritter Präsident  
**Dr. Dinghofer**.

Schriftführer: **Büsch**, **Dr. Gimpl**.

Vorsitzender im Kabinett: Bundesminister  
**Dr. Mayr**.

Bundesminister: **Breisky** für Inneres  
und Unterricht, **Haureis** für Land- und Forst-  
wirtschaft, **Heinl** für Handel und Gewerbe,  
Industrie und Bauten, **Dr. Pella** für Verkehrswesen.

Staatssekretäre: **Miklas** im Bundes-  
ministerium für Inneres und Unterricht, **Dr. Retsch**  
im Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Leiter des Bundesministeriums für  
Volksnahrung: Sektionschef **Dr. Grün-  
berger**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für  
eröffnet.

Ich habe die Ehre, mitzuteilen, daß der Ge-  
schäftsordnungsausschuß sich am 10. November  
konstituiert und gewählt hat: zum Obmann  
den Herrn Abgeordneten **Fink**, zum Obmannstell-  
vertreter den Herrn Abgeordneten **Sever**, zu  
Schriftführern die Herren Abgeordneten **Dr.  
Waber** und **Schönsteiner**.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, mache  
ich noch besonders darauf aufmerksam, daß wir bis  
zum Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung ohne  
Geschäftsordnung die Verhandlungen durchzuführen  
haben.

Ich schlage daher vor, daß wir uns bei der  
folgenden Beratung an die Bestimmungen der Ge-  
schäftsordnung der Konstituierenden Natio-  
nalversammlung sinngemäß halten, mit Aus-  
nahme jedoch der Fristbestimmungen, so jener für  
die Auflegung von Ausschußberichten und für die  
Vornahme einer dritten Lesung.

Wird eine Einwendung erhoben? (Nach einer  
Pause:) Es ist nicht der Fall, ich werde daher in  
diesem Sinne vorgehen.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung.

Erster Punkt der Tagesordnung ist der  
Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, be-  
treffend ein Bundesgesetz über die Geschäfts-

ordnung des Nationalrates und die Ge-  
schäftsordnung des Nationalrates (12 der  
Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete  
**Dr. Alfred Gürtler**. Ich ersuche ihn, die General-  
debatte einzuleiten.

Berichterstatter **Dr. Alfred Gürtler**: Hohes  
Haus! Als Grundlage für die nunmehr dem Natio-  
nalrate zu gebende Geschäftsordnung hat eine Aus-  
arbeitung gedient, die sich daraus ergeben hat, daß  
man die alte Geschäftsordnung der Konstituierenden  
Nationalversammlung hernahm und in ihr nun jene  
Änderungen vornahm, die sich selbstwirkend aus der  
Verfassungsgesetzgebung ergaben. Es hat dadurch die  
Geschäftsordnung des Nationalrates einige wesentliche  
Änderungen erlitten. In diesen Belangen war die  
Tätigkeit des Geschäftsordnungsausschusses eine ver-  
hältnismäßig einfache; er hatte nichts zu tun, als  
wie diesen selbstwirkend eintretenden Veränderungen  
seine Zustimmung zu geben. Vielsach handelte es  
sich ja um die wörtliche Wiedergabe von Ver-  
fassungsbestimmungen in der Geschäftsordnung, be-  
ziehungsweise im Geschäftsordnungsgesetz, ander-  
seits, soweit es nicht wörtliche Wiedergaben betraf,  
konnte höchstens die eine oder die andere stilistische  
Veränderung vorgenommen werden.

Des weiteren — das will ich gleich nebenbei  
erwähnen — ging der Geschäftsordnungsausschuß  
von dem Gesichtspunkte aus, gewisse obsolet ge-  
wordene Bestimmungen, an deren Einhaltung niemand  
im Ernst gedacht hatte, aus der Geschäftsordnung  
zu entfernen. Sonst traten an wesentlichen Gesicht-  
punkten für die Behandlung der Geschäftsordnung  
nur zwei Momente in Frage und ich kann als  
Berichterstatter feststellen, daß es im Geschäfts-  
ordnungsausschuß gelungen ist, bis auf ganz gering-  
fügige Differenzen doch eine vollkommene Überein-  
stimmung der Parteien herzustellen.

Die zwei Fragen, die einer eingehenden Be-  
handlung schon in der Generaldebatte unterzogen  
wurden, waren die Stellung des Hauptausschusses  
und weiters die Sicherung gewisser Möglichkeiten  
für die jeweiligen Minoritäten, bestimmte Dinge im  
Haufe zur Sprache zu bringen. Auch diese Be-  
handlungen waren von einem einheitlichen Geist  
getragen und es ist auch in diesen Punkten gelungen,  
zu übereinstimmenden Anschauungen zu gelangen.

Zunächst handelte es sich um die Frage, ob  
der Hauptausschuß die Funktion der Obmänner-  
konferenz, die er in der Konstituierenden National-

versammlung gehabt hatte, weiterbehalten soll. Schließlich und endlich hat sich die Mehrheit des Geschäftsordnungsausschusses einvernehmlich dafür entschieden, daß man die Funktion der Obmännertkonferenz von der Funktion des Hauptausschusses trennen soll, daß dem Hauptausschuß nunmehr nur jene Funktionen bleiben sollen, welche ihm erstens einmal aus der Bundesverfassung, dann aus gewissen Bundesgesetzen und schließlich noch aus sonstigen Bestimmungen der Geschäftsordnung, beziehungsweise des Geschäftsordnungsgesetzes zukommen. Damit entfiel aber auch der zwingende Grund, die Präsidenten des Nationalrates automatisch zu Präsidenten und Vorsitzenden des Hauptausschusses zu machen. Es ist daher nunmehr die Bestimmung aufgenommen worden, daß der Hauptausschuß so wie jeder andere Ausschuß seine Vorsitzenden wählt.

Über die Zusammensetzung des Hauptausschusses selbst enthält das Verfassungsgesetz gewisse kognitive Bestimmungen. Es verlangt, daß der Hauptausschuß nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werde. Man ist nun zuerst daran gegangen, in die Geschäftsordnung einen Wahlvorgang aufzunehmen, der tatsächlich restlos dem Listenkriterium entsprochen hätte. Aber dieser Vorgang hätte die eine Gefahr in sich geborgen, daß die während einer Sessionsperiode nicht leicht zu ändernde zahlenmäßige Zusammensetzung des Hauptausschusses abhängig gewesen wäre von der zufälligen Präsenz im Hause. Nun sind die Verhältnisse in unserem Staate keinesfalls so, daß man zuverlässig mit einer ganz bestimmten Präsenz im Hause rechnen kann. Infolgedessen wurde ein Verfahren gewählt, welches die zahlenmäßige Zusammensetzung des Hauptausschusses nicht mehr von einer zufälligen Präsenz im Hause abhängig macht, sondern von der Stärke derjenigen Gruppen, welche für den Hauptausschuß gesonderte Wahlvorschläge erstatten. Es ist auch in diesem Belange ein völliges Einvernehmen der Parteien erzielt worden.

Daraus ergibt sich nun — ich möchte sagen — eine rein stilistische Konsequenz bezüglich des Wahlvorganges. Es ist nämlich im § 61 des Gesetzes unter die — sagen wir — Körperschaften und Funktionäre, die mit Namensaufruf zu wählen sind, auch die Wahl der Mitglieder des Hauptausschusses aufgenommen worden. Die nunmehr bezüglich des Wahlvorganges einvernehmlich vorgenommene Änderung macht diese Aufzählung überflüssig und ich behalte mir vor, im Einvernehmen mit allen Parteien in der Spezialdebatte über die Geschäftsordnung hier einen entsprechenden Abänderungsantrag zu stellen, der von allen Parteien des Hauses inzwischen vereinbart wurde.

Es wurde des weiteren darauf verzichtet, in die Geschäftsordnung beziehungsweise in das Ge-

schäftsordnungsgesetz selbst eine bestimmte Zahl für die Mitglieder des Hauptausschusses aufzunehmen. Es wurde der Beschlußfassung des Nationalrates überlassen, die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses festzusetzen.

Einen weiteren Gegenstand längerer Auseinandersetzungen bildete der § 67, der sich mit der Behandlung dringender Anfragen beschäftigt. Auch hier ist es nach längeren Auseinandersetzungen gelungen, zu einer doch im großen und ganzen einheitlichen Auffassung zu gelangen. Es wurde von keiner Seite des Hauses verkannt, daß der Minorität die Möglichkeit gewährt sein muß, unabhängig vom Willen der Majorität gewisse Sachen im Hause zur Sprache zu bringen.

Es wurde aber auch anderseits — und ich betone, übereinstimmend von allen Seiten des Hauses — zugegeben, daß diese Behandlung nicht so geartet sein darf, daß sie der Möglichkeit irgendeiner parlamentarischen Obstruktion Tür und Tor öffnen würde. Es ist mit einer für die Entwicklung der parlamentarischen Verhältnisse in diesem Staate erfreulichen Deutlichkeit erkennbar geworden, daß der Wille zum Parlamentarismus in allen Parteien des Hauses gleich stark lebt, und so stellt nun die gegenwärtige Fassung des § 67, ich möchte sagen, eine glückliche Vereinigung beider Gesichtspunkte dar, die in der Behandlung dringlicher Gegenstände zum Ausdruck gelangt sind.

Sie gibt auf der einen Seite den Minoritäten die von ihnen gewünschte Möglichkeit, und schaltet auf der anderen Seite jeden von keiner Partei gewollten Mißbrauch dieser Möglichkeiten restlos aus.

Das ist eigentlich das wesentliche, was über die Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses zu berichten wäre. Bei allen anderen Dingen handelt es sich um mehr oder minder geringfügige Änderungen.

Nur etwas möchte ich noch ergänzend beifügen. Die alte Geschäftsordnung enthielt einen besonderen Abschnitt über die Behandlung befristeter Vorlagen. Nun ist für die Existenz dieses Abschnittes eigentlich eine Notwendigkeit nicht mehr gegeben. Denn erstens hat dieser Abschnitt Bestimmungen enthalten, die in der parlamentarischen Praxis nie eingehalten wurden, und es ist daher zweckmäßig, derartige nie eingehaltene Bestimmungen lieber zu beseitigen. Des weiteren bieten die übrigen Bestimmungen der Geschäftsordnung und des Geschäftsordnungsgesetzes alle Grundlagen, um eine, wenn notwendig rasche Behandlung irgendeiner parlamentarischen Vorlage sicherzustellen. Es wurde daher der betreffende Abschnitt des Geschäftsordnungsgesetzes, beziehungsweise der Geschäftsordnung gestrichen und nur eine Bestimmung, die eine gewisse Garantie dafür bietet, daß alle in



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

17

einem Ausschusse vertretenen Parteien zum Worte kommen, in einen anderen Paragraphen der Geschäftsordnung hinübergenommen.

Ich glaube, daß ich damit alles gesagt habe, was über das Geschäftsordnungsgesetz und über die Geschäftsordnung zu sagen gewesen wäre, und bin in der Lage, im übrigen bezüglich einiger Details auf den Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht zu verweisen. Im Sinne meiner Ausführungen erlaube ich mir daher namens des Geschäftsausschusses, das hohe Haus zu ersuchen, es möge sowohl dem Geschäftsordnungsgesetz selbst als der auf diesem beruhenden Geschäftsordnung in der vorgeschriebenen Weise seine Zustimmung erteilen.

**Präsident:** Ich schlage dem Hause vor, daß wir sowohl über die Vorlage, betreffend das Gesetz, wie über die autonome Geschäftsordnung eine Generaldebatte abführen. Wird gegen einen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Wir werden daher nur eine Debatte abführen.

Meldet sich in der Generaldebatte jemand zum Wort? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall.

Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Haus hat einstimmig beschlossen, in die Spezialdebatte einzugehen.

Ich werde nunmehr die Spezialdebatte trennen. Zuerst kommt die Vorlage über das Bundesgesetz, betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates. Wenn das hohe Haus einverstanden ist, so würde ich vorschlagen, daß wir über die Paragraphen dieses Gesetzes — es sind das die §§ 1 bis 48 — eine Spezialdebatte abführen. Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Herr Berichterstatter, darf ich bitten, die Spezialdebatte einzuleiten.

**Berichterstatter Dr. Alfred Girtler:** Hohes Haus! Ich kann zur Spezialdebatte nichts weiter bemerken, als daß ich das hohe Haus bitte, sämtliche 48 Paragraphen der Geschäftsordnung in der Fassung, wie sie im Ausschußbericht vorliegt, zum Gesetze zu erheben.

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Waber. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Waber:** Hohes Haus! Die Geschäftsordnung ist einvernehmlich im Aus-

schuß beraten worden. Bei unserer Abberatung haben wir uns aber entschlossen, einen Abänderungsvorschlag einzubringen. Im § 30 des Gesetzes wird bestimmt, daß dringliche Anfragen ohne weiteres zu verhandeln sind, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern unterstützt werden. Wir erlauben uns für diesen § 30 des Gesetzes und auch gleichzeitig für den § 67 der Geschäftsordnung den Antrag zu unterbreiten, daß die Anfrage schon dann ohne weiteres zu verhandeln ist, wenn sie von mindestens 20 Mitgliedern unterstützt wird.

Zur Begründung erlaube ich mir nur darauf hinzuweisen, daß einfache Anfragen von fünf Abgeordneten, Anträge von zehn Abgeordneten eingebracht werden können und es scheint uns entsprechend zu sein, daß die doppelte Anzahl von Abgeordneten berechtigt sein soll, eine dringliche Anfrage einzubringen. Ich bitte diesen Antrag anzunehmen.

**Präsident:** Wünscht noch eine der Damen oder einer der Herren das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter Dr. Alfred Girtler:** Ich habe gegen den Abänderungsantrag, der vom Herrn Abgeordneten Dr. Waber gestellt wurde, nichts einzutenden. Ich bin bereit, mich ihm zu akkommodieren.

**Präsident:** Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Im Sinne der Bundesverfassung konstatiere ich, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder des hohen Nationalrates versammelt sind. Ich werde bei der Abstimmung in der Weise vorgehen, daß ich zuerst die §§ 1 bis einschließlich 29 zur Abstimmung bringe, dann über den Antrag Waber zum § 30, und schließlich über die §§ 31 bis 48.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche die §§ 1 bis einschließlich 29 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit diese Paragraphen beschlossen.

Über den § 30 werde ich mit Auslassung der Ziffer, die hier mit 25 vorgeschlagen ist, abstimmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche § 30 mit vorläufiger Auslassung dieser Ziffer annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist ebenfalls mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der weitergehende Antrag ist zweifellos der, die Zahl mit 25 festzusetzen. Wird er abgelehnt, dann kommt der Antrag Waber zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für die Ziffer 25 stimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für die Ziffer 20 stimmen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche die §§ 31 bis einschließlich 48 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen.

Berichterstatler Dr. Alfred Gürtler: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung und ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche sich dafür aussprechen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, sofort in die Vornahme der dritten Lesung einzugehen.

Wünscht jemand zur dritten Lesung das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit ist das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates *(gleichlautend mit 12 der Beilagen)* auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen nunmehr zur autonomen Geschäftsordnung des hohen Nationalrates. Ich werde die Spezialdebatte kapitelweise vornehmen.

Berichterstatler Dr. Alfred Gürtler: Zum Kapitel I über die Eröffnung und Bildung des Nationalrates habe ich nichts zu bemerken, als daß ich es dem hohen Hause in der Fassung, wie sie hier gedruckt vorliegt, zur Annahme empfehle.

**Präsident:** Das sind die §§ 1 bis 10. Wünscht eine der Damen oder Herren das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Ich schreite zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die zehn Paragraphen annehmen wollen, sich

von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den Kapiteln II und III.

Berichterstatler Dr. Alfred Gürtler: Ich habe nichts zu bemerken und empfehle diese beiden Kapitel in der Ihnen vorliegenden Fassung zur Annahme.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Kapitel II und III annehmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Wünscht der Herr Referent zu den Kapiteln IV und V etwas zu bemerken?

Berichterstatler Dr. Alfred Gürtler: Ich habe wieder nichts zu bemerken, als daß ich die Annahme in der vorliegenden Fassung empfehle.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Kapitel IV und V annehmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Kapitel VI. Wünscht der Herr Referent das Wort?

Berichterstatler Dr. Alfred Gürtler: Bei Kapitel VI erlaube ich mir zum § 61 den Antrag zu stellen, daß in der lit. B die Worte „der Mitglieder des Hauptausschusses“ gestrichen werden. Das ist eine natürliche Konsequenz der Änderung, die wir bezüglich des Wahlvorganges beim Hauptausschusse vorgenommen haben und es sind alle Parteien in dieser Angelegenheit vollkommen übereinstimmend.

Formell ist noch festzustellen, daß jetzt auch bei § 67 aus der bereits angenommenen geänderten Fassung des Geschäftsordnungsgesetzes sich die Konsequenz ergibt, daß in der lit. B an Stelle der Zahl „25“ die Zahl „20“ zu setzen ist und ich bitte das Haus, mit diesen beiden Abänderungen dem Entwurfe in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Der Herr Referent beantragt, Kapitel VI mit zwei Änderungen zum Beschlusse zu erheben. Die erste Änderung ist im § 61 und besteht in der Weglassung der Worte „der Mitglieder des Hauptausschusses“, die zweite Änderung bezieht sich auf § 67, und zwar auf die Änderung der Zahl 25 in 20. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Wir schreiten also zur Abstimmung.



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

19

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Kapitel VI in der nunmehr vorliegenden Fassung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ich erkläre Kapitel VI für angenommen.

Wir kommen nun zu den Kapiteln VII, VIII und IX. Ist vom Herrn Referenten irgend etwas zu bemerken?

Berichterstatter Dr. Alfred **Gürtler**: Ich habe nichts zu bemerken als die Empfehlung der Annahme in der vorliegenden Fassung.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Es ist daher über die Kapitel VII, VIII und IX abzustimmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche ihnen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den Kapiteln X, XI und XII. Hat der Herr Referent etwas zu bemerken?

Berichterstatter Dr. Alfred **Gürtler**: Ich habe dazu gleichfalls nichts zu bemerken, als die Annahme in der vorliegenden Fassung zu empfehlen.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die Kapitel X, XI und XII annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit hat das hohe Haus die autonome Geschäftsordnung beschlossen und Haus und Präsidium sind nunmehr an diese sofort in Kraft tretende autonome Geschäftsordnung gebunden.

Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist die Wahl des Hauptausschusses. Zu diesem Gegenstande hat sich der Herr Abgeordnete Fink zum Worte gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Fink**: Ich beantrage, einen 15gliedrigen Hauptausschuß zu wählen.

**Präsident**: Das hohe Haus hat den Antrag vernommen und ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dafür sind, daß ein 15gliedriger Hauptausschuß gewählt werde, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Was die Wahl des Hauptausschusses anbelangt, so erlaube ich mir, die gesetzlichen Bestimmungen in Erinnerung zu bringen *(liest)*:

„Die Wahl erfolgt auf Grund von Wahllisten (Wahlvorschlägen), die bei dem Präsidenten einzureichen sind.

Von jeder Liste werden so viele Abgeordnete Mitglieder des Hauptausschusses, als dem Verhältnis der Zahlen der Abgeordneten entspricht, die die einzelnen Listen unterzeichnet haben. Jeder Abgeordnete darf nur eine Liste unterzeichnen. Für die Wahl ist zunächst die Reihenfolge des Wahlvorschlages entscheidend.

Die Berechnung der auf die Listen entfallenden Anzahl von Mitgliedern erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 34 und 35 des Gesetzes über die Wahlordnung für die Nationalversammlung vom 20. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 316.“

Ich bitte nunmehr, die Listen, wie es vorgeschrieben ist, dem Präsidenten zu überreichen. *(Geschicht.)* Hat noch eine Gruppe von Abgeordneten eine Liste zu überreichen oder wünscht ein einzelner Abgeordneter noch, sich einer der Listen anzuschließen? *(Nach einer Pause:)* Das ist nicht der Fall, somit ist diese Amtshandlung abgeschlossen und ich unterbreche die Sitzung auf wenige Minuten, um der Kanzlei Gelegenheit zu geben, die in der Geschäftsordnung vorgesehene Berechnung des Wahlergebnisses auf Grund der überreichten Wahlvorschläge durchzuführen.

*(Die Sitzung wird um 3 Uhr 40 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme derselben um 3 Uhr 45 Minuten:)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf und erlaube mir, dem hohen Hause das Resultat der Wahl des Hauptausschusses bekanntzugeben.

Abgegeben wurden drei Listen, die Christlichsoziale, die Sozialdemokratische und die der Großdeutschen und der Bauernpartei. Die Zahl der Unterzeichner der ersten Liste beträgt 82, der zweiten 66, der dritten 24. Demgemäß beträgt die Hälfte 41, 33, 12; das Drittel 27,3, 22, 8; das Viertel 20,5, 16,5; das Fünftel 16,4, 13,2; das Sechstel 13,6, 11; das Siebtel 11,7, 9,4; das Achtel 10,25.

Da 15 Mitglieder des Hauptausschusses zu wählen sind, ist die Wahlzahl die 15größte Zahl der angeschriebenen Zahlen, somit 11.

Von den namhaft gemachten Kandidaten jeder Liste sind sovieler gewählt, als die Wahlzahl in der Summe der Unterzeichner enthalten ist.

Es entfallen somit auf die Christlichsoziale Liste 7 Mitglieder, auf die sozialdemokratische 6 Mitglieder, auf die großdeutsche und Bauernparteiliste 2 Mitglieder.

Nach den eingereichten Wahlvorschlägen sind somit folgende Abgeordnete zu Mitgliedern des Hauptausschusses gewählt:

Weiskirchner, Hauser, Fink, Seipel, Stöckler, Gürtler Alfred, Ségur, Adler, Bauer, Elbersch, Renner Karl, Seig, Tomschil, Dinghofer, Frank.

Ich bitte das hohe Haus, von der Wahl Kenntnis zu nehmen und ich erlaube mir die sieben gewählten Mitglieder des Hauptausschusses zu ersuchen, sich 15 Minuten nach Schluß der Hausitzung im gewöhnlichen Zimmer des Hauptausschusses zur konstituierenden Sitzung zu versammeln.

Ich erlaube mir, dem hohen Hause aus dem Einkleufe folgendes mitzuteilen:

Auslieferungsbegehren haben gestellt:

Das Bezirksgericht Josefstadt in Strassaden in Wien wider den Herrn Abgeordneten Matthias Elberich wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre und wider den Herrn Abgeordneten August Forstner wegen Übertretung nach § 312 St. G.;

das Bezirksgericht St. Pölten wider den Herrn Abgeordneten Heinrich Schneidmahl wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes.

Ich werde diese Zuschriften dem zuständigen Ausschusse zuweisen.

Die Präsidentschaftskanzlei übersendet ein Schreiben des Herrn Abgeordneten Dr. Wilhelm Ellenbogen, mit dem er seine Stelle als Präsident der Staatskommission für Sozialisierung niederlegt.

Dieses Schreiben werde ich dem Hauptausschusse, dem die Erstattung des Wahlvorschlages zusteht, übermitteln.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung angekündigt wird.

Ich ersuche einen der Herren Schriftführer um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Seber** (liest):

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Bundesgesetzblatt (1 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 8. November 1920.

Dr. M. Mayr.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleich-

berechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung (2 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 9. November 1920.

Dr. M. Mayr.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundes-Verfassungsgesetzes, betreffend die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zum Auslande (3 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 8. November 1920.

Dr. M. Mayr.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Aushebung der Krankenversicherung (VI. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz) (4 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 8. November 1920.

Ed. Heisl.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 29. Oktober l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend vorbereitende Maßnahmen zur Neuordnung der Krankenversicherung der Arbeiter (5 der Beilagen), mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Staatsregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.“

Wien, 6. November 1920.

Der Staatssekretär:

Ed. Heisl.“

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November 1920 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Verschiebung der Volkszählung (6 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundes-



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

21

regierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 9. November 1920.

Der Staatssekretär für Inneres und Unterricht:  
Breisky."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf zu einem Bundesgesetze über die Erhöhung der Wertgrenzen und Geldstrafen in den Strafgesetzen (III. Strafgesetznovelle vom Jahre 1920) (7. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 10. November 1920.

Dr. Koller."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 8. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf zu einem Bundesgesetze über eine Amnestie für das Abstimmungsgebiet von Magerfurt (8. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 10. November 1920.

Dr. Koller."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 9. November l. J. erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Änderungen des Gesetzes vom 4. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 94, über die Ablösung der Zinsgründe (9. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 10. November 1920.

Dr. Koller."

"Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 8. November d. J. beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, wirksam für die Länder Tirol und Vorarlberg, betreffend die rechtliche Behandlung des ober- und unterhalb der Vegetationsgrenze liegenden Kahlgesteines (Kahlgesteinsgesetz) samt Begründung (10. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übermitteln, denselben sogleich als Vorlage der Bundesregierung

dem Nationalrate zur verfassungsmäßigen Behandlung zu unterbreiten.

Wien, 10. November 1920.

Der Bundesminister:  
Mois Haueis."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 9. November 1920 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes zur Durchführung des V. Teiles und des Artikels 184 des Staatsvertrages von Saint-Germain (11. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 10. November 1920.

Der Bundesminister:  
Ed. Heint."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 16. November 1920 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über Kreditoperationen (13. der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 17. November 1920.

Der Bundesminister:  
Reisch."

"Die Staatskanzlei beehrt sich, auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 26. Oktober 1920, namens der Staatsregierung den Vertrag zwischen der tschecho-slowakischen Republik und der Republik Österreich über Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz, datiert von Brünn den 7. Juni 1920 (14. der Beilagen), zur verfassungsmäßigen Behandlung gemäß Artikel 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes zu übermitteln.

Sie gestattet sich als für die parlamentarische Beratung voraussichtlich zweckdienliches Material folgende Beilagen anzuschließen:

1. Ein von Karlsbad den 23. August 1920 datiertes "Protokoll".
2. "Erläuterungen", denen die Abschrift einer Note des Herrn Staatskanzlers an den Herrn Präsidenten der Nationalversammlung vom 16. Juni 1920, Z. 308/30, sowie Auszüge aus dem Vertrage mit Österreich (Staatsvertrag von Saint-Germain) und dem Vertrage mit der tschecho-slowakischen Republik (Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten

Hauptmächten und der Tschecho-Slowakei) beigegeben sind.

Wien, 8. November 1920.

Im Auftrage:  
Übelsör."

**Präsident:** Diese Vorlagen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es sind weiters Zuschriften der Bundesministerien für Finanzen und für Heereswesen eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

**Schriftführer Seiner (liest):**

"Im Sinne des § 7 des Wehrgesetzes vom 18. März 1920, St. G. Bl. Nr. 122, und des § 1 der zweiten Vollzugsanweisung zum Wehrgesetz vom 31. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 378, besteht im Staatsamt für Heereswesen ein Zivilkommissariat aus fünf von der Nationalversammlung für die Dauer der Wahlperiode nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Mitgliedern.

Nach § 3 der genannten Vollzugsanweisung führen die Mitglieder des Zivilkommissariats ihre Geschäfte noch bis zum Dienstantritt des von der neuen Nationalversammlung gewählten Zivilkommissariats fort.

Das Bundesministerium für Heereswesen beehrt sich, um Veranlassung zu ersuchen, daß diese Neuwahl möglichst in einer der ersten Sitzungen des Nationalrates vorgenommen werde.

Wien, 8. November 1920.

Preisly."

"In der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 23. Juli l. J. wurde der gemäß § 7 des Kriegsanleihe-Übernahmsgesetzes vom 22. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 353, von der Nationalversammlung zu entsendende fünfgliedrige Ausschuss designiert.

Für den Fall, als das Präsidium, beziehungsweise der nunmehrige Nationalrat, ungeachtet sich der Ausschuss nicht ausschließlich aus Nationalräten zusammensetzt und seine Funktion auch nicht eine unmittelbar parlamentarische, sondern mehr eine verwaltungsrechtliche ist, der Anschauung wäre, daß die Mandate dieses Ausschusses mit dem Zusammentreten des Nationalrates erlöschen, beehre ich mich zu ersuchen, das wegen neuerlicher Betrauung des bereits designierten Ausschusses ober-

wegen Neuwahl des Ausschusses etwa Erforderliche gefälligst veranlassen zu wollen.

Wien, 10. November 1920.

Der Bundesminister für Finanzen:  
Reisch."

"Auf Grund der mir in der Sitzung des Kabinettsrates vom 3. November 1920 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, die Ansetzung des Staatsamtes für Finanzen zu dem von den Liquidierungsinpektoren an die Nationalversammlung erstatteten Tätigkeitsberichte vom 8. Juli 1920 (954 der Beilagen zum stenographischen Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung) (15 der Beilagen) vorzulegen.

Wien, 4. November 1920.

Der Staatssekretär:  
Reisch."

**Präsident:** Diese Zuschrift wird in Druck gelegt und an die Mitglieder des Hauses verteilt werden.

Es sind zwei dringliche Anfragen überreicht worden, und zwar eine Anfrage der Abgeordneten Eldersch, Freundlich, Wiedenhofer, Popp und Genossen an die Bundesregierung über die Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung und eine zweite dringliche Anfrage der Herren Abgeordneten Scheibin, Dr. Deutsch, Witternigg und Genossen, betreffend die bewaffneten Heimwehren in einigen Bundesländern.

Beide dringliche Anfragen sind im Sinne des § 67 der Geschäftsordnung gehörig gezeichnet, und ich nehme keinen Anstand, dieselben sofort zur Verhandlung zu bringen.

Als erste gelangt die Anfrage der Abgeordneten Eldersch und Genossen zur Verhandlung. Ich bitte, diese Anfrage zur Verlesung zu bringen.

**Schriftführer Seiner (liest):**

"Dringliche Anfrage der Abgeordneten Eldersch, Freundlich, Wiedenhofer, Popp und Genossen an die Bundesregierung über die Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung.

Seit Beginn dieser Woche ist der Maizzusatz in der Brotmehlmischung bis auf weiteres von 30 auf 50 vom Hundert erhöht worden; außer dem Mais werden zur Broterzeugung 35 Prozent Weizengleichmehl und 15 Prozent Roggenmehl verwendet; die Maßnahme erfolgt wie von offizieller Seite verlautbart wird, „nicht wegen zu geringer Vorräte



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

23

an Edelmehl, sondern aus Ersparungsrücksichten, um" durch die Verwendung des billigeren Maismehles „den vom Staate geleisteten Zuschuß herabzumindern".

Das Brot ist heute die Grundlage der menschlichen Ernährung in den Städten, da es an Fleisch zu erschwinglichen Preisen mangelt und das immer teurer werdende Fett in der Küche der ärmeren Schichten nur spärlich verwendet werden kann. Wenn schon die Pflanzenkost den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung decken muß, und in dieser Pflanzenkost das Brot der wichtigste Bestandteil ist, dann muß dieses Brot derart beschaffen sein, daß die bestmögliche Ausnützung der Nährstoffe für den menschlichen Organismus gewährleistet werde. Das Brot, wie es jetzt zur Ausgabe kommt, entspricht diesen Anforderungen nicht; von sachmännischer Seite wurde die in der letzten Zeit aufgetretene Furunkuloseepidemie und die massenhaft vorkommenden Darmerkrankungen als eine Folge der Zusammensetzung des Brotes bezeichnet.

Während sich die bäuerliche Bevölkerung eines schmachhaften Brotes erfreut, sind die breitesten Massen der städtischen Bevölkerung ausschließlich auf das schlechte, auf Marken erhältliche Brot angewiesen, das fast gar nicht mehr als Nahrungsmittel zu werten ist. Weiter Kreise hat sich die größte Unruhe bemächtigt, das arbeitende Volk bei den Eisenbahnen, in den Industriebetrieben und in den Bureaus fühlt sich bei der unzulänglichen Ernährung außerstande, seinen Dienst zu versehen, die Produktion fortzuführen.

Die offizielle Mitteilung betonte, wie erwähnt, ausdrücklich, daß die Verfügung über die Zusammensetzung des Brotes nicht etwa getroffen worden ist, weil die vorhandenen Vorräte an Edelmehl nicht hinreichen, sondern deshalb, um den vom Staat bisher geleisteten Zuschuß zur Verbilligung des Brotes herabzumindern; außerdem werden noch — wieder aus Ersparungsgründen — nunmehr zur Erzeugung eines Laibes Brot um 4 Dekagramm Mehl weniger ausgegeben, so daß der Laib statt 126 Dekagramm nur 120 Dekagramm schwer sein wird.

Die wohlhabende Bevölkerung bleibt von der Brotkalamität verschont. Das Getreidebewirtschaftungsgesetz erlaubt dem Selbstversorger eine unbegrenzte Befriedigung seines Eigenbedarfes und eine schrankenlose Verfütterung hochwertigster Nahrungsmittel an das Vieh, es hat aber auch den reichen Schichten des städtischen Bürger- und Schiebertums vermehrte Möglichkeiten geboten, sich mit einem Überfluß an Edelmehl — der Preis spielt bei ihnen keine Rolle — einzudecken; der Ansturm der zahlungsfähigsten Elemente auf die bei der Bauernschaft vorhandenen Mengen von Mahlprodukten hat die Preise des Schleichhandels auf das Wahnsinnigste

gesteigert, so daß der Minderbemittelte ganz außerstande ist, sich neben den amtlich gegen Marken zugewiesenen Lebensmittelmengen auch nur die geringsten Mehls- oder Brotzubußen zu beschaffen. In den Gasthäusern und Feinkosthandlungen der Städte wird wohlgeschmeckendes Brot zu Liebhaberpreisen verkauft, die kleinen Brotbäckereien sind mit Aufträgen zur Störbroterzeugung überhäuft.

Es ist unerträglich, daß auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Arbeitenden in Werkstätte und Kontor, der Pensionisten und Invaliden und all der anderen kleinen Existenzen gespart werden soll, während die bestehenden Massen in Stadt und Land prassen; es ist unerträglich, daß den Ärmsten der Armen vom Staat in ihrem rationierten Brot ein ungenießbares und gesundheitschädliches Nahrungsmittel zugewiesen wird; rascheste Abhilfe tut not.

Die Gefertigten stellen daher an die Bundesregierung die Anfrage:

„Ist die Bundesregierung geneigt, den Zusatz von Maismehl bei der Broterzeugung ehestens einzustellen?“

Die Unterzeichneten beantragen, die Anfrage nach § 67 B. G. der Geschäftsordnung zu behandeln.

Wien, 19. November 1920.

J. Ulrich.  
Adw. Bretschneider.  
Hammerstorfer.  
Hubmann.  
Pic.  
Prost.  
Schiegl.  
Hannsch.  
J. Bötz.  
Gabriel.  
Zwanzger.  
Anton Weber.  
Lenz.

• Eldersch.  
J. Wiedenhofer.  
C. Freundlich.  
Adelheid Popp.  
W. Scheibin.  
Volkert.  
Zusch.  
Rieger.  
Eisler.  
Witternig.  
H. Muchitsch.  
Schlager.  
Paul Richter.  
F. Skaret."

**Präsident:** Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Eldersch.

**Abgeordneter Eldersch:** Hohes Haus! Ich darf als eine unbestreitbare Tatsache feststellen, daß die städtische Bevölkerung im Laufe des Krieges und auch in der Nachkriegszeit namentlich infolge der ungeheuren Vertenerung der wichtigsten Lebensmittel immer mehr auf vegetabilische Kost beschränkt wurde, weil ihr infolge des vollständigen Versagens der staatlichen und auch der gemeinwirtschaftlichen Aufbringung die animalische Nahrung absolut

unerreichbar gewesen ist. Nun haben wir ja während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit immer darauf gesehen, daß das Brot in halbwegs genießbarem Zustande verabreicht wird. Es war dies oft infolge der unzulänglichen Mengen an Edelmehl schwer möglich und wir haben Beschwerden über die Broitqualität auch schon früher gehabt. Zur heurigen Jahre, will ich feststellen, haben wir im Juni und Juli keinen Maiszusatz bei der Brotbereitung gehabt. Erst im August fing die Surrogierung an. Die Surrogierung war früher mäßiger, ist aber unvermittelt in der Vorwoche auf 50 Prozent gesteigert worden. Die Regierung hat diese Steigerung des Maismehlzusatzes angeordnet, obzwar medizinische Kapazitäten im Laufe des Monats Oktober wiederholt in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen haben, daß durch den Maiszusatz, der damals bestanden hat, Gesundheitsstörungen hervorgerufen wurden. Es wurde von medizinischen Kapazitäten die Abstellung dieses Übelstandes schon im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege verlangt. Ungeachtet dieser Mahnungen und dieser von wissenschaftlicher Seite vorgenommenen Feststellungen hat aber die Regierung die Surrogierung durch Maismehl von 20 auf 30 Prozent, beziehungsweise in der Vorwoche von 30 auf 50 Prozent erhöht.

Hohes Haus! Abgesehen von der schlechten Qualität, die vielfach gewissen Maisorten anhaftet, sind die Betriebe, die Brot erzeugen, infolge ihrer technischen Einrichtungen absolut nicht in der Lage, das Maismehl entsprechend zu bearbeiten. Aber wenn sie auch technisch auf die Verarbeitung von Maismehl eingerichtet wären, so könnten die Übelstände, die sich in gesundheitlicher Beziehung durch den Genuß solcher Mengen von Maismehl einstellen, nicht behoben werden, denn in der Hauptsache würde ja nur das Aussehen des Brotes ein gefälligeres werden, aber nicht seine Zusammensetzung. Es würden die Gesundheitsstörungen trotz der technischen Verbesserungen, die, wenn es möglich wäre, in den Betrieben eingeführt werden müßten, weiter bestehen bleiben und es könnte in gesundheitlicher Beziehung die Brotqualität nicht gehoben werden.

Nun, hohes Haus, fragt es sich, warum die Regierung eine solche Verschlechterung des Brotes vorgenommen hat. Da wir auf vegetabilische Kost angewiesen sind, ist es wieder unbestreitbar, daß das Brot eines der wichtigsten Nahrungsmittel darstellt und daß daher, wenn die Gesundheit und vor allem auch die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter, der Beamten und der Mittelsändler nicht gestört werden soll, dieses Nahrungsmittel in halbwegs bestimmtem Zustand verabfolgt werden muß.

Zum Gegensatz zu früheren Regierungsmaßnahmen, bei denen immer festgestellt werden konnte, daß der absolute Mangel an Edelmehl die stärkere

Surrogierung des Brotes veranlaßt hat, wurde in der Vorwoche von seiten der Regierung mitgeteilt, daß sie aus Ersparnisrücksichten diese stärkere Surrogierung veranlaßt. (Hört! Hört!) Ich weiß nicht, ob nicht bestritten werden wird, daß das Communiqué, von dem ich jetzt spreche, von der Regierung herausgegeben wurde. Jedenfalls stelle ich aber fest, daß ein Widerruf in bezug auf die Absichten der Regierung bisher nicht erfolgt ist. (Zustimmung.) Hohes Haus! Man muß es verstehen, daß bei den elenden Lebensverhältnissen, die wir jetzt haben, die Arbeiter und bis weit hinein in den Mittelstand auch die übrige Bevölkerung sich aufregen muß, daß ihr gesundheitsschädliches Brot vorgesetzt wird, weil man sparen will. (Beifall.) Die Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß elender Kronen wegen ihre Gesundheit und ihre Arbeitsfähigkeit aufs Spiel gesetzt wird.

Meine Herren! Sie sehen, die Empörung in der Bevölkerung ist nicht beschränkt auf die Arbeiter. Wenn Sie die bürgerlichen Blätter lesen, finden Sie auch dort Preßstimmen, die sich über die schlechte Beschaffenheit des Brotes aufregen; Eisenbahnen, Bahnwerkstätten stehen still, die Arbeiter anderer Betriebe drohen, sich dem Ausstand anzuschließen, wenn nicht genießbares, wenn nicht genussfähiges Brot der Bevölkerung verabfolgt wird.

Hohes Haus! Es wurde von dem Führer der christlichsozialen Partei, dem Herrn Kollegen Runschak, vor Wochen in einer Wählerversammlung erklärt, daß die sozialdemokratische Wirtschaft leere Mehllisten zurückgelassen habe. Ich habe infolge der beschränkten Redezeit nicht die Möglichkeit, die Ausweise der Einfuhrgesellschaft und der Kriegsgetreideanstalt zu besprechen; soviel steht aber fest, daß die stärkere Surrogierung mit Maismehl absolut nicht auf den Mangel an Edelmehl zurückzuführen ist, insofern die der Öffentlichkeit zugänglichen Ausweise richtig sind. (Zustimmung.) Sind sie richtig, so besteht diese Notwendigkeit in keinem Falle. Es ist also die Geschichte von den leeren Mehllisten unwahr, wobei ich noch darauf verweise, daß die Sozialdemokraten niemals die Ernährung verwaltet haben (Sehr richtig! — Widerspruch), ich wiederhole, niemals die Ernährung verwaltet haben, denn die Teilnahme der Frau Abgeordneten Freundlich an den Arbeiten des Direktoriums des Ernährungsamtes bedeutet doch keine Verwaltung der Ernährung. Übrigens sitzen auch Christlichsoziale im Direktorium, nicht nur Sozialdemokraten. Es ist also eine Verdrehung der Tatsache, wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokraten die Ernährung verwaltet oder auf die Ernährung besonderen Einfluß geübt haben. (Zwischenrufe.) Ich komme auch darauf mit einigen Worten. Zudem hat der Herr Abgeordnete Runschak in einer Wählerversammlung — nach



einem Bericht der „Reichspost“ vom 2. November — erklärt, daß „der Vertreter der christlichsozialen Partei nicht mit leeren Händen aus Ungarn zurückkomme“ (*stürmischer Beifall*); „er hat sich an die christlichsoziale Partei in Ungarn gewendet und während die rote Internationale . . . usw. versagt hat, hat die christlichsoziale Internationale sich bewährt. Die ungarischen Christlichsozialen werden uns helfen und in den nächsten Tagen“ — heißt es weiter — „kommen schon Schiffe mit ungarischem Mehl zur Verladung.“ (*Hört! Hört!*) Nach den offiziellen Ausweisen und nach diesen Versprechungen und Zusagen des neuen Kurses müßte ja Mehl ausreichend vorhanden und die stärkere Surrogierung mit Maismehl überflüssig sein, zumindest aus dem Grunde überflüssig werden, daß nicht genügend Edelmehl vorhanden ist. Wir müssen daher verlangen, daß diese starke Surrogierung mit Maismehl eingestellt wird. (*Zustimmung*.) Wir müssen verlangen, daß genussfähiges Brot für die Bevölkerung geschaffen wird, weil sonst nicht dafür gutgestanden werden kann, daß die arbeitende Bevölkerung es nicht ablehnt, zu arbeiten, wenn sie nicht mit einem genussfähigen Nahrungsmittel versehen wird. (*Zustimmung*.)

Meine Herren und Frauen! Unsere Ernährung ist vor allem durch das Getreidebewirtschaftungsgesetz gefährdet worden, das Sie gegen unseren Rat, gegen unseren Einspruch angenommen haben. (*Lebhafte Zustimmung*.) Sie sprechen immer von Ungarn. Ich garantiere Ihnen, daß Sie von Ungarn außer ein paar hundert Waggons Mehl und vielleicht noch Kartoffeln nichts bekommen können. Ungarn hat ja nichts. Sie konstatieren es ja selbst auch. (*Zwischenrufe*.) Wenn Sie daran vergessen, daß Sie der Bevölkerung ungarische Hilfe versprochen haben, so konstatieren Sie es ja selbst in Ihren Reden und in der Presse, daß aus Ungarn nicht viel herauszuholen ist. Kommen Sie nicht mit der Demagogie, daß Ungarn, das selbst zu tun hat, um sich zu ernähren, uns in irgendwie beträchtlicher Weise würde aushelfen können. (*Abgeordneter Dr. Jerzabek: Sie haben selbst gesagt, es war genug Mehl hier! — Lebhafter Rufe: Kadaver-Jerzabek! Leichenschänder! — Abgeordneter Dr. Jerzabek: Ehrenwortpartei! Dokumentenpartei! — Anhaltender Lärm. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Neuerliche Rufe: Leichenschänder! Horthy-Husar! — Anhaltender großer Lärm. — Stürmische, unausgesetzte Zwischenrufe*.)

**Präsident** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Es geht nicht an, ein Mitglied des Hauses derart zu beschimpfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (*Anhaltende Zwischenrufe und Lärm*.) Ich bitte um Ruhe. (*Anhaltende Unruhe*.)

**Abgeordneter Eldersdij** (*fortfahrend*): Hohes Haus! Ich habe nur feststellen wollen, daß der Vorwurf, daß die Ernährung der österreichischen Bevölkerung durch den Boykott gegen Ungarn geschädigt wurde, unwahr ist. (*Zustimmung*.) Ich habe feststellen wollen, ob mit oder ohne Boykott sind wir nicht in der Lage, einen entsprechenden Lebensmittelbezug von Ungarn organisieren zu können, weil die Ungarn selbst nicht an Überfluß leiden, weil die Ungarn selbst für ihre Ernährung ausreichend zu sorgen kaum imstande sind. (*Abgeordneter Dr. Waneck: Dafür sollen wir das Burgenland verschachern, für ein paar Saek Kartoffeln! — Lebhafter Zustimmung*.) Das konstatieren Sie ja selbst, daß die ungarischen Bauern auch nicht abliefern, daß Ungarn auch nicht im Überfluß schwimmt und daß es uns höchstens ein paar hundert Waggons Mehl schicken kann. Das bedeutet die Versorgung von Wien für eine Woche. (*Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Jerzabek. — Stürmische Zwischenrufe: Leichenschänder hinaus! — Anhaltender Lärm*.)

**Präsident** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ich bitte doch um Ruhe.

**Abgeordneter Eldersdij**: Wir haben gegen das Getreidebewirtschaftungsgesetz Einspruch erhoben, und nun zeigt es sich, daß, obwohl die Ernte frühzeitig war, obzwar jetzt schon einige Monate seit der Ernte verstrichen sind, nicht einmal 40 Prozent dieses ganz kleinen Kontingentes (*Hört! Hört!*) von 11.000 Wagen abgeliefert sind. Für die Wohlhabenden spielt dieser Maismehlzusatz keine Rolle, weil sie dieses Brot nicht essen. (*Zwischenruf: Auch für die Bauern nicht! — Andauernder Lärm und Zwischenrufe*.)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren, und ich bitte, rechts und links etwas auseinanderzugehen.

**Abgeordneter Eldersdij**: Ich mache lediglich objektive Feststellungen. (*Erneuerter andauernder Lärm und Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Geisler*.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter Geisler, ich bitte, auf Ihren Platz zu gehen.

**Abgeordneter Eldersdij**: Wenn ein starker Maismehlzusatz ist, so kehrt sich die wohlhabende Bevölkerung von dem Genuß der offiziellen Brotsorte ab, geht eifriger auf den Schleichhandel, sucht Edelmehl zu ergattern, zahlt jeden Preis und läßt sich aus diesem Edelmehl Brot backen! (*Ruf: Hinaus mit den Juden! — Gegenruf: Ihr verkauft*

an die Juden!) Ich bin überzeugt davon, daß unter den österreichischen Bauern nur ein geringer Prozentsatz Juden ist. (Heiterkeit. — Ruf: Unter den Bauern ist überhaupt kein Jude!) Nun also! Wenn der Bauer nicht schleichhandeln will, dann kann sich der Jude zerreißen. (Rufe: Sehr richtig! und lebhafter Beifall.) Dann bekommt er kein Getreide. (Abgeordneter Schneidmadl: Die christlichen Juden sind schlechter als die Juden! — Gegenrufe.) Das Getreidebewirtschaftungsgesetz ermöglicht aber dadurch, weil die Kontrolle wegen des individuellen Kontingents unmöglich wird, die Durchstechereien und da Sie nun durch das schlechte Brot förmlich die wohlhabenden Kreise und ihre Unterküpfel, die Schleichhändler, auf die Bauern jagen, um recht viel Edelgetreide herauszubekommen für den Konsum der wohlhabenden Bevölkerung, erblicken wir außerdem in diesem starken Maismehlzusatz eine große Gefahr; denn die Arbeiter und der Mittelstand sind nicht in der Lage, diesen ungeheuer gesteigerten Preis für das Edelgetreide, beziehungsweise Edelmehl zu zahlen. Wir stellen daher folgende Beschlüsse an und bitten um deren Annahme (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Nationalrat mißbilligt die Maßnahme der Bundesregierung, mit der eine 50prozentige Surrogierung des Brotes, mit Maismehl lediglich aus Ersparungsrücksichten unter Gefährdung von Gesundheit und Leben der Kinderbemittelten verfügt wurde.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung sofort einzustellen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vorhandenen Maismengen im Austausch gegen Edelgetreide aus dem Exkontingent der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.“

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Leiter des Ernährungsamtes. Ich erteile dem Herrn Sektionschef Dr. Grünberger das Wort.

Leiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger:** Ich möchte vor allem anderen feststellen, daß die vor kurzem erfolgte 50prozentige Beimengung von Mais zum Brot nicht aus Ersparungsrücksichten erfolgt ist. Ein solches offizielles Communiqué ist von dem von mir geleiteten

Staatsamte nicht herausgegeben worden. (Hört! Hört!) Ich kann mir dieses Mißverständnis nur dadurch erklären, daß in der letzten Zeit wiederholt Berechnungen angestellt wurden über die Kosten der verschiedenen Getreidemischungen. Diese Berechnungen wurden in meinem Amte ausgeführt. Es ist jedoch unrichtig, daß die Erhöhung des Maiszusatzes von 30 auf 50 Prozent aus Ersparungsrücksichten getroffen wurde. Meine Herren, ich bin in der Lage, Ihnen mit Ziffern, und zwar gedruckt, also vollkommen unvorbereitet, zu zeigen, warum die 50 Prozent Mais derzeit im Brot sind. Seit langen Monaten ist das Bestreben des Staatsamtes für Volksernährung darauf gerichtet, endlich einmal in eine Vorratswirtschaft hineinzukommen, weil nur dann die Versorgung geordnet und geregelt durchgeführt werden kann. Es ist uns dies nicht gelungen, und zwar nicht aus eigener Schuld. Es trifft überhaupt niemand eine Schuld dabei, aber wenn man sich vorhält, welche unerhörte Schwierigkeiten heute beim Transport von Getreide aus dem Osten — und das ist unser natürliches Bezugsgebiet — zu überwinden sind, so ist es klar, daß, besonders wenn man mit Elementarereignissen — wie einmal Hochwasser, ein andermal wieder Tiefstand der Donau — zu rechnen hat, ein regelmäßiger Zuschub einfach nicht möglich ist. Ich kann Ihnen ziffermäßig vorrechnen, daß wir heute auf den Mais angewiesen sind, aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht genügend Edelgetreide zur Verfügung haben. (Abgeordneter Witternigg: Das ist erlogen! Warum ist Loewenfeld-Ruß gegangen? Das Getreidebewirtschaftungsgesetz ist schuld! — Zwischenrufe.) Wenn auf die frühere Zeit reflektiert wird, so bitte ich mir zu gestatten, die Sachlage vollkommen objektiv zu skizzieren. Wir haben im April 200.000 Tonnen Edelmehl aus Amerika auf Kredit erhalten. Es war das Bestreben meines Vorgängers, des Herrn Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß, sofort für die notwendigen Streckungsmittel zu sorgen. Ich stelle hier fest — ich selbst habe ja mit ihm gearbeitet —, daß sein Bestreben dahin gerichtet war, rechtzeitig den Mais zur Streckung dieses Edelgetreides zu erhalten, und zwar deshalb, weil man sich mit Recht gesagt hat, daß es bei unseren finanziellen Verhältnissen ganz unmöglich ist, die Bevölkerung nur mit weißem Weizenmehl auf amerikanischen Kredit zu ernähren. (Abgeordneter Hölzl: Welches Edelmehl war gemeint? Das einheimische oder das ausländische?) Ich spreche nur davon, worum es sich im April gehandelt hat. (Zwischenrufe.)

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, nicht Zwiegespräche zu führen, es spricht der Herr Leiter des Ernährungsamtes. Ich bitte, ihn ruhig anzuhören.



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

27

Weiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger**: Der Herr Staatssekretär **Dr. Doewenfeld-Ruß** hat bereits im April alle notwendigen Verhandlungen eingeleitet, um Mais aus dem Osten zur Streckung dieses Mehles zu erhalten. Doch stellten sich der rechtzeitigen Beschaffung Hindernisse in den Weg, so daß zunächst nur das amerikanische Mehl umgestreckt verbraucht werden mußte. Wie den Herren bekannt, sind die damaligen Herren Staatssekretäre erst im Juni dann nach Belgrad gereist und haben dort die bekannten jugoslawischen Verträge abgeschlossen. Es hat sich damals in erster Linie darum gehandelt, große Mengen Mais zur Streckung nach Österreich zu bekommen. Der Vertrag wurde abgeschlossen und nun setzte eine Reihe von mißlichen Umständen ein, die diese Transporte einfach konsequent verzögert haben. Ich erwähne, daß die Zollschwierigkeiten bei der Einladung in Jugoslawien sehr große waren, ich erwähne, daß, da die Verschiffung nicht durch die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, sondern vertragsmäßig durch die jerbische Schifffahrt vorgenommen wurde, der Transport sich überhaupt sehr verzögert hat. Dann kam die Wirkung des Boykotts gegen Ungarn. *(Zahlreiche Zwischenrufe und anhaltende Unruhe.)*

Unmittelbar darauf hat das Hochwasser auf der Donau eingesezt, welches nicht nur den Transport donauaufwärts außerordentlich erschwert hat, sondern auch hier die Ausladung unmöglich machte. Später trat dann wie Ihnen, meine Herren, allen bekannt ist, eine außerordentlich kalte Witterung ein, wodurch ein Tiefstand in der Donau eingetreten ist, der es notwendig macht, die Schiffe bereits in Budapest zu leichtern, und die Umladung nimmt selbstverständlich auch eine gewisse Zeit in Anspruch — kurz und gut, es hat sich eine Situation ergeben, daß die dringend benötigten Streckmittel mit ganz außerordentlicher Verspätung in Österreich eingelangt sind, so daß weitaus mehr amerikanisches Mehl verzehrt war, als nach den ursprünglichen Berechnungen angenommen werden konnte. *(Abgeordneter Schiegl: Was ist es aber mit der inländischen Aufbringung? — Lebhaftes Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe! Wollen Sie doch den Herrn Staatssekretär mit Geduld anhören, Sie können ja dann antworten! *(Erneute Zwischenrufe.)*

Weiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger**: Während also in den Frühlingsmonaten ein Überschuß an Edelgetreide — das ist an amerikanischem Mehl — geherrscht hat, war später das amerikanische Mehl fast verbraucht und hatten Überschuß an jenem Mais, der ursprünglich

zur Streckung gedacht war, und Mangel an Edelgetreide. Die Qualität des Brotes, die vor ungefähr sechs Wochen das erstemal berechtigten Grund zur Beanständung gegeben hat, ist darauf zurückzuführen, daß bei den jugoslawischen Verträgen vereinbart wurde, Weizen alter Ernte mitzukaufen. Dieser Weizen war ganz gewiß nicht erstklassig, und hat außerdem auf dem langen Transport gelitten. Es war ein Irrtum, immer den Mais dafür verantwortlich zu machen; die Hauptsache war, daß der jugoslawische Weizen von schlechter Qualität war. Ich war inselgedessen im Laufe des Sommers gezwungen, für Edelgetreide zu sorgen. Was wir mit unseren außerordentlich beschränkten Finanzmitteln zu kaufen in der Lage waren, haben wir auch tatsächlich gekauft. Wenn heute das Brot mit 50 Prozent Mais gemischt ist, so ist das dadurch zu erklären. *(Abgeordneter Schiegl: ... daß die inländische Aufbringung versagt hat!) ... daß wir beim Transporte des jugoslawischen Edelgetreides mit den größten Schwierigkeiten und Hindernissen zu kämpfen haben. (Abgeordneter Schiegl: Aber von der inländischen Aufbringung müssen Sie doch reden! — Ruf: Immer Jugoslawien! Erzählen Sie doch, wie es in Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark ist! — Anhaltende Zwischenrufe.)* — *Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Bezüglich der inländischen Aufbringung möchte ich nur konstatieren, daß diese Aufbringung gegen das Vorjahr zurückgeblieben ist.

Ich kann aus amtlichen Belegen feststellen, daß die Aufbringung in den letzten Wochen entschiedene Fortschritte gemacht hat. *(Abgeordneter Glückel: Wir wollen Ziffern hören!)* Die kann ich geben, meine Herren! Wie wenig die eigene Aufbringung in der Lage ist eine entscheidende Wirkung auf die Ernährungslage in Österreich auszuüben, geht daraus hervor, daß im vorigen Jahre bei besserer Inlandsaufbringung sich auch um diese Zeit eine trostlose Versorgungssituation ergeben hat. Ich konstatiere, daß im Vorjahre, wo also die Klagen über die eigene Aufbringung ganz gewiß nicht so laute waren wie heute, in der Woche vom 23. bis zum 29. Dezember nur  $\frac{3}{4}$  Laib Brot und nur  $\frac{1}{8}$  Kilogramm Verschleißmehl ausgegeben wurden. Das bleibt also gegenüber unserer jetzigen Ausgabe außerordentlich zurück. *(Hört! Hört! — Ruf: Was ist es mit der eigenen Aufbringung? — Lärm.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Weiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger**: Ich lese aus dem Ausbeise der eigenen Aufbringung. *(Zwischenrufe und anhaltender Lärm.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Schneidmahl, ich bitte um Ruhe! (Fortgesetzte Zwischenrufe.) Aber, meine Herren, hören Sie doch den Regierungsvertreter. (Anhaltender Lärm.) Ich bitte, meine Herren, die Verhandlungen nicht fortwährend zu stören!

Leiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger:** Meine Herren! Nach dem Ausweise, der vom 18. November vorliegt, beträgt die Aufbringung aller Brotgetreidearten, Weizen, Roggen und Gerste zusammen, im heurigen Jahre 40.708 Tonnen gegenüber 56.315 Tonnen des Vorjahres. (Abgeordneter Schneidmahl: Trotz des Mangels an Druschkohle und Benzin! — Ruf: Und trotz der heuer vorzüglichen Ernte! — Abgeordneter Schneidmahl: Der Boykott der christlichen Bauern bringt uns um!)

**Präsident:** Vielleicht gewähren die Herren dem Herrn Sektionschef wieder einige Minuten Redezeit? (Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe! (Neuerliche Zwischenrufe.) Das ist ja keine Verhandlung! (Lärm. — Ruf: Die Regierung soll sich schämen! Schämen Sie sich!) Ich muß Eingriffe gegen die Regierung wie: „Schämen Sie sich“ usw. zurückweisen. Es wäre wirklich unter der Würde des Hauses. . . . (Lärm. — Abgeordneter Schiegl: Das ist eine Schande! Die Regierung muß sich schämen, daß sie das Gesetz angenommen hat, so ist die Sache! Ich weise das zurück! — Andauernde Zwischenrufe.) Ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören. Es entspricht der Würde des Hauses, den Regierungsvertreter anzuhören. Sie können ja dann erwidern. (Anhaltender Lärm.) Aber ich bitte, meine Herren, zurückzutreten und den Regierungsvertreter sprechen zu lassen. (Anhaltende Zwischenrufe.) Darf ich um Ruhe bitten? Ich bitte den Herrn Sektionschef, fortzufahren.

Leiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger:** Gestatten Sie, meine Herren, festzustellen, daß wir unentwegt unsere Käufe in Edelgetreide fortgesetzt haben und daß in dem Augenblicke, in dem auch nur eine kleine Besserung der Zuschüsse, wie es zu erwarten steht, eintritt, auch mit einer Reduktion des Maiszusatzes zu rechnen ist. Wenn ich heute beim besten Willen nicht in der Lage bin, einen Termin für diese Verminderung des Maiszusatzes zu geben, so liegt der Grund dafür nur in den vorhin erörterten Transportschwierigkeiten. Wir haben jetzt — abgesehen von den regelmäßigen jugoslawischen Zuschüssen — 1600 Wagen jugoslawisches Mehl zu erwarten, welche ich, da der Donautransport nicht mehr durchführbar ist, per Bahn heraufbefördern lasse. Ich

make aufmerksam, daß schon diese Durchführung allein außerordentlich schwer ist, weil wir ja ganze, geschlossene Eisenbahnzüge hinunter schicken müssen, um das Mehl rechtzeitig heraufzubringen. Ich teile weiters dem hohen Hause mit, daß ein Dampfer mit 7000 Tonnen Weizen bereits in den nächsten Tagen in Triest fällig ist. Selbstverständlich wird dieser Zuschuß die Lage wesentlich bessern. Ich teile weiters mit, daß ich mit der Schweiz in Verhandlungen getreten bin und die Schweiz in entgegenkommendster Weise einen Vorschuß an Edelgetreide speziell für die westlichen Länder in Aussicht gestellt hat. (Ruf: Was steht aus Ungarn in Aussicht?) Aus Ungarn, meine Herren, habe ich 400 Waggons Mehl zu erwarten. (Gelächter. — Ruf: Und für das habt Ihr Westungarn hergegeben! — Fortgesetzte Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Sind diese Waggons gegeben oder bewilligt?) Die Verhandlungen sind bis zum gegenwärtigen Moment noch nicht definitiv abgeschlossen. Es handelt sich bei diesem Geschäft um einen Kauf. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Bitte, Herr Sektionschef, wollen Sie dem Hause mitteilen, zu welchem Preise Ungarn uns dieses Getreide gegeben hat?) Über den Preis des ungarischen Mehles wird heute noch verhandelt.

**Präsident:** Es geht doch nicht an, ein Frage- und Antwortspiel zu inszenieren. Lassen Sie jetzt den Herrn Sektionschef endlich einmal aussprechen! (Ruf: Wir können eine Anfrage richten!) Das können Sie schriftlich! Nach der Geschäftsordnung sind mündliche Anfragen nicht zulässig!

Leiter des Volksernährungsamtes Sektionschef **Dr. Grünberger:** Da wir außerdem ein Vorschußgeschäft mit Holland eingeleitet haben, dürfte sich die gegenwärtige Situation in nächster Zeit ändern. Ich möchte dem hohen Hause die Versicherung geben, daß jedenfalls an dem Tage, an dem es die Zuschüsse nur halbwegs gestatten, der derzeitige hohe Maiszusatz vermindert werden wird. Auf den Maiszusatz total zu verzichten wird auch später aus finanziellen Gründen nicht möglich sein. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Jetzt ist es doch finanziell! Sie haben früher den Zusammenhang mit den Finanzen vollständig abgestritten!) Ich erwähne nun, daß die gänzliche Streichung des Maiszusatzes aus finanziellen Gründen nicht möglich ist.

Ich möchte das hohe Haus ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir in dem Augenblicke, in dem die Zuschüsse sich bessern, selbstverständlich mit dem Maiszusatz zurückgehen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

29

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte.

Im Sinne der Geschäftsordnung erlaube ich mir aufmerksam zu machen, daß keinem Redner mehr als 20 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Zum Worte gemeldet ist kontra der Herr Abgeordnete Hofer; ich erteile ihm das Wort. *(Stürmische Rufe: Heil! Heil! — Renégat! — Los von Rom!)*

**Abgeordneter Hofer:** Haben Sie Ihr Vergnügen schon befriedigt? *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lärm. — Abgeordneter Schneidmahl: Durch Reinheit zur Einheit der christlich-sozialen Partei! — Lebhaftige Zwischenrufe. — Abgeordneter Witternigg: Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu! Heil ihm!)*

**Präsident Dr. Dinghofer** *(den Vorsitz übernehmend):* Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hofer, das Wort zu ergreifen.

**Abgeordneter Hofer:** Hohes Haus! Als ich mich entschlossen habe, mich wieder um ein politisches Mandat zu bewerben ... *(Abgeordneter Schneidmahl: ... habe ich mich der christlichsozialen Partei angeschlossen! — Lebhaftige Heiterkeit.)* ... habe ich keiner Partei angehört, aber ich war von einem Gedanken besetzt, von dem Gedanken, daß es notwendig ist, daß man in diesem Hause ernste Männer hat, Männer der ehrlichen Arbeit *(Zwischenrufe)*, und daß dieses Haus unbedingt notwendig positive Arbeit braucht, vorausgesetzt, daß die Vertreter des Volkes in diesem hohen Hause gewillt sind, die Republik aufzubauen.

Nun weiters zu der uns beschäftigenden Frage. Ich hätte mich gar nicht zum Worte gemeldet *(Zwischenrufe)*, wenn nicht verschiedene Zwischenrufe gegen unsere Bauernschaft gefallen wären. *(Lebhaftige Zwischenrufe.)* Ich bedaure lebhaft, daß die Herren, die hier solche Zwischenrufe machen, den Ernst der Gegenwart so schlecht kennen. *(Neuerliche Zwischenrufe und Lärm.)* Solche Zwischenrufe sind nichts anderes als eine einfache Komödie. *(Neuerliche Unterbrechungen.)*

Ich erkläre Ihnen, daß gerade wir Bauern auf dem Standpunkte der Allgemeinheit stehen und daß wir Bauern gerne gewillt sind, alles herzugeben, was im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist. *(Gelächter und Zwischenrufe.)* Dieses Getreidebewirtschaftungsgesetz ist im Wege der Kompensation zustande gekommen. Hätten Sie damals meine Worte, die ich allerdings nicht in diesem Hause, sondern in dem Hause in der Herrengasse gesprochen habe,

beherzigt, so wäre dieses Chaos von Verwirrungen in die Getreidebewirtschaftung nicht hineingekommen. Ich habe damals den Standpunkt vertreten, daß jeder ehrlich Arbeitende den ehrlichen Lohn haben muß. Sie verlangen aber von dem Bauern, daß er zu einem Preise das Kontingentgetreide abliefere, der weit unter den Gesehungskosten ist. Hätten Sie damals meinen Vorschlag gebilligt, so hätten wir einen Mittelpreis von vielleicht 15 oder 16 K bekommen und wir hätten das ganze Getreide leicht anbringen können. *(Lebhaftige Zwischenrufe.)* Die Schleichhändler, die haben Sie uns auf den Hals gejagt, weil einfach auf dem Lande draußen die Einkäufer mit Einkaufsbewilligungen gekommen sind, versehen mit der Unterschrift des Landeshauptmannes Sever, des Landeshauptmannstellvertreters Widholz und dieses berühmten Leuchtag. *(Abgeordneter Sever: Herr Kollege Hofer, um die Sache sofort abzumachen: Ich erkläre den Kunschak und Sie als erbärmliche Lügner! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Heftige Zwischenrufe. — Anhaltender Lärm.)*

**Präsident Dr. Dinghofer** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich muß den Herrn Abgeordneten Sever wegen des Ausdrucks „erbärmliche Lügner“ zur Ordnung rufen. *(Neuerliche anhaltende Zwischenrufe und Lärm.)* Ich bitte die Herren, die Plätze einzunehmen.

**Abgeordneter Hofer** *(fortsetzend):* Ich erkläre Ihnen, daß zu mir selbst in der landwirtschaftlichen Genossenschaft von Bottenstein ein Einkäufer gekommen ist, der mir eine solche Einkaufsbewilligung gezeigt hat. *(Zwischenrufe.)* Wenn ich diese Einkaufsbewilligung nicht selbst mit eigenen Augen gesehen hätte, so würde ich das nicht sagen. Aber Sie müssen zugeben, daß in demselben Momente, wo solche Einkaufsbewilligungen kursieren, der Bauer selbstverständlich auf dem Standpunkte steht: Ja, das ist auch eine behörbliche Bewilligung, dann mache ich nichts Unrechtes, wenn ich diesem Einkäufer mein Getreide gebe, um so mehr, wenn er mir höhere Preise dafür anbietet. Ich erkläre, daß wir mit unseren Genossenschaften gewillt waren und heute noch gewillt sind, tatsächlich das Getreide, soweit es kontingentiert ist, zum Höchstpreise anzubringen, und das Exkontingentgetreide zu einem noch halbwegs erschwinglichen Preise in unseren genossenschaftlichen Lagerhäusern sammeln wollen.

Ich kann noch weiters konstatieren, daß bei uns in Niederösterreich bereits über 2000 Waggon Brotgetreide aufgebracht sind, und zwar bis 15. November, das ist jenes Getreide, welches vollinhaltlich abgerechnet ist. Da ist aber noch eine

ganze Menge von Getreide rückständig, wo die Abrechnung noch nicht erfolgen konnte. Des weiteren erkläre ich Ihnen, daß seit 15. November, obwohl die Bauern tatsächlich in dieser Beziehung nicht ihr Auslangen mit den Preisen finden, trotzdem eine tägliche Anlieferung zwischen 40 und 70 Waggons gegenwärtig stattfindet. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Daraus müssen Sie entnehmen, daß gerade die Bauern derjenige Stand sind, der die allermeisten Opfer bringt. *(Lachen und zahlreiche Zwischenrufe.)* Ich fordere Sie auf, nennen Sie mir einen einzigen Stand, der irgendeiner Aufzucht entspricht, wenn er genötigt ist, in demselben Moment, wo er es tut, sich selbst Ersatzmittel zu verschaffen. Wenn, um von einem konkreten Fall zu sprechen, der Bauer sein Getreide um 10 K hergibt und dann gezwungen ist, um seinen Viehstand zu erhalten, sich minderwertige Futtermittel, die er um 14, 15 und 16 K kauft, zu beschaffen, so ist darin ein Opfermut gelegen, den nur ein österreichischer Bauer aufzubringen imstande ist. *(Zwischenrufe.)* Darum weise ich den Vorwurf des Schleichhandels, welchen man hier den Bauern macht, mit aller Entschiedenheit zurück. *(Erneute Zwischenrufe.)*

Aber auch Oberösterreich, meine Herren. Ich kann konstatieren, daß Oberösterreich um 3 Waggons mehr Getreide abgeliefert hat als in derselben Zeit im vorigen Jahre. Daraus erschen Sie, daß wir tatsächlich gewillt sind, unserer Ablieferungspflicht nachzukommen, obwohl wir alle wissen, daß wir nicht imstande sind, mit unserem eigenen Produkt die Versorgung mit Lebensmitteln hier zu verbessern. Aus dem Munde des hochverehrten Herrn Staatssekretärs haben Sie gerade gehört, daß das inländische Getreide gar nicht in Frage kommt. Wir wollen das Getreide abliefern, aber ich muß an Sie die Bitte richten: gehen Sie nicht hinaus, verheizen Sie nicht unsere Leute. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Lassen Sie uns ruhig in unserem Sinne arbeiten, wie wir es gewohnt sind. Wir wollen der Allgemeinheit geben, was der Allgemeinheit ist. Ich will noch einmal das Wort an Sie richten: Seien Sie ernste Männer, leihen Sie der Arbeit Ihre Hand. Das ist Ihre Pflicht, aber nicht solche Komödien zu machen, wie Sie sie hier aufgeführt haben. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Daß die Ablieferung von Anfang an nicht so leicht gegangen ist, geschah aus folgendem Grunde: Die Kollektivverträge haben es unserem mittleren und größeren Besitz unmöglich gemacht, bis jetzt seiner Ablieferungspflicht zu entsprechen. *(Zahlreiche Zurufe.)* Ich erinnere daran, daß gerade bei uns die Ablieferung seitens der kleinen und kleinsten

Bauern erfolgt ist. Dagegen ist der Großgrundbesitz mit seiner Ablieferung ganz gewaltig zurückgeblieben, weil er durch diese Verträge ganz einfach gezwungen war, soviel an Naturalien abzugeben, daß er nicht mehr in der Lage ist, das vorgeschriebene Quantum aufzubringen. Ich erinnere daran, daß einzelne Familien darunter sind, die im Monat über 100 Kilogramm Deputatmehl bekommen haben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß uns dann noch soviel Getreide übrig bleibt, um es rechtzeitig abführen zu können. Diese Worte wollte ich an Sie gerichtet haben und damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist der Herr Abgeordnete Dr. Eisler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Eisler: Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, mich zum Worte zu melden, weil gerade im obersteirischen Wahlkreis die Erregung über die schlechte Beschaffenheit des Brotes zu Ausbrüchen geführt hat, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Das hohe Haus weiß, daß der Verkehr auf der Staatsbahn von Leoben aufwärts eingestellt ist und daß die Bewegung auf die Südbahn hinüberzuschlagen droht, daß sie allmählich auch die Großindustrie, die Metallindustrie erfasst und daß wir dadurch vor eine Gefahr gestellt sind, die zu bannen die Pflicht aller Parteien ist. Wir haben nun die Erklärung der Regierung über diese Frage mit der größten Ungeduld erwartet, weil wir gehofft haben, wenigstens irgendetwas zu vernehmen, was es uns möglich macht, den empörten Massen der Arbeiter ein Wort der Beruhigung zu sagen, ihnen irgend etwas zu sagen, was ihnen die Hoffnung auf Besserung erweckt. Statt dessen haben wir, hohes Haus, aus dem Munde des Herrn Ministers nichts vernommen als Ausreden, als Ausflüchte, als Entstellungen und als Ableugnungen. *(Widerspruch.)* Ich werde, hohes Haus, den Beweis für diese Behauptungen nicht schuldig bleiben; denn wir sind auf dem Lande draußen viel zu sehr belastet mit der Verantwortung. *(Lebhafte Rufe: Sehr gut! — Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Dr. Eisler *(fortfakrend)*: Wir sind, hohes Haus, in den Ländern viel zu sehr mit der Verantwortung für das, was die Regierung tut, belastet, als daß wir es ruhig mitansehen könnten, ohne uns selbst zu informieren, wie dekretiert und wie regiert wird, und wir haben uns auch ganz genau um die Dinge gekümmert,



die auf dem Gebiete der Lebensmittelwirtschaft in den letzten Wochen geschehen sind. Wir sind ungemein erstaunt darüber, daß uns der Herr Minister für Volksernährung heute etwas ganz anderes sagt als das, was in den letzten Wochen immer wieder gesagt wurde. Man versteht es am heutigen Tage sehr genau, daß der Herr Sektionschef seine Visitenkarte bei den Herren auf der rechten Seite abgegeben hat. *(Lebhafter Beifall.)* Es wird ihm das niemand übelnehmen, im Gegenteil: wir bewundern die Anpassungsfähigkeit des Herrn Sektionschefs *(Heiterkeit)* und wir bewundern die Raschheit, mit der er die bessere Vergangenheit dieses Amtes vergessen hat; denn sein Mitarbeiter, der frühere Staatssekretär Goewensfeld-Ruß, hat die Verantwortung für die Ursachen des heutigen Zustandes nicht zu tragen vermocht. Der heutige Herr Leiter des Volksernährungsamtes scheint diese Verantwortung leichter zu nehmen. Wesentlich aber für uns ist, daß die Empörung vor allem der bisher un widersprochen gebliebenen Tatsache entsprungen ist, daß die Brotverschlechterung aus Ersparungsrücksichten herbeigeführt wurde, und nun wird uns plötzlich gesagt, das sei nicht der Fall gewesen. Wir wissen, daß in der Wirtschaftskommission vor ganz kurzer Zeit derselbe Herr Leiter des Volksernährungsamtes erklärt hat, daß die Verschlechterung des Brotes aus Ersparungsrücksichten verfügt werde *(Hört! Hört!)*, daß er dort ausgerechnet hat, daß man, wenn kein Maiszusatz ins Brot gegeben werde, im Monat 570 Millionen draufzuzahlen hat, wenn ein 30prozentiger Maiszusatz beigegeben wird, 400 Millionen. Da war also an der Begründung aus Ersparungsrücksichten noch kein Zweifel. Heute lautet die Melodie aus Motiven, die wir, wie gesagt, sehr wohl verstehen, ganz anders.

Der Herr Leiter des Volksernährungsamtes hat uns aber über eine Frage erst auf sehr dringliche Anfragen Auskunft gegeben und das war die Frage der eigenen Ausbringung im Lande. Gerade weil das obersteirische Gebiet ein reines Zuschußgebiet ist und aus der eigenen Ausbringung nicht einen Tag zu leben vermag, gerade deshalb müssen wir verlangen, daß dort, wo aufgebracht werden kann, auch mit der nötigen Energie und mit dem nötigen Ernst die Ausbringung durchgeführt wird. Nun sagt uns der Herr Minister, es ist ja nicht so schlimm, es ist heuer bis jetzt nur um 16.000 Tonnen weniger aufgebracht worden als im vorigen Jahre. Diese 16.000 Tonnen sind das vierfache dessen, was der glorreiche Auszug nach Ungarn angeblich gebracht hat. Diese 16.000 Tonnen sind für Steiermark eine Aushilfe, die über die schlimmste Zeit reichlich hinwegführen könnte; wir könnten den obersteirischen Bezirk damit gewiß sechzehn Wochen erhalten. Diese 16.000 Tonnen sind eine Menge, die gerade in dieser schwierigsten Zeit eben über

die Schwierigkeiten hinweghelfen könnten. Es liegt also in dieser scheinbaren Herabsetzung der Bedeutung dieses Unterschiedes gar kein Argument. Im Gegenteil, heuer war die Ernte, wie wir alle wissen, besser als im vorigen Jahre. Wenn wir nun aus dem Munde meines Christlichsozialen Voredners gehört haben, daß Getreide sei heuer zu billig, nun, es ist nicht nur wesentlich teurer als im vorigen Jahre, sondern es ist der Preis, es ist das Kontingent einvernehmlich festgestellt worden. Wenn die Ablieferung im Kontingent so hart ist, warum dann der leidenschaftliche Kampf gegen die Ablieferung außerhalb des Kontingents, die doch nicht zum Preise von 10 K, sondern zu einem Preise hätte erfolgen sollen, auf den die Herren bestimmenden Einfluß genommen hätten? Es ist die ganze Argumentation, die wir gehört haben, alles nur nicht aufrichtig.

Aber der Herr Leiter des Volksernährungsamtes hat eine ganze Reihe von Ausflüchten vorgebracht. Er hat sich auf das schlechte Wetter, auf die schlechten Transportverhältnisse berufen und er hat sogar — das sollte wahrscheinlich seine Eignung zu dem Amte, das demnächst vergeben werden wird, besonders hervorheben — den Boykott gegen Ungarn betont. *(Lachen und Zwischenrufe.)* Hohes Haus! Die Herren, die sich so entrüsten, sind bis jetzt den Beweis dafür, daß Ungarn für unsere Ernährung auch nur das geringste beitragen könnte, schuldig geblieben. Aber es wäre doch gut gewesen, wenn uns der Herr Minister über die Bedingungen, unter denen Ungarn uns zu unterstützen bereit ist, etwas mehr Aufklärung gegeben hätte, wenn er uns gesagt hätte, daß die 400 Waggons, die Ungarn nicht gegeben, sondern versprochen hat, 42 K pro Kilogramm kosten sollen. *(Lebhafter Hört! Hört-Rufe.)* Wenn er uns gesagt hätte, daß bis heute nicht ein Körnchen davon bei uns ist *(Zwischenrufe)* und wenn er uns gesagt hätte, daß aus Ungarn sonst gar nichts zu bekommen ist. Diese Auskunft wäre viel wertvoller gewesen als das allgemeine Lamentieren über das schlechte Wetter und über die schlechten Transportverhältnisse. Alle diese Dinge sind nicht neu. Mit denselben Schleppern, mit denen Mais kommt, kann auch etwas anderes kommen, wenn man rechtzeitig dafür gesorgt hat, daß es kommt. Wir glauben nicht, daß man in Jugoslawien nur Mais zu kaufen bekommt, denn Einkäufer anderer Staaten, deutsche und schweizerische, sind in der Lage, alle möglichen Sorten von Getreide in Jugoslawien zu Bedingungen einzukaufen, die günstiger sind als die, unter denen wir einkaufen. Das alles, hohes Haus, ist kein Geheimnis, das weiß jeder, der mit diesen Dingen zu tun hat. Es ist ein Ausweichen vor der Verantwortung, wenn uns heute derartige Kindergeschichten vorerzählt werden.

Aber auf die entscheidende Frage ist uns überhaupt keine Antwort gegeben worden: wie soll es besser werden? Der Herr Minister für Volksernährung hat seine Ausführungen eigentlich nicht geschlossen. Wir wurden erst durch die lebhafteste Zustimmung, die seine Ausführungen auf der rechten Seite gefunden haben, darüber belehrt, daß er uns nichts mehr zu sagen hat. Wir haben noch immer auf die Hauptsache gewartet: was soll jetzt geschehen, was sollen wir den Leuten, die draußen in der leidenschaftlichsten Weise verlangen, daß sie eine genießbare Nahrung bekommen, was sollen wir ihnen zur Antwort geben? Auf diese Frage kann die Regierung und können jene, die die Verantwortung für die heutigen Verhältnisse tragen, die Antwort nicht schuldig bleiben.

Nun, hohes Haus, der Herr Sektionschef hat gemeint, der Mais ist da und muß aufgegessen werden. Das war der wesentlichste Inhalt seiner Ausführungen. Es wäre nach unserer Meinung, und in unserem Antrage ist das auch angeregt, ohneweiters bei etwas gutem Willen möglich, diejenigen Landwirte, die Edelgetreide haben, zu veranlassen, es gegen Mais umzutauschen. Der Mais wird im Haushalt der Landwirte, in ihrer Wirtschaft sehr viel gebraucht. Er wird namentlich zu Futterzwecken sehr viel gebraucht und wenn die Herren guten Willen haben, so wird es ihnen möglich sein, für den Mais, der sich zur Brotbereitung in diesem furchtbaren Prozentsatz nicht eignet, soviel Edelmehl zur Verfügung zu stellen, daß wenigstens über die schlimmste Zeit hinweggeholfen wird. Diesen Weg zu beschreiten, sollten die Herren nicht einen Augenblick zögern, schon deshalb nicht, um in den Massen der Arbeiter die Erinnerung an die furchtbaren Folgen, die das Getreidebewirtschaftungs-gesetz bisher hatte, ein wenig vergessen zu machen.

Und, hohes Haus, es muß auch mit der Gefahr, vor der wir stehen, ernstlich gerechnet werden. Die Herren scheinen sich der Größe dieser Gefahr gar nicht bewußt zu sein, denn sonst hätte diese heitere Aufnahme, diese Meinung, es handle sich um einen Scherz, um eine Komödie, wie sich da ein Vorredner geäußert hat, bei den Herren nicht auskommen können. Die Herren scheinen tatsächlich von dem Ernst der augenblicklichen Situation keine Ahnung zu haben. (Sehr richtig!) Sie scheinen tatsächlich der Meinung zu sein, daß das, was sich draußen abspielt, nur ein belangloser Zwischenfall ist, mit dem fertig zu werden sie einfach uns überlassen. Sie sagen sich, das ist Sache der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei, zu ihren Parteiangehörigen zu gehen und ihnen zu sagen, schön ruhig sein, die neue Regierung wird es schon besser machen! Nun, Sie machen uns die Tätigkeit des Verühigens sehr schwer. Denn gerade aus

Ihrem heutigen Verhalten ist zu entnehmen, daß Ihnen jeder ernste Wille vollständig fehlt, durch Eingriffe in die Dinge abzuheffen. (Lebhafter Beifall.) Sie haben jetzt durch Ihren Redner wieder die alte Geschichte von der Belastung der Bauernschaft vordekamieren lassen. Ihr eigener Parteiohmann hat sich nicht geniert, in der Wahlbewegung als Argument gegen uns mit besonderer Vorliebe die Tatsache anzuführen, daß sogar Sozialdemokraten für ein geringeres Kontingent eingetreten seien. Er hat sich sogar der Strapaz unterzogen, eigens nach Graz zu kommen, um dort, allerdings in geschlossenem Kreise, diese Entstellung einer Rede eines unserer Parteigenossen zum Besten zu geben. Damals haben Sie uns das zum Vorwurf gemacht und wir haben uns damals und wir haben uns in Steiermark immer dagegen gewehrt, daß man uns erlogene Kontingente erst verspricht, dann nicht abliefert, durch die Obstruktion, die draußen getrieben wird, und daß die Bevölkerung der Industrieorte um so viel weniger zugewiesen bekommt und um so viel Wochen mehr hungern muß, als die Ausbringung bei Ihnen versagt. Das ist richtig, daß wir uns dagegen gewehrt haben. (Abgeordneter Spalowsky: Also der Kunschak hat nicht entstellt! Er hat das festgestellt, was Ihr Parteigenosse gesagt hat!) Nein, verehrtester Herr Abgeordneter, der Herr Abgeordnete Kunschak hat entstellt; denn der Streit, um den es gegangen ist, war der Streit um die Behandlung des nicht kontingentierten Getreides. Das war das Verbrechen bei dem Getreidebewirtschaftungs-gesetz. Über das Kontingent waren alle Parteien einig, und was Sie getan haben, war die Rettung des Schleichhandels durch Freilassung des Überkontingents. (Lebhafter Beifall), und nur darüber, hohes Haus, hat es zwischen uns einen Streit gegeben, nur deshalb haben wir das Getreidebewirtschaftungs-gesetz bekämpft. Im Hause hat niemand gegen die Kontingentziffer einen Einspruch erhoben. . . . (Abgeordneter Kunschak: Erlauben Sie mir! — Abgeordneter Spalowsky: Lesen Sie doch das Protokoll der Haussitzung nach!) Herr Abgeordneter Kunschak, Sie wissen genau so gut wie ich, daß nicht die Höhe des Kontingents der Streitpunkt war, sondern die Behandlung des Überkontingents. Sie wissen genau so gut wie ich, daß der Herr Staatssekretär Loewenfeld-Muß wegen dieser Frage, weil Sie nicht einmal die bezirksweise Ausbringung des Kontingents konzedieren wollten, seine Demission gegeben hat, weil Sie die Versorgung des Schleichhandels nicht einmal bis zu dem Moment aufschieben wollten, in dem die Bezirke ihrer Ablieferungspflicht genügt haben.

Wenn heute ein Vorredner wieder einmal etwas von den Kollektivverträgen erzählte, so ist auch das eine kindische Ausrede, die kein Mensch



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

33

ernst nimmt. Die Menge, die durch die Ablieferungspflicht gedeckt sein soll, ist trotz aller Kollektivverträge sicher anzubringen gewesen. Wie wäre es möglich, daß im Schleichhandel mehr Mehl als je zirkuliert, wenn der Ablieferungspflicht Genüge geschähe? Wie wäre es möglich, daß wir, die wir zur Nationalversammlung herkommen, hier überall weißes Gebäck in großen Mengen, überall die besten Dinge aus weißem Mehl sehen können, während gleichzeitig die Regierung dekretiert, daß das Brot mit 50 Prozent Zusatz vermengt werden muß!

Hohes Haus! Das alles sind Versuche, der Wahrheit auszuweichen und wir werden in die schwierigste Lage kommen, wenn Sie uns nicht noch in letzter Stunde die Möglichkeit geben, den Arbeitern, die draußen auf ein Wort der Hoffnung warten, zu sagen, daß ehestens eine Besserung des heutigen Zustandes, daß ehestens eine Besserung des Brotes eintritt.

Man leugnet die Ersparungsrückichten; in derselben Woche, in der man den Fettpreis um 100 Prozent erhöht, den Zuckerpreis um 100 Prozent erhöht hat. Das alles wird in einem Aufwaschen den Leuten angehängt. Wundern Sie sich nicht darüber, daß dann die Geduld ein Ende hat und muten Sie uns nicht zu, diesem Sturm gegenüber, der ausbrechen muß, stark genug zu sein, wenn Sie es vollständig an dem Willen fehlen lassen, da helfend einzugreifen, sondern wenn Sie das ganze als einen Scherz betrachten, für den Sie höchstens ein Lächeln übrig haben.

Hohes Haus! Es ist — und davon hat uns der Herr Minister gar nichts gesagt — es ist nicht nur das Brot verschlechtert, es ist auch leichter gemacht worden. Es mag sein, daß sich die Regierung gedacht hat: Wenn das Brot schlechter ist, so werden es die Menschen leichter ertragen, daß man ihnen weniger davon gibt. Aber das geht doch nicht, daß man ohne jedes Wort der Aufklärung, der Ankündigung einfach den Leuten zum Brot um vier Dekagramm weniger Mehl zuweist, das Brot durchgehend leichter macht und darüber schweigt. Das ist ein Vorgehen, daß einer Regierung absolut unwürdig ist. War vielleicht die Erhöhung des Brotpreises beabsichtigt und wollte man vielleicht aus irgendwelchen demagogischen Gründen dem ausweichen? Wahrscheinlich. Wenn die abtretende Regierung das Odium einer Brotpreiserhöhung nicht auf sich nehmen wollte, so mußte man den Mut haben, offen die Gewichtsverminderung des Brotes zuzugeben. Aber es geht nicht an, daß man einfach die Konsumenten irreführt und kein Wort davon sagt.

Hohes Haus! Die Zeit drängt, ein großer Teil der Betriebe ist, wie ich bereits ausgeführt

habe, schon in den Streik getreten und wir stehen vor einer Bewegung, die sich immer weiter auszuweiten droht. Es gilt, Beschlüsse zu fassen und die Regierung, die uns nicht mehr Trost zu sagen weiß, als das, was uns der Herr Sektionschef gesagt hat, zum Handeln zu zwingen. Diesen Zwang werden Sie am besten dadurch ausüben, daß Sie die Beschlufsanträge annehmen, die Ihnen unser Parteigenosse Elbersch unterbreitet hat. Mit der Annahme dieser Anträge wird wenigstens ein Weg gezeigt sein, der zu einer Besserung führt; aber lassen Sie es sich aus einer gründlichen Kenntnis der Dinge und aus der Besorgnis um das, was kommen kann, gesagt sein: Es ist keine Zeit zu verlieren, das Haus brennt und es ist unsere Pflicht, den Brand ehestens zu löschen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist ferner zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Weisker. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Grisler: Hohes Haus! Es ist gewiß nicht meine Aufgabe, den soeben hier von meinem sehr verehrten Herrn Vorredner so hart mitgenommenen Leiter des Staatsamtes für Volksernährung zu schützen oder ihn herauszureißen. Nein! Der Herr Leiter des Staatsamtes hat mit klippigen und klaren Worten, mit Ziffern bewiesen, wie die Situation gegenwärtig steht. Also nicht deswegen, meine Hochverehrten, habe ich mich zum Worte gemeldet, sondern wegen einer anderen Angelegenheit. Im Laufe des Benehmens der verehrten Herren der Linken des Hauses hat sich ein Genosse aus meinem Kronlande, namens Witternigg, zu der Behauptung verfliegen: Den Bauern geht es natürlich brillant; sie sehen wohlgenährt aus und das kommt daher, weil sie einen so schwinghaften Käsehandel betreiben. Meine Hochverehrten, wie das in dem Bereiche der Tätigkeit des Herrn Kollegen Witternigg ist, kann ich leider nicht konstatieren, aber wohl etwas anderes. Im Bezirk Zell am See gibt es eine brotverwaltende Gemeindevorstellung, ein Gemeindeamt, an dessen Spitze nicht nur ein roter Bürgermeister, sondern auch ein roter Gemeinderat steht, und diesem roten Gemeinderat ist etwas sehr Unliebsames passiert. Er hat nämlich im Verein mit lieben Freunden von den Bahnangestellten bewerkstelligt, daß ein Waggon außerhalb der Station Zell am See zur Verladung gekommen ist. Das ist sonderbar gewesen. Es war auffällig, daß der Gemeinderat Milch von Zell am See in die Agenden der Staatsbahnverwaltung auch mitwirkend eingreifen konnte. Aber dennoch, es ist geschehen. Und, meine Herren, was ist da zur Verladung gebracht worden? Wirklich diejenige Ware,

die Kollege Witternigg vorhin so ostentativ genannt hat, nämlich Käse, aber nicht von Pinzgauer Bauern, sondern von dem sozialistischen Bürgermeister und von dem sozialdemokratischen Gemeinderat Misch in Zell am See.

Die Sache hat auch ein gerichtliches Nachspiel gehabt, der sozialdemokratische Gemeinderat Misch ist verhalten worden, sein Amt zurückzulegen, und der Bürgermeister Werber hat bekanntlich einen Krankenurlaub erhalten. *(Zwischenrufe.)* Dies zu konstatieren, bin ich hierher gekommen. Wer war in diesem Falle der Schleichhändler, der Käsehändler? Das war ein sozialdemokratischer Gemeinderat und ein sozialdemokratischer Bürgermeister mit, leider Gottes, einigen wenigen Gesinnungslumpen, deren es in jedem Stande gibt. Dies möchte ich zur Steuer der Wahrheit gesagt haben. *(Abgeordneter Witternigg: Wer hat den Käse geliefert?)* Ihre Herrn Kollegen. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist weiter die Frau Abgeordnete Popp zum Worte gemeldet.

Abgeordnete Popp: Hohes Haus! Es ist wohl der allgemeine Eindruck, daß die Erklärungen des Herrn Leiters des Ernährungsamtes vollständig unbefriedigend waren. Vor allem hat der Herr Leiter des Ernährungsamtes die Frage nach der Aufbringung der inländischen Ernte allem Anscheine nach als eine sehr peinliche Frage empfunden und es hat sehr dringender Anfragen bedurft, um überhaupt zu erreichen, daß er einigermaßen darauf eingegangen ist. Der Herr Leiter des Ernährungsamtes hat weiters gemeint, daß die Frage des großen Maiszusatzes einerseits keine finanzielle Angelegenheit ist, anderseits aber doch eine finanzielle Maßregel ist. Man muß schon mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß es vollständig unangebracht ist und nicht gebildet und ertragen werden kann, daß einem großen Teile der Bevölkerung, der darauf angewiesen ist, das rationierte Brot zu essen, das Brot noch länger in der Beschaffenheit gegeben wird, wie es in den letzten Wochen geschieht. Wir sehen seit langem, daß das ganze Ausland für uns tätig ist und sogar dazu übergeht, in unserem eigenen Lande, in Wien, Hilfswochen für die Kinder einzuleiten und zu veranstalten, um die Kinder dieses Staates und dieser Stadt vor dem Hungerbegriff zu bewahren und zu retten.

Wir werden binnen - kurzem eine neue Regierung bekommen und diese neue Regierung soll die längst angekündigte und als notwendig hingestellte Regierung der höchsten staatlichen Autorität sein. Diese neue Regierung, die die staatliche Autorität verkörpern wird, wird doch wohl die Möglichkeit haben, alles inländische Getreide, das

bis jetzt der Bevölkerung vorenthalten wurde, für die ganze Bevölkerung zu erfassen und der Bevölkerung zuzuführen, damit vor allem die Kinder, die am allernotleidesten und erbarmungswürdigsten sind, endlich zu einer besseren Nahrung und zu einem besseren Brot gelangen — ich rede gar nicht von den Arbeitern, deren Beunruhigung, wie schon gesagt wurde, einen außerordentlich hohen Grad erreicht hat, ich rede nicht von all den Männern und Frauen bis weit in den Mittelstand hinein, die heute Tag um Tag unter einem ungenießbaren Brote leiden. Das Brot, das uns die derzeitige Regierung und das Ernährungsamt gibt, bedeutet nicht nur ein Verbrechen gegen die Gesundheit der Bevölkerung, vor allem der Kranken und der Kinder, dieses Brot bedeutet auch eine Verschwendung und Verschleuderung des Staats- und Volksvermögens *(Zustimmung)*, denn dieses Brot, das immer wieder als eine Ersparungsmaßregel hingestellt wird, kann zum großen Teil nicht genossen werden. Die hungerrigten Menschen verzichten darauf, dieses Brot zu essen. Sie stehen vor der Entscheidung, infolge dieses Brotenusses krank zu werden oder den Hunger zu erdulden, und es ist Tatsache, daß auch in den Wohnungen der ganz armen Leute das Brot, das wir jetzt im November 1920 bekommen, nicht gegessen werden kann.

Deshalb muß vor allem jener Teil des sozialdemokratischen Antrages angenommen werden, der dahingeht, das Kontingent dazu zu verwenden, daß wir an Stelle des Maises endlich wieder reines und gutes Edelmehl für das Brot heranziehen. Wir fordern im Namen der Frauen und Kinder, im Namen aller kranken und alten Leute, die das derzeitige Brot nicht essen können, daß mit allen Mitteln der Staatsgewalt und mit allen Appellen — wenn Sie etwas davon halten — an das christliche Empfinden und Mitgefühl alle diejenigen, die über Getreidevorräte verfügen, dazu gebracht werden, zur Rettung, zur Erhaltung des Lebens der Kinder wenigstens das Getreide herzugeben, das heute im Schleichhandel verkauft wird. Nicht nur in Feinkosthandlungen, sondern in jedem größeren Selchwarengeschäft ist heute Brot aus Edelmehl um teures Geld für die Schnitte zu kaufen. Aus welchem Mehl wird dieses Brot erzeugt? Aus dem Mehl, das nicht erfasst wird, aus dem Mehl, das nicht zu dem von der Regierung bestimmten Preis abgeliefert wird, sondern in den Schleichhandel übergeht, an die Schleichhändler ohne Unterschied der Konfession. Dagegen wenden wir uns und verlangen, daß dem sozialdemokratischen Antrag Rechnung getragen wird.

Drohungen finden ja natürlich kein bereitwilliges Ohr und sind nichts Angenehmes, ich liebe es persönlich auch nicht, Drohungen auszusprechen,



aber man muß doch auf die Gefahr aufmerksam machen, die darin liegt, daß wir diese Zustände nach Tagen und Wochen der leidenschaftlichsten Agitation haben, wo man vor allem den Frauen in Aussicht gestellt hat, daß es wieder besser werden wird, wenn eine andere Regierung kommt. (Beifall), wenn die Judensozialregierung weg sein wird. (Zwischenrufe.) Heute lesen wir in der „Reichspost“, daß das Vertrauen schön langsam wieder zurückkehrt. Wenn das so ist, dann bitten wir: schön, langsam — und schon das wird uns befriedigen — auch heraus mit dem Getreide, heraus mit dem Brot für die Bevölkerung, damit sie von dem Wandel der Zeiten und der Regierungen wirklich etwas zu spüren bekommt! Die Herren werden sagen, daß sie nichts versprochen haben. Der Humbug mit den ungarischen Mehllieferungen ist ja enthüllt worden und der Leiter des Ernährungsamtes hat uns ja heute auch gesagt, wie es damit steht und die Frage nach dem Preis für die paar hundert Waggon Mehl, die wir bekommen werden, hat der Leiter des Ernährungsamtes als eine genau so peinliche Frage empfunden, wie die Frage nach dem Getreide, das schon aufgebracht worden ist.

Wir stehen also einerseits diesen furchtbaren Zuständen in der Brotversorgung gegenüber und nach allen den Versprechungen und Ankündigungen dessen, was der Regierungswechsel mit sich bringen wird, wie das ganze Ausland voll Vertrauen uns zueilen und zuströmen wird, wie die Bauern geneigter sein werden, bereitwilliger abzuliefern als der roten Regierung, sehen wir nicht nur dieses fortwährend verschlechterte Brot, sondern wir sehen die wahnsinnige Steigerung der Preise für alle unentbehrlichen Lebensmittel. Wir sehen, förmlich auf den Tag, kann man sagen, seit Mitte Oktober, wie die Fettpreise sprunghaft von Tag zu Tag in die Höhe gegangen sind, und von dem Segen des christlichen Wahlsieges ist zur Bevölkerung noch nichts gebrungen.

Daher, hohes Haus, bitte ich Sie, im Namen all derer, die sich nicht durch den Schleichhandel helfen können, im Namen all derer, die nicht hinausgehen, die nicht die teuren Fahrpreise bezahlen können, um das Schleichhandelsmehl zu kaufen und unter Not, Mühen, Gefahren nach Wien zu schleppen, die nicht in Feinkosthandlungen und Selbwarengeschäfte gehen können, um Weißbrot zu erwerben, im Namen all dieser, der Armen, der Kranken, der alten Frauen und Kinder bitte ich Sie, den sozialdemokratischen Anträgen zuzustimmen und ich appelliere an die neu zu wählende Regierung, wie schon erwähnt, all ihre Autorität daranzusetzen und nutzbar zu machen, damit wir endlich den Segen in der Ernährung zu spüren

bekommen, auf den wir seit dem 17. Oktober warten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Lanner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Lanner: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Eisler hat am Schlusse seiner Rede die Worte gebraucht: es ist keine Zeit zu verlieren, das Haus brennt! und hat damit unsere Lage ganz richtig gekennzeichnet. Ich muß offen gestehen, daß ich als neugewählter Abgeordneter mir die Situation in diesem Hause ganz anders vorgestellt habe. (Zwischenrufe.) In einem Hause, welches brennt, müssen denn doch alle zusammenarbeiten; wir müssen trachten, den Haß, der vorhanden ist, der während der Wahl aufgespeichert wurde, abzubauen, weil wir sonst mit Naturnotwendigkeit zugrunde gehen. Es ist notwendig, daß auch der Haß, der bei den Vertretern der industriellen Arbeiterschaft gegen diejenigen Arbeiter vorhanden ist, die den Grund und Boden bebauen, das sind doch die Bauern, abgebaut wird. Ich glaube nämlich, wenn Sie sich in unsere Lage versetzen, so müssen auch Sie sagen, sie bedenken uns mit unredlichen Anwürfen. Der Bauer ist während des ganzen Krieges unter der Zwangswirtschaft gewesen. Als der Krieg vorbei war, wurden alle anderen Stände frei. Aber gerade die Vertreter der industriellen Arbeiterschaft waren es, die die Zwangswirtschaft gerade bei den Bauern dauernd aufrechterhalten wollten und wollen.

Es wird immer gesagt, der Bauer liefert nichts ab; der Bauer gibt seine Produkte lieber dem Schleichhandel her. Die Preise, diese Höchstpreise, die für das Getreide und alle anderen Produkte, die der Bauer abliefern mußte, bestimmt wurden, haben nie und nimmer den Erzeugungskosten entsprochen. Infolgedessen waren wir, ob wir wollten oder nicht, gezwungen, mit unseren Produkten Tauschobjekte, die wir für die Bewirtschaftung unseres Grund und Bodens gebraucht haben, zu erwerben. Ich bin selbst Bauer, ich habe zuerst immer getrachtet, möglichst viel abzuliefern, und dann habe ich gesehen, daß ich mein Auslangen nicht mehr finden kann, und ich war so gut wie jeder andere gezwungen, mir die gewerblichen und industriellen Produkte, die oft das 50- bis 100fache des Friedenspreises gekostet haben, im Tauschwege zu erwerben, weil mir anders die Bewirtschaftung von Grund und Boden nicht mehr möglich war. Es ist das arge Mißverhältnis der Höchstpreise für die landwirtschaftlichen Produkte zu den Preisen der industriellen und gewerblichen Produkte, das den Bauern zwingt, anders vorzugehen als es eben nach dem Gesetze vorgesehen ist. Die Gesetze waren

ja immer so, daß sie die Bauern nicht halten konnten. Wenn wir alle diese Vorschriften gehalten hätten, dann wären wir als Bauern alle miteinander nicht mehr da. Es war uns unmöglich, nach den bestehenden Vorschriften unseren Grund und Boden zu bebauen und unsere Wirtschaft weiter zu betreiben.

Obwohl das Bild, welches ich heute gewonnen habe, ein außerordentlich ungünstiges ist, so hoffe ich dennoch, daß wir uns schließlich und endlich doch zu gemeinsamer Arbeit finden werden. Es kann uns nur eines retten: Wir müssen über das alles, was sich während der Wahlen ereignet hat, hinwegkommen (*Zwischenrufe*), wir müssen aus dem Parteitägig hinaus, wir müssen empor auf eine höhere Plattform und gemeinsam arbeiten für unser darbenendes Volk zum Wohle unseres Volkes und zum Nutzen unseres deutschen Vaterlandes. Damit, schließe ich. (*Beifall*.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist ferner der Herr Abgeordnete Ranschak gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ranschak: Hohes Haus! Die Debatte, die uns hier beschäftigt, ist eigentlich nur ein Niederschlag der Agitation, die der Wahlkampf bis zur Siedehitze gesteigert hat. Schon in dieser Agitation war es eine ständige Phrase, daß an dem Maisbrot die christlichsoziale Partei schuldtragend sei; trotzdem auch damals, als noch die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in der Regierung saßen, wir Maisbrot hatten, der Qualität nach weit schlechteres Maisbrot, als es das gegenwärtige ist. (*Abgeordneter Pölzer: Ein schlechteres haben wir nie gehabt!*) Mag sein, daß Sie, Herr Pölzer, nicht Gelegenheit gehabt haben, das Brot des Volkes zu essen. (*Weiterkeit und Beifall*.) Wenn der Herr Pölzer behauptet, daß wir schlechteres Brot, als es das jetzige ist, niemals gehabt haben, dann kann ich zu keinem anderen Schlusse kommen, weil ich ihm nicht zumute, daß er bewußt die Unwahrheit behauptet. Das Brot, das wir vor einigen Wochen gehabt haben, aus dem stinkigen jugoslawischen Weizen, war ein solches, daß ärztlicherseits konstatiert wurde, es sei dieses Brot die Ursache einer Furunkulosepidemie, die damals in Wien herrschte. (*Zwischenrufe*.) Verehrte Frauen und Herren! Es hat ja auch gar keinen Zweck, festzustellen, um wieviel Grade das Maisbrot vor Wochen besser war, als es heute ist. Schlecht war das Maisbrot vor Wochen, schlecht ist es jetzt und das Maisbrot hat die Eigenschaft, eben immer schlecht zu sein. (*Abgeordneter Dr. Deutsch: Aber Sie haben besseres versprochen!*) Man hat nun auch in der Wahlagitation angegeben, daß das

Gesetz über die Getreideaufbringung, das Getreidebewirtschaftungsgesetz schuldtragend sei. Und so sehr dies auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Eisler wider den Strich gehen mag, so muß ich doch nochmals von dieser Stelle aus feststellen, daß sich seine Behauptungen nur dadurch erklären lassen, daß er eben zu jener Zeit, als über das Getreidebewirtschaftungsgesetz verhandelt wurde, der Nationalversammlung nicht angehört hat. (*Zwischenrufe*.) Denn wenn er die Behauptung aufstellte, daß die Höhe des Kontingents niemals eine Streitfrage gewesen ist, so steht das eben mit den tatsächlichen Verhältnissen im krassen Widerspruch. Hier in diesem Saal hat gelegentlich der Beratung des Getreidebewirtschaftungsgesetzes die Frau Abgeordnete Freundlich gegenüber dem Antrage des Ausschusses den Antrag gestellt, daß das Getreidekontingent von 11 Millionen Zentner auf 18 Millionen Zentner erhöht werden möge, welcher Antrag in diesem Hause in einer Kampfabstimmung abgelehnt wurde. Es ist also nicht richtig, daß die Frage des Kontingents niemals eine Streitfrage gewesen ist, sondern im Gegenteil, sie bildete immer den Angriffspunkt gegen die christlichsoziale Partei und bildete immer die Erklärung dafür, daß wir Maisbrot essen mußten, vor Wochen schon und heute ebenfalls.

Deshalb sei es mir gestattet, noch auf das Getreidekontingent mit einigen Worten zu sprechen zu kommen. Es ist richtig, daß das derzeitige Getreidekontingent um 700.000 Zentner geringer ist als das Getreidekontingent vom Wirtschaftsjahr 1918/19. Ich will aber hier nur konstatieren, daß die Feststellung des Getreidekontingents schon in den Direktionsitzungen, in den Präsidialsitzungen des Ernährungsamtes Gegenstand der Beratung gebildet hat, welchen Sitzungen die Frau Abgeordnete Freundlich in ihrer Eigenschaft als Direktorin des Ernährungsamtes beizuwohnen und ihre Meinung dort zu äußern reichlich Gelegenheit hatte; daß des weiteren das Getreidekontingent in der Wirtschaftskommission, die dem Ernährungsamt beigegeben ist, Gegenstand der Beratungen gewesen ist und daß eben die Wirtschaftskommission des Ernährungsamtes einstimmig mit Einschluß der sozialdemokratischen Mitglieder die vom Ernährungsamt vorgeschlagene Höhe zur Kenntnis genommen hat. (*Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Aber zugleich die Ablieferung für das Überkontingent! Das war Bedingung! Das war doch im innigsten Konnex! Sie können nicht das eine anführen und das andere verschweigen! — Zwischenrufe*.) Ich stelle hier aus den Protokollen des Ernährungsamtes fest, daß in der Sitzung der Wirtschaftskommission vom 19. April 1920 (*Zwischenruf: Vertrauliche Protokolle!*) Ministerialrat Dr. Hager sich über das Kontingent äußert und damals ausdrücklich konstatiert hat (*liest*):



„Das Kontingent“ — so heißt es hier wörtlich — „wurde zweifellos zu hoch bemessen“ und er sagt dann weiter (*liest*):

„Allerdings konnte es im damaligen Zeitpunkt nicht anders bemessen werden und überdies wurde das Kontingent mit den Landesvertretern vereinbart.“

In einer späteren Sitzung vom 12. Mai 1920 hat sich Ministerialrat Dr. Hager in der Wirtschaftskommission wieder über diese Frage geäußert. Er sagt (*liest*):

„Wir haben nach langen Erwägungen die Frage erörtert, ob es möglich ist, das bestehende Kontingent von 1·8 Millionen Meterzentner beim Brotgetreide aufrechtzuerhalten. Es wurde von allen in Betracht kommenden Seiten, namentlich von den Vertretern der Produzenten im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse darauf hingewiesen, daß es kaum möglich sein wird, dieses Kontingent aufrechtzuerhalten. Wir haben die Erfahrung machen können, daß es zu hoch gegriffen war, denn es ist in einem Zeitpunkt festgestellt worden, wo der Friedensvertrag noch nicht bestanden hat. Wir haben noch mit Gebieten gerechnet, die uns dann verloren gegangen sind, mit Südtirol, Deutschtirol, Niederösterreich in seiner Gänze und dann mit Teilen von Kärnten.“

Und in derselben Sitzung war es Landesrat Machold, ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei, welcher zu dem Antrage des Komitees Stellung nehmend, erklärte, daß dieses herabgesetzte Kontingent für Steiermark noch immer viel zu hoch gegriffen sei. (*Hört! Hört!*) Und er sagte (*liest*):

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir mit dem besten Willen nicht in der Lage sein werden, mehr als im vorigen Jahre aufzubringen (*Zwischenruf: Aufzubringen!*) —, sondern es kann und wird eher das Gegenteil eintreten.“

Und er sagte noch, er wünsche nicht, daß eine fiktive Ziffer im Kontingent enthalten sei, und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß eben Steiermark nicht, wie es in dem ermäßigten Kontingent vorgesehen ist, 460 Waggon, sondern nur 294 Waggon zur Aufbringung vorgeschrieben werden mögen. (*Abgeordneter Forstner: Ist das ein amtliches Protokoll?*) Ein amtliches Protokoll!

(*Abgeordneter Forstner: Wie kommen Sie dazu?*) — (*Abgeordneter Leuthner: Wer hat Ihnen das Protokoll gegeben?*) Wer mir das Protokoll gegeben hat? Das ist meine Sache. Seien Sie überzeugt, auf dem Wege, auf dem Sie zu den ungarischen Dokumenten gekommen sind, ist es nicht in meine Hände gekommen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine verehrten Frauen und Herren! Ich will nur, weil der Herr Leiter des Ernährungsamtes heute auch die finanzielle Frage zum Gegenstande seiner Ausführungen gemacht hat, feststellen, daß am 16. September 1920 die Wirtschaftskommission auch mit dieser Frage beschäftigt worden ist und daß damals das Ernährungsamt der Wirtschaftskommission über den Versuch berichtet hat, das Brotmehl zu strecken, Maismehl zuzusetzen. Es wurde eine Berechnung aufgestellt, die mir hier vorliegt, und es wurde dabei festgestellt, daß bei der Brotmehlausgabe mit 50 Prozent Feinmehl, 50 Prozent Maismehl und auch bei einer gleichen Mischung beim Roggenmehl circa 400.000 holländische Gulden täglich in Ersparung kommen würden, was einen Betrag von rund 7.560.000 K pro Tag ausmachen würde. Ich bemerke, daß sich in diesem Bericht — ich habe das Protokoll eingehend studiert — nicht ein Wortchen findet, daß ein Vertreter welcher Partei immer, also auch kein Vertreter der sozialdemokratischen Partei, gegen diese Zumutung des Herrn Referenten des Ernährungsamtes Stellung genommen hätte, im Gegenteil...

(*Abgeordneter Leuthner: Es ist ein Antrag gestellt worden!*) ... es hat die Wirtschaftskommission...

(*Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Ist nur ein Bericht erstattet worden oder ist ein Antrag gestellt worden?*)

Die Wirtschaftskommission hat diesen Bericht, der eine Rechtfertigung für die Ausgabe des Maisbrotes war, zur Kenntnis genommen. (*Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wurde damals ein Antrag gestellt?*)

Ein Antrag wurde nicht gestellt, weil das Maisbrot vorher ausgegeben wurde und der Herr Leiter des Ernährungsamtes hat sich in der Wirtschaftskommission wegen der erfolgten Ausgabe des Maisbrotes gerechtfertigt unter anderem mit dem Hinweis auf diese finanziellen Untersuchungen und deren Ergebnisse. In dieser Sitzung wurde nun dieser Bericht, diese Rechtfertigung der Ausgabe des Maisbrotes zur Kenntnis genommen. (*Abgeordneter Leuthner: Das ist doch keine vorgesetzte Behörde, das ist doch kein Parlament!*) Nein, aber die Wirtschaftskommission ist eingesetzt worden, um im Ernährungsamt die Interessen der Konsumenten einerseits und die Interessen der Produzenten andererseits gegenüber dem Ernährungsamt zu vertreten und sicherzustellen. (*Lebhafter Beifall.*)

(*Abgeordneter Leuthner: Das ist eine aufgelegte Entstellung! Wir stehen doch vor einer vollzogenen Tatsache, wir können sie nicht ändern!*) Ja, aber während Sie bei anderen Dingen, die auch im Protokoll aufscheinen, vor vollzogenen Tatsachen gestanden sind, aber dann die Gelegenheit ergriffen haben, gegen diese vollzogenen Tatsachen Einspruch zu erheben, haben Sie bei dieser Gelegenheit darauf verzichtet, Einspruch zu erheben.

Verehrte Frauen und Herren! Ich glaubte, nur diese Tatsachen gegenüber dem Herrn Abgeordneten

Dr. Eisler feststellen zu sollen, weil derselbe der Meinung Ausdruck gegeben hat, die Frage des Kontingents bildete überhaupt nicht den Gegenstand der Auseinandersetzung, sei keine Streitfrage. *(Zwischenruf.)*

Was nun die Aufbringung des Getreides selbst anlangt, so bedaure auch ich, daß uns nicht genaue Ziffern seitens des Herrn Vertreters des Ernährungsamtes über den Stand der Aufbringung überhaupt vorgelegt worden sind. Ich geniere mich auch gar nicht, gegenüber dem Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu bedauern, daß auch er uns nicht mit konkreten Ziffern über die Aufbringung gedient hat, weil aus diesen Ziffern hervorgehen würde, daß in den letzten 14 Tagen die Aufbringung in einen zufriedenstellenden Gang gekommen ist. *(Zwischenrufe.)* Ich will aber bei dieser Gelegenheit noch feststellen, daß noch immer eine Reihe von im amtlichen Apparat gelegenen Hindernissen vorwaltet, welche die Ablieferung des Getreides sehr erschwert. Es liegt mir hier ein Brief eines Mannes vor, der die Getreideablieferung im Zullerfeld zu organisieren hat. Er schreibt aus der Gemeinde Würmla, daß dortselbst Getreide in solchen Mengen abgeliefert wird, daß er nicht in der Lage sei, erstens den Abtransport zu besorgen, weil er bisher noch immer nicht die Säcke zur Verfügung erhalten habe. *(Lebhafte Hör! Hör!-Rufe! — Lebhaftes Zwischenrufe: Wo ist denn der Herr Mayr?)* Das macht doch nicht der Herr Mayr! *(Zwischenrufe.)* Die Säcke disponiert nicht der Herr Mayr, sondern die Säcke disponiert bekanntlich die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt. *(Abgeordneter Pölzer: Das sind auch Ihre Leute!)* Ich danke Ihnen sehr für diese Beute, für die Gesellschaft in der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt; die überlasse ich Ihnen sehr gerne!

Sehr geehrte Frauen und Herren! Es gibt in der christlichsozialen Partei nicht ein Mitglied, welches sich nicht auch der Unannehmlichkeiten, und ich darf weitergehen und darf sagen, der Un-erträglichkeit des gegenwärtigen Ernährungszustandes bewußt ist. *(Zustimmung.)* Wenn Sie aber sagen, die christliche Regierung habe noch nicht gewirkt, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß vorläufig noch gar keine Regierung gebildet ist. *(Lebhafte Zwischenrufe: Wo ist denn der Herr Mayr? — Gegenrufe. — Anhaltende Unruhe.)*

**Präsident** (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

**Abgeordneter Rumschak** (fortfahrend): Ich mache dann weiter aufmerksam, daß selbst, wenn eine neue Regierung schon bestünde, *(Abgeordneter Schneidmadl: Die alte ist jetzt gekommen!)* die

Einkaufs- und Abtransportzeiten solche sind, daß derartige Maßnahmen einer Regierung auch zeitlich noch gar nicht wirksam werden könnten. *(Abgeordneter Schneidmadl: Wo ist das ungarische Mehl um 6 K?) — Lebhaftes Zwischenrufe.)* Wir sind zum Maisbrot gekommen, weil die Mehlliste leer ist. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Als ich das einmal konstatierte, wurde mir von sozialdemokratischer Seite gesagt, das sei eine Lüge, die Mehlliste ist nicht leer, sondern die alte sozialdemokratische Regierung hätte dafür gesorgt, daß sie bis 31. Dezember gefüllt ist. *(Lebhafte anhaltende Zwischenrufe. — Abgeordneter Leuthner: Es hat nie eine sozialdemokratische Regierung gegeben! Das ist nur Ihre Entstellung! Die Regierung ist zur Hälfte christlichsozial gewesen und zum Schlusse war sie nur christlichsozial!)*

Vorläufig wissen wir wirklich nur die Tatsache, daß die Mehlliste leer ist, daß mit allen möglichen Mitteln die Broterzeugung gestützt werden muß. *(Abgeordneter Leuthner: Warum hat der Hauers nicht dafür gesorgt, daß sie früher gefüllt wurde und der Herr Grünberger?)* Und wenn die Maismengen größer sind als die Mengen an Edelmehl, so ist das natürlich im höchsten Grade bedauerlich, aber von unserer Seite auch im Augenblicke nicht zu beheben. *(Abgeordneter Schneidmadl: Wo ist das ungarische Mehl um sechs Kronen? — Abgeordneter Leuthner: Da haben Sie 6 Kronen, liefern Sie mir das Mehl!)* Wenn Sie immer reden, kann ich nicht reden.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Leuthner, Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß Sie das Wort haben und der Herr Abgeordnete Rumschak unbefugte Zwischenrufe macht. *(Heiterkeit. — Abgeordneter Forstner: Sehr würdevoll war das nicht! — Beifall und Widerspruch.)*

**Abgeordneter Rumschak:** Ich bemerke, beziehungsweise ich stelle fest, daß die von der Frau Abgeordneten Popp gegebene Anregung, es möge der Mais ausgetauscht werden gegen Edelmehl bei den Bauern, bereits praktisch im Gange ist. *(Ruf: Aber niemand gibt den Weizen her!)* Es ist bereits jetzt schon in Niederösterreich — da kann ich nur für Niederösterreich sprechen — von den Lagerhäusern der Mais angesprochen worden, er rollt auch an die Lagerhäuser zu und wird für Weizen, beziehungsweise für Roggen umgetauscht werden. *(Abgeordneter Pölzer: Da werden Sie alt, bis Sie das erleben!)* Man wird mit jedem Tag älter. *(Ruf: Da braucht man eine christliche Geduld!)* Haben wir das eine System bis heute ausgehalten, so hoffe ich, daß man das andere auch noch ertragen wird. *(Abgeordneter Schneidmadl: Wie ist es mit dem billigen Mehl von Ungarn?)* Was das ungarische Mehl anbelangt *(Hört!*



Hört!), lassen Sie sich von mir nur das eine sagen, daß wir wirklich das Mehl herausbekommen. *(Lebhafter Zwischenruf. — Lärm.)* Und ich bin überzeugt, daß kein einziger der Sozialdemokraten bei dem Bezug von Brot fragen wird, ob da Mehl ungarischer Provenienz dabei ist, damit er es zurückweisen kann. *(Heiterkeit. — Abgeordneter Schneidmadl: Reden Sie offen, so wie in den Wählerversammlungen!)* Was ich seinerzeit an Ziffern und an Preisen ausgesprochen habe — ich habe das seinerzeit schon bemerkt —, habe ich mir nicht aus den Fingern gezogen, sondern das war das Resultat *(Abgeordneter Schneidmadl: Eifrigen Nachdenkens über Wahldemagogie)* von Unterhandlungen mit amtlichen Regierungsstellen Ungarns. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe.

**Abgeordneter Kunschak:** Ich erlaube mir namens meiner Partei . . . *(Abgeordneter Leuthner: Der österreichischen oder der ungarischen?)* vorläufig nur der Österreichischen . . . *(Ruf: Vorläufig! — Heiterkeit)* . . . weil ich noch immer österreichischer Staatsbürger und Angehöriger der österreichischen Christlichsozialen Partei bin. *(Abgeordneter Leuthner: Der erwachende Kunschak! — Heiterkeit.)* Ich hoffe, daß Sie mir bald nachsagen! *(Heiterkeit.)* Ich kann nur namens der Christlichsozialen Partei erklären, daß wir uns des Ernstes der Situation vollumfänglich bewußt sind. Sie dürfen uns wenigstens das eine glauben, daß es auch einem Christlichsozialen, und wenn er noch so eingeschworen ist auf das Programm, kein Vergnügen macht, als Christlichsozialer Maisbrot essen zu müssen. Auch er empfindet es gerade so unangenehm wie jeder andere Bürger dieses Staates, mit so schlechtem Brot versorgt werden zu müssen. *(Rufe: Die Bauern essen Kornbrot!)* Wenn Sie von den Bauern reden, so muß ich schon sagen, machen Sie doch wenigstens eine Einschränkung. Es ist richtig, unsere Bauern essen noch das Brot aus Edelmehl, aber schließlich und endlich die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter ist weit größer als die Zahl der Bauern und die essen auch das Edelbrot und ich gönne es ihnen auch. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe. — Abgeordneter Schneidmadl: Landwirtschaftliche Arbeiter gehen in ihrer freien Zeit um Brot betteln! — Zahlreiche Gegenrufe.)* Ich kann mich natürlich auf eine Untersuchung dieses Falles nicht einlassen, ich konstatiere nur, daß, soweit ich Gelegenheit habe, mit landwirtschaftlichen Arbeitern zusammenzukommen, ich mich immer überzeugen konnte, daß sie das Brot der Bauernfamilie gegessen haben.

Ich bringe meine Ausführungen zu Ende und erkläre hier, daß auch wir den Wunsch haben, den lebhaftesten Wunsch, daß das Maisbrot baldigst eine Episode sein möge, daß wir alles dazu beitragen wollen, daß die Maisbrotversorgung wirklich eine Episode bleibe, daß wir uns aber erlauben, unsern Standpunkt in dieser Angelegenheit im folgenden Antrag zum Ausdruck zu bringen, den ich hiemit stelle *(liest):*

„Der Nationalrat würdigt die großen Schwierigkeiten der Getreide- und Mehlaufbringung, er würdigt auch die großen finanziellen Schwierigkeiten des Staates, muß aber darauf bestehen, daß trotz dieser Schwierigkeiten die Beschaffenheit des Brotes raschestens zu besserer Qualität gebracht werde.“

Der Nationalrat nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung mit allen Mitteln bestrebt sein wird, Abhilfe zu schaffen.“ *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Die Herren haben den Antrag des Abgeordneten Kunschak gehört. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Eldersch.

**Abgeordneter Eldersch:** Hohes Haus! Die Debatte über diesen Gegenstand leidet darunter, daß wir uns einer abtretenden Regierung gegenüber befinden, die neue Regierung noch nicht gewählt ist und der Gegenstand, die Beschwerde, die wir vorbringen, einer dringenden Abhilfe bedarf. Ich hoffe, wir werden morgen — ich weiß nicht, vielleicht in der nächsten Woche — eine Regierung wählen können. *(Zwischenrufe.)* Ich konstatiere, daß wir niemals Schwierigkeiten gemacht haben, und der Meinung sind, es möge so rasch als möglich eine Regierung gebildet werden, die die notwendigen Verfügungen trifft. Sie scheinen aber noch nicht fertig zu sein mit der Regierungsbildung. *(Abgeordneter Wagner: Das ist Ihre Schuld!)* Unsere Schuld? *(Abgeordneter Dr. Wagner: Weil Ihr immer konterkariert!)* Meine Herren! Ich konstatiere feierlich, daß wir die Regierungsbildung nicht konterkariert haben, daß wir uns überhaupt nicht um die Regierungsbildung geschert haben, weil wir der Meinung sind, das sei Sache der vielleicht mit Hilfe der Großdeutschen gebildeten

Mehrheit dieses Hauses. Ich konstatiere also feierlich, daß wir unsere Nase nicht in diese Angelegenheit hineingesteckt haben.

Meine geehrten Frauen und Herren! Es wird für Mitglieder der sozialdemokratischen Partei nachgerade unmöglich, in irgendeiner öffentlichen Körperschaft zu wirken, wenn die Demagogie (*Lebhafte Rufe: Oho! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe*), deren sich der Herr Abgeordnete Kunschak ständig schuldig macht, weiter vorherrscht. Wir haben in der Wahlbewegung geglaubt: Na, man muß ja diese Unwahrscheinlichkeiten den Wählern vorsetzen, damit sie in Stimmung gebracht werden! Ich konstatiere, daß Sie seit dem Bestande der Koalition alle volkswirtschaftlichen Ressorts verwaltet haben. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Renner: Sie allein haben die volkswirtschaftlichen Ressorts innegehabt! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Gegenrufe.*) Ich bitte, meine Herren, mich reden zu lassen! Ich sage nun: Wenn es Menschen oder einer Partei möglich gewesen wäre, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, so wäre vor allem andern der Appell an Ihre Parteigenossen in der Regierung zu richten gewesen, aber es wäre nicht diese Demagogie zu treiben gewesen, daß in allen Versammlungen die Sozialdemokraten . . . (*Zwischenrufe.*) Sie haben sich ja so benommen, als ob Sie gar nicht Ihre Vertreter in der Regierung gehabt hätten, und seit Monaten haben Sie sogar die Mehrheit in der Regierung. Wir haben uns dieser Demagogie nicht schuldig gemacht. (*Gelächter.*) Wir haben nie behauptet, daß irgendein Mann oder irgendeine Partei alle diese Schwierigkeiten zu meistern in der Lage ist. Nur Sie sind hergegangen, obwohl Sie verwaltet haben, was an Volkswirtschaft in Österreich zu verwalten war, und haben uns für alle Unzulänglichkeiten, für alle Schwierigkeiten verantwortlich gemacht. Und heute kommt der Abgeordnete Kunschak mit offiziellen amtlichen Protokollen. Es muß doch dem Befremden Ausdruck gegeben werden, daß der Abgeordnete Kunschak so rasch und unvermittelt in den Besitz von amtlichen Protokollen kommt, das scheint eine Gefälligkeit des Herrn Leiters des Ernährungsamtes gewesen zu sein. Der Herr Leiter des Ernährungsamtes möge sich gegenwärtig halten. (*Zwischenrufe des Abgeordneten Leuthner.*) Also lassen Sie mich doch reden! (*Lachen.*) Der Herr Leiter des Ernährungsamtes möge sich gegenwärtig halten, daß er belastet ist mit der Demission seines Vorgängers (*Rufe: So ist es!*), er möge sich gegenwärtig halten, daß ein Beamter, den wir als einen ehrlichen Beamten geschätzt haben, die Demission gegeben hat, weil er erklärt hat, dieses Kontingent, dieses Gesetz könne er

nicht durchführen, es sei unmöglich, die Ernährung der österreichischen Bevölkerung nur irgendwie zu gewährleisten, wenn dieses Gesetz aufrecht bleibt. Herr Sektionschef Grünberger hat das Amt nach dem Staatssekretär Doewenfeld-Ruß angenommen und er ist also mit einer Verantwortung belastet. (*Abgeordneter Dr. Aigner: Hätten wir das Volk verhungern lassen sollen?*) Lieber Herr Kollega, glauben Sie, daß die Bevölkerung verhungert wäre, wenn der Sektionschef Grünberger nicht Leiter des Ernährungsamtes geworden wäre? (*Zwischenrufe: — Ruf: Jemand muß doch führen!*) Gewiß, aber lassen Sie mich doch reden. Er ist belastet mit der Verantwortung, daß die Volksernährung nicht unheilbar geschädigt wird, wenn es bei diesem Getreidebewirtschaftungsgesetz bleibt, und diese Verantwortung wird er nicht tragen können und er wird ihrer nicht los durch Gefälligkeiten persönlicher Natur an christlichsoziale Mandatare. (*Rufe: So ist es!*) Die Protokolle, die der Herr Abgeordnete Kunschak mit einer solchen Aufmachung versehen hat, gehören sie denn überhaupt zum Gegenstande? (*Rufe: Aber sehr! — Heiterkeit.*) Es wird in einer Wirtschaftssitzung des Ernährungsamtes mitgeteilt, daß vom Beginn dieser Woche mit 50 Prozent Mais surrogiert worden ist. (*Ruf: Eine vollzogene Tatsache!*) Eine vollzogene Tatsache wird mitgeteilt und nun schließen Sie daraus: welchen Gegenantrag kann man bringen, wenn das Ernährungsamt bereits die 50prozentige Surrogierung verfügt hat. (*Abgeordneter Kunschak: Jeden kann man bringen!*) Wenn Sie also wünschen, daß die Verhandlungen so geführt werden, daß immer in dieser Wirtschaftssitzung Gegenanträge und Resolutionen gestellt werden . . . (*Abgeordneter Kunschak: Ganze Protokolle sind voll davon!*) Entschuldigen Sie, Sie haben die Regierung, Sie haben den Leiter, Sie haben den Ernährungsverwalter und Sie wollen die Verantwortung dafür auf irgendein Mitglied einer Wirtschaftskommission im Ernährungsamt abwälzen! Da hört sich alles auf, dann kann man überhaupt nicht mehr mit Ihnen an einem Tische beisitzen, wenn Sie so vorgehen! (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*) Überhaupt die Sachkundigkeit des Herrn Abgeordneten Kunschak! Er weiß nicht, daß Dr. Eisler Mitglied der Nationalversammlung gewesen ist! Es sind alle möglichen Vorwände vorgebracht worden. . . (*Zwischenrufe.*) Das hätte man schon wissen können. Sie sprechen davon, daß das Kontingent bei den Bauern bereits zur Ablieferung bereit steht, nur haben sie nicht die Säcke, um das Getreide abzuliefern. (*Ruf: Das hat er nicht gesagt! — Abgeordneter Forstner: Das hat er gesagt! Das hat er wörtlich gesagt!*)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!



**Abgeordneter Eidersch:** Ist das nicht gesagt worden? (*Abgeordneter Kunschak: Ich habe sogar die Gemeinde genannt!*) Sie haben sogar die Gemeinde genannt, ich weiß also nicht, warum Ihre Herren das bestreiten, sie sind also lediglich in einer Sackgasse. (*Zwischenrufe.*) Erzählen Sie keine Geschichten, das hat ja mit dem Gegenstande sicher nichts zu tun, was Sie da erzählen wollen!

Ein anderer Herr hat gemeint, wegen der Verträge, die die Arbeiter geschlossen haben, kann das Kontingent nicht abgeliefert werden. Das ist sicher auch eine Unrichtigkeit, denn schließlich haben die Arbeiter nicht mit Schleichhändlern, sondern mit den Bauern die Verträge geschlossen.

Der Herr Leiter des Ernährungsamtes hat in bezug auf die inländische Ernte gemeint, sie komme nicht sehr in Betracht, da wir kaum zwei Monate von der inländischen Ernte leben könnten. Es kommt aber schon in Betracht, daß über Transportschwierigkeiten, wenn der Verfall von Terminen droht und wir aus dem Auslande nicht rechtzeitig Getreide oder Mehl bekommen, die inländische Ernte, wenn man sie hefsammien hat, ausheffend ihren Einfluß ausüben kann.

Es wurde vom Herrn Abgeordneten Kunschak — auch wieder in demagogischer Art — erklärt, daß wir dem niedrigen Kontingent zugestimmt haben. Meine Frauen und Herren, es war folgender Vorgang, der festgestellt werden muß. In den Vorberatungen im Ernährungsamt ist über die Höhe des Kontingents geklagt worden. Die Sache war während des Krieges so, daß man das Kontingent immer höher gestellt hat; dafür haben gewisse Herren Orden bekommen; das Getreide ist zwar nicht hereingebracht worden, aber man hat gehofft, daß damit eine günstige optische Wirkung in der Öffentlichkeit und auf das Ausland erzielt wird. Nun hören wir ständig die Klagen über die Höhe des Kontingents und tatsächlich ist auch, solange das Kontingent besteht, das Kontingent nicht ganz hereingebracht worden. Nun haben unsere Vertreter bei den Vorberatungen einer Herabsetzung des Kontingents zugestimmt, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch das Exkontingent bewirtschaftet wird (*Beifall und Händeklatschen*), nicht, daß das Exkontingent, in den Schleichhandel kommt. Sie treiben nun Schindluder mit dieser Situation und erklären, daß wir für die Herabsetzung des Kontingents waren, ohne aber die Voraussetzung dafür zu nennen, die Bewirtschaftung des Exkontingents. Wir haben gemeint, daß man, wenn das Exkontingent in irgendeiner strafferen Form bewirtschaftet wird, wohl mehr dafür zahlen wird, daß man es aber hereinbringen wird und daß man es für die öffentlich-rechtliche Bewirtschaftung verwerten können. Die Situation sieht also ganz anders, anders auch für die Verantwort-

lichkeit, die uns als Minorität in diesen Körperschaften treffen kann, wenn wir von dieser Voraussetzung ausgegangen sind.

Hohes Haus! Ich will die Äußerung des Herrn Abgeordneten Kunschak, daß er vorläufig als österreichischer Christlichsozialer gesprochen hat, (*Abgeordneter Kunschak: Vielleicht werde ich einmal ein ungarischer! Vielleicht — weiß ich?*) nicht so deuten, als ob er damit auf ein kommendes Ereignis anspielen würde.

Meine Herren und Frauen! Wenn wir davon gesprochen haben, daß die arbeitende Bevölkerung und auch der Mittelstand allgemein darüber klagt, daß das Brot nicht genießbar ist, so kann nicht gesagt werden, daß wir da eine Komödie aufführen, sondern es muß festgestellt werden, daß wir in diesem Falle das Sprachrohr der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung sind. (*Beifall und Händeklatschen.*) Und wenn Sie glauben, daß die Leute, die gezwungen sind, dieses Brot zu essen, für Ihre Mägen und Ihr Gelächter Verständnis haben, so irren Sie. (*Ruf: Sie nützen die Not des Volkes politisch aus! — Zwischenrufe.*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Ich bitte um Ruhe.

**Abgeordneter Eidersch:** Wenn wir hier der Beschwerde der Bevölkerung Ausdruck geben, so treiben wir keine Parteipolitik, sondern das Parlament ist dazu da, daß über die Leiden der Bevölkerung gesprochen wird. Wenn es nach Ihnen ginge, so würde die Bevölkerung an dem Maisbrot noch zugrundegehen. (*Beifall. — Widerspruch.*) Ich möchte den Herrn Abgeordneten Kunschak nur auf seine Rede verweisen, die er zu Beginn des Zufallsgeschehens hat. Er hat damals erklärt — ich zitiere nach den „Wiener Stimmen“, ob es wahr ist, weiß ich nicht —, es bestünde Gelegenheit, billiges Getreide in unser Land zu bekommen. (*Liest:*) „Ich habe diese Feststellung nicht aus der Luft gegriffen, sondern spreche sie auf Grund von Verhandlungen mit den ungarischen Regierungsorganen aus, welche erklärten, daß Ungarn in der Lage sei, uns zwei Millionen Meterzentner Getreide zur Verfügung zu stellen (*Hört! Hört!*), und zwar zu einem Preise, der niedriger ist als der für inländisches Getreide, nämlich 6 K. (*Hört! Hört!*) Viel lieber als die Bezahlung in Geld würde jedoch den Ungarn die Lieferung gewerblicher Produkte sein und es könnten also bei uns viele Fabriken, die jetzt stillstehen, wieder arbeiten, wenn man mit Ungarn arbeitete.“

Sie haben also, Kollege Kunschak, festgestellt, daß wir zwei Millionen Meterzentner Getreide bekommen könnten, und zwar zum Preise von 6 K., und bei Ihrer prominenten Persönlichkeit werden ja viele Leute in Wien geglaubt haben,

daß diese Möglichkeit auf Tatsachen beruht. Aber es scheint, daß diese Behauptungen falsch waren, es scheint, daß sich diese Versprechungen absolut nicht erfüllen werden, sowohl was die Menge als was den Preis anlangt, und daß diese Versprechungen also lediglich darauf berechnet waren, die Bevölkerung Wiens grüßlich über die Tatsachen zu täuschen (*Beifall und Händeklatschen*), weil Ihnen sicherlich kein gewissenhaftes Regierungsorgan gesagt haben kann, daß zwei Millionen Meterzentner zum Preise von 6 K zu haben sind. (*Lebhafte Zwischenrufe und anhaltende Unruhe.*)

Wir wollen hoffen, daß der Appell, den jetzt nach der Wahl die christlichsozialen bäuerlichen Organisationen an ihre Mitglieder gerichtet haben, worin sie sie vor dem Schleichhandel warnen und sie auffordern, Gemeingefühl zu zeigen und gewissenhaft abzuliefern, wirksam werden wird, bisher aber hat sich die Wirkung dieses Appells absolut nicht gezeigt. (*Widerspruch.*) Wir haben noch nicht 40 Prozent des Kontingents abgeliefert, erhalten. (*Ruf: Hör! Hör!*) Meine Herren! Nehmen Sie die Sache ernst. (*Rufe: Aber ja! — Zwischenrufe.*) Es ist eine Frage, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung angeht. Diese Mehrheit der Bevölkerung sieht sich in ihrer Gesundheit und ihrem Leben durch den Fortbestand der nunmehr unleidlich gewordenen Ernährungsverhältnisse gefährdet. Sorgen Sie dafür, daß ungefäumt der Auftrag ergeht, die Art der Zusammensetzung des Brotes, die es total ungenießbar macht, abzustellen. Tun Sie es nicht, dann werden Sie auf einen Widerstand in der Bevölkerung stoßen, der nicht zu besiegen sein wird trotz aller Ihrer Redensarten und aller Ihrer Ausflüchte! Ich bitte um die Annahme unserer Anträge. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Zur formellen Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete Wollak gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Wollak:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Männer, die für Schluß der Debatte sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Zum Worte gemeldet sind noch pro Wiedenhofers, kontra Dr. Waned.

Nachdem zuletzt ein Proredner gesprochen hat, erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Waned.

**Abgeordneter Dr. Waned:** Hohes Haus! Namens der Großdeutschen Volkspartei kann ich erklären, daß in sachlicher Beziehung das, was dem sozialdemokratischen Antrag zugrunde liegt, von uns gewiß vollkommen gebilligt wird. Ich kann als Wiener Abgeordneter und als einer, der auch beruflich mit vielen Bevölkerungskreisen in Berührung kommt, nur bestätigen, welche Verheerungen der jetzige Zusatz von Mais bei der Broterzeugung angerichtet hat, und ich kann als Laie das Urteil ärztlicher Sachleute nur unterschreiben, daß an den jetzigen Epidemien, an der großen Zahl der Kindererkrankungen und an der Kindersterblichkeit zum großen Teil die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse schuld sind. Wenn wir trotzdem hier als Kontraredner auftreten, so geschieht es nicht, weil wir in sachlicher Beziehung den Antrag der Sozialdemokraten nicht für richtig finden, sondern weil wir ihn formal in einigen Belangen für demagogisch halten — ich gebrauche dieses Wort ausdrücklich —, und ich hoffe die Billigung des sachlich denkenden Teils des Hauses für unsern Beschlusßantrag zu finden, der alles wiedergibt, was augenblicklich erreicht werden kann, und worin insbesondere auch die Mißbilligung gegen die Regierung enthalten ist, daß sie es hat überhaupt so weit kommen lassen.

Es ist für einen Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei, auch wenn man zum erstenmal in diesem Hause zu weilen Gelegenheit hat, ein ganz merkwürdiges Schauspiel, die Herrschaften, welche anderthalb Jahre in einer so glücklichen Ehe miteinander gelebt haben, jetzt als glücklich geschiedenes Ehepaar sich gegenseitig ihre Beschimpfungen und Vorwürfe an den Kopf werfen zu hören. Wenn nur ein kleiner Teil dessen, was die Herren Christlichsozialen den Sozialdemokraten vorwerfen, und wenn nur ein kleiner Teil dessen, was die Herren Sozialdemokraten den Christlichsozialen vorwerfen, wahr ist, dann frage ich: Wieso haben Sie beide überhaupt es mit Ihrer Gesinnung vereinbaren können, so lange miteinander zusammen zu regieren und dieses Österreich in Grund und Boden zu regieren? (*Zwischenrufe.*)

Sie werfen sich gegenseitig Demagogie vor. Ich glaube, Sie haben beide recht und ich glaube auch, daß Sie beide sehr wahrheitsliebend sind, aber immer nur dann, wenn Sie über Ihren bisherigen Bettgenossen sprechen. Wenn die Christlichsozialen über die Sozialdemokraten reden, dann sagen sie sehr viel Wahrheit, und wenn die Sozialdemokraten über die Christlichsozialen reden, dann sagen sie auch sehr viel Wahrheit. Wenn Sie aber über sich selbst zu reden beginnen, dann pflegen sie von den Tatsachen einigermaßen abzuweichen. Wir halten es für Demagogie, wenn eine Partei, die bis vor



## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 19. November 1920.

13

wenigen Wochen in der Regierung gefessen ist, heute für die Einkäufe, unter deren samosen Wirkungen wir ja jetzt stehen, lediglich die andere Partei verantwortlich macht. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Das sind die Wirkungen des Getreidebewirtschaftungsgesetzes, für das Ihr mit den Christlich-sozialen gestimmt habt!) Ich habe diesen Einwand erwartet. Ich möchte Ihnen gleich von vornherein am ersten Tage, an dem ein großdeutscher Redner hier das Wort ergreift, um allen Fälschungen für die Zukunft vorzubeugen, mitteilen, daß die heutige Großdeutsche Volkspartei, die ein programmatisch und organisatorisch geschlossenes Ganzes vorstellt (Lachen), nicht zu verwechseln ist mit der alten Großdeutschen Vereinigung und daß wir uns dagegen verwahren, daß alles auf das Konto der Volkspartei geschoben wird, was vielleicht einmal in der alten Großdeutschen Vereinigung geschehen ist. (Zwischenrufe. — Präsident übernimmt den Vorsitz.) Wie ernst Sie Ihre Aufgabe nehmen, ersieht man daraus, daß Sie jemanden, den Sie ja in sachlicher Beziehung noch gar nicht kennen, daß Sie Abgeordnete, die zum erstenmal hier sind und die beweisen und zeigen wollen, daß sie guten Willens sind und ernste, aufbauende Arbeit leisten wollen, von vornherein nach dem beurteilen wollen, was andere getan haben. Sie brauchen ja nur unsere Bänke anzusehen und Sie werden sehen, daß viele neue Erscheinungen da sind, Sie werden viele neue Gesichter finden, und wir bitten Sie um gar nichts anderes als um das eine: beurteilen Sie uns nach unseren Taten und nicht nach Ihren demagogischen Phrasen! Die können Sie in Wählerversammlungen gebrauchen, hier aber haben wir zu arbeiten und zu einer sachlichen Arbeit wird uns jede Partei bereit finden, ob sie rechts oder links sitzt. Wir unterscheiden nicht rein nach Parteien; wir verachten überhaupt jede reine Parteipolitik (Beifall), wir sind der Ansicht, daß wir vor allem aufzubauen haben. (Zwischenrufe. — Lachen.)

Es ist ja recht leicht, mit ein paar Witzchen über ernste Dinge hinwegzuleiten. Es hat ein Herr aus Ihrem Kreise, ich glaube, es war Kollege Dr. Eisler, früher gesagt, daß den Christlich-sozialen der nötige Ernst zur Beurteilung dieser Frage mangelt.

Ja, wenn Sie nur über gute Witze auf Ihrer Seite verfügen, dann wird vielleicht die Ansicht gerechtfertigt sein, daß auch Ihnen der nötige Ernst mangelt, und es wird vielleicht nicht so ungerechtfertigt sein, wenn wir annehmen, daß zu Ihren Anträgen die Beweggründe weniger die Liebe zum hungernden Volke, als die Liebe zu Ihrer Partei, zu Ihren Mandaten, zur Demagogie und zur Wählerversammlungs-politik sind. (Beifall. — Zwischenrufe.)

Als Verteidiger in Strafsachen habe ich öfters Gelegenheit zu sehen, wie zwei Verbrecher, wenn sie vor Gericht sitzen und sich rechtfertigen sollen, sich gegenseitig beschuldigen. Genau so kommt mir die christlichsozial-sozialdemokratische Koalition vor.

**Präsident:** Ich kann nicht dulden, daß große Parteien des Hauses auf diese Art beschimpft werden. Ich rufe Sie zur Ordnung.

**Abgeordneter Dr. Wauerl:** Ich nehme diesen Ordnungsruf mit der gebührenden Achtung zur Kenntnis, hoffe aber, daß der Herr Präsident auch nicht dulden wird, daß kleine Parteien des Hauses beschimpft werden.

**Präsident:** Gewiß!

**Abgeordneter Dr. Wauerl:** (fortfahrend): Ich möchte den Herren nur noch eines sagen: Sie haben sich früher gegenseitig beschuldigt: Ihr habt dieses Ressort gehabt und Ihr dieses, Ihr habt alle volkswirtschaftlichen Ressorts gehabt usw. Vergessen Sie doch nicht, daß die Bevölkerung, namentlich jene Kreise, die nicht mit Parteischaufklappen durchs Leben gehen, die leben müssen, die arbeiten, die wirklich etwas schaffen, auch damit die nötigen Steuergelder eingehen, um dieses herrliche Staatswesen zu erhalten, nicht danach fragen, welches Ressort ein Christlichsozialer und welches ein Sozialdemokrat innegehabt hat, sondern daß sie sagen: Wer hat regiert, wer hat eine Koalition zweier Parteien gebildet? Und im Ministerrat, der aus der Koalition dieser beiden Parteien bestanden hat, ist ja doch schließlich all das angenommen worden, was die einzelnen Ressortminister vorge schlagen haben. Und darum bitte ich Sie: Wenn es Ihnen um die sachliche Frage zu tun ist und nicht nur darum, daß sie Ihren Bruderzwist im Hause Schwarz-Rot hier austragen — Sie werden dazu noch viel Gelegenheit haben und Sie werden all die Fälle der Beschimpfungen, die Sie gegenseitig übereinander ausgegossen haben, und die einem unbeteiligten Dritten so anmutig erscheinen, daß er sich wirklich fragen muß: ist es das, was die Bevölkerung draußen sich von den Arbeiten dieses Hauses erhofft, daß sich hier zwei große Parteien, die ich nicht irgendwie beschuldigen oder beschimpfen will, nur mit Beschimpfungen, wie Kadaverheld usw. kommen . . . (Zwischenrufe. — Ruf: Sind Sie ein Ex offo-Verteidiger der Christlich-sozialen?) Diejenigen, die mich aus Wien kennen, wissen sehr genau, daß von allen Verteidigungen, die ich je geführt habe, die Verteidigung der christlichsozialen Partei die allergeringste ist; aber auch

die Verteidigung der Sozialdemokraten ist nicht meine Sache. *(Zwischenrufe.)*

Meine geehrten Herren! Ich sage noch einmal: Ich appelliere an Ihr Gefühl zur sachlichen Arbeit, und wenn Sie dieses haben, dann werden Sie sehen, daß in unserem Beschlußantrage all das enthalten ist, was Sie ja gutmeinend selbst befürworten können, dagegen das ausgemerzt ist, was eine Unmöglichkeit ist, das ist der zweite Teil Ihres eigenen Antrages, worin die Regierung aufgefördert wird, sofort den Maiszusatz bei der Broterzeugung einzustellen. Das ließe sich nur dann durchführen, wenn Sie, meine Herren, beweisen könnten, daß eine genügende Menge von Edelmehl da ist. Wenn Sie uns das beweisen, werden wir Ihnen sehr gerne zustimmen, denn keiner von uns wird es verantworten wollen, daß der Bevölkerung auch nur einen Tag länger, als unbedingt nötig, dieses elende Surrogatbrot vorgesetzt werde.

Ich stelle folgenden Beschlußantrag *(liest)*:

„Der Nationalrat mißbilligt die Verwendung des Maiszusatzes zur Broterzeugung in einem die Gesundheit der Bevölkerung gefährdenden Ausmaße und fordert die Regierung auf, jeden gangbaren Weg zur Aufbringung einer zur rationellen Brotmischung hinreichenden Menge von Edelgetreide zu beschreiten.“

Unter „jedem gangbaren Weg“ sind auch die Wege gemeint, die Sie selbst als gangbar annehmen. Wir müssen das aber wohl einer ernstlichen sachlichen Arbeit überlassen, und es wäre auch Sache des Ernährungsausschusses, in sachlicher Weise erst zu prüfen, welcher Weg gangbar ist. Es genügt nicht, nur mit Reden, die nur für die Außenwelt bestimmt sind, heute den nötigen Theaterdonner ins Haus zu bringen. *(Beifall und Handklatschen.)*

**Präsident:** Ich möchte nur aufmerksam machen, daß die Debatte schon geschlossen ist und daß es nicht mehr angeht, nach geschlossener Debatte Anträge zu stellen. Sie hätten unmittelbar nach Schluß der Debatte als angemeldeter Redner diesen Antrag überreichen müssen. Ich bin daher nicht in der Lage, denselben zur Abstimmung zu bringen. *(Abgeordneter Dr. Waneck: Dann werde ich einen formellen Antrag stellen!)* Jetzt werden Sie vor allem dem nächsten Redner das Wort lassen.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wiedenhofer.

**Abgeordneter Wiedenhofer:** Hohes Haus! Es berührt jeden Menschen eigentümlich, wenn man hier von Lustspiel und Komödie hört. Ich möchte

hier feststellen, daß wir seit 14 Tagen von Betrieb zu Betrieb gehen, um die Arbeiter zu beruhigen und sie in den Betrieben zu behalten. *(Zwischenrufe: Aufzuheizen!)* Reden Sie nicht von Aufheizen, lieber Kollega, es könnte bitter werden, wenn es uns nicht gelingt, die Arbeiter in den Betrieben zu halten. Die Arbeiter haben das schlechte Brot auch noch aus einer anderen Zeit im Gedächtnis. Ich möchte Sie verweisen auf eine Periode der harten Kriegszeit des Jahres 1916, wo die Arbeiter in den Betrieben unter unerhörtem Zwang und Drangsal arbeiten mußten und eines schönen Tages, im Monat März, für sie in Wien kein Stück Brot vorhanden war. Das war auch unter der glorreichen christlich-sozialen Herrschaft. *(Widerspruch.)* Die Arbeiter mußten aus den Betrieben zu den magistratischen Bezirksämtern ziehen und mußten dort Brot fordern, zu einer Zeit, wo sie für den Krieg robotten mußten. Und Sie glauben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen jene Zeit vergessen haben, wo sie zugeesehen haben, wie die Verteilung der Mehlquote, wie die Verteilung des Brotes solcherart gestaltet war, das Lugsbäckerei im Überfluß, für die arbeitende Bevölkerung aber kein Brot vorhanden war? Wenn Sie glauben, daß in den Arbeiterköpfen jene Zeit vergessen ist, wenn Sie glauben, daß man hier erst Heharbeit leisten muß, dann gehen Sie nur einmal in eine Versammlung, wenn Sie die Courage haben, und sagen Sie den Arbeitern diese Momente, gehen Sie einmal hin, wenn Sie den Mut haben und wenn Sie nicht Flucht ergreifen wollen vor dem Schicksal, daß Ihrer harren müßte, wenn Sie in solcher Weise zu den Arbeitern in einer so tiefsernstigen Frage reden.

Die Sache steht noch anders, meine Herren! Die Arbeiter erwarten von diesem Staate nicht nur besseres Brot, sondern sie erwarten auch einmal die volle Brotquote, auf die sie ein Recht haben. *(Beifall.)* Haben wir denn die volle Brotquote, leben wir nicht noch immer in der Zeit der reduzierten Brotquote, können Sie leugnen, daß sich die Arbeiterschaft in der ganzen Kriegszeit an Brot nicht sattessen konnte? Und Sie meinen, hier Witze zu machen, Sie meinen, hier Komödie aufzuspielen? Wissen Sie, wie die Entwicklung der letzten Wochen war? Die letzten Wochen sind für den Arbeiter ungeheuer verhängnisvoll geworden. Beachten Sie, die Brotfrage ist nicht eine reine Magenfrage des Volkes, sondern sie bedeutet die Erhaltung unserer ganzen Wirtschaft, unserer ganzen Wirtschaftsorganisation. Sie würden sich einer großen Täuschung hingeben, wenn Sie der Meinung sind, daß hier irgendetwas aufgespielt wird. Nein, meine Herren, die Arbeiterschaft ist entrüstet, sie ist entrüstet noch seit jener Zeit, wo ihr in offiziellen Wählerversammlungen und in Ihrer Presse Versprechungen gemacht worden sind, die ein Mann nicht machen



darf, der weiß, wie die Sache steht. Wenn nun die Arbeiterschaft vor diesen kolossalen Kürzungen und Erschwerungen des Lebens steht, wenn sie das Brot nicht mehr genießen kann, wenn nichts mehr vorhanden ist und wenn sie wieder in eine Wirtschaftsperiode hineinkommt, die wir glücklich überwunden zu haben geglaubt haben, dann sage ich Ihnen aufrichtig: Sie geben sich einer ungeheuren Täuschung hin, wenn Sie glauben, mit solchen Mäßen und solchen Pensurstücken, wie sie mein unmittelbarer Herr Vorredner gebraucht hat, uns belehren zu sollen. Gehen Sie erst dorthin, wo es notwendig ist, und trachten Sie zunächst, uns das Brot zu bringen, das wir für unsere Kinder nötig haben.

Wir haben uns bemüht und haben zu wiederholten Malen als Gewerkschaftler das Ernährungsamt aufmerksam gemacht, wir verlangen, daß wieder die volle Brotquote zur Geltung komme, weil die gegenwärtige Brotquote zu klein ist, weil keine Familie mit dieser Brotquote ihr Auslangen finden kann. Wenn Ihre Reden draußen bei den Arbeitern bekannt werden, wenn Ihre Reden draußen gelesen werden, dann kann es passieren, daß unsere Bemühungen zunichte werden und die Wirtschaft ruht. Ich frage Sie, ob Sie befähigt sind, diese Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, ob Sie die Möglichkeit haben, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, ob Sie sich die Courage zutrauen, in der Arbeiterschaft jene Worte zu sprechen, die wir heute gehört haben. Darum müssen Sie die Brotfrage so dringlich und rasch erledigen, als es nur geht. Die Arbeiterschaft kann auf das Brot nicht verzichten. Sie kann nicht verzichten! Ohne genießbares Brot ist sie nicht imstande, den Anforderungen zu entsprechen, die die Wirtschaft an sie stellt. Deshalb ist die Angelegenheit von uns ernst gemeint, und wenn Sie meinen, daß es uns nicht ernst damit sei, dann würden Sie die Fabriken leer haben, dann würden Sie die Wirtschaft stillgelegt haben. Ich frage Sie dann, welche Entscheidungen zu treffen Sie imstande wären. Aber eines zumindest verlangen wir von der Regierung, und mit Recht, daß, wenn so gewaltig Einschneidendes vor sich geht, die Vertreter der Arbeiterschaft gefragt werden. Wir dulden es nicht, daß man hier ganz einfach verfügt, 50 Prozent Mais müsse der Brotmischung zugefügt werden. Es ist für den Arbeiter und seine Familie nicht mehr auszuhalten, wenn er sieht, wie andere Kreise in der Lage sind, sich mit gutem Brot versorgen zu können, zumal, wenn nebstbei noch alle Artikel, die für die Lebensführung notwendig sind, fehlen. Er ist einzig allein auf das Stück Brot angewiesen und kann darauf nicht verzichten, auch wenn er es nicht schmackhaft findet, es ihm den Nährstoff nicht gibt und unter Umständen Krankheiten bringen kann. Wir bitten Sie um die Annahme unseres Antrages

und bitten, so rasch wie möglich die Änderung der Brotversorgung herbeizuführen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Die Rednerliste ist hiemit erledigt. Zu einer tatsächlichen Berichtigung Herr Abgeordneter Sever.

**Abgeordneter Sever:** Hohes Haus! Es hat dem Herrn Abgeordneten Hofer in seinen Ausführungen beliebt, eine Unwahrheit zu bringen, die die Herren Abgeordneten Kunzschak, Haider und Heizinger in den letzten Wochen in ihren Versammlungen benutzt haben. (*Abgeordneter Kunzschak: Und das wäre?*) Sofort werden Sie es hören. Der Herr Abgeordnete Hofer hat hier erklärt, daß von der niederösterreichischen Landesregierung Legitimationen an Agenten zum Einkauf von Getreide in Niederösterreich aus gegeben wurden, und zwar unterschrieben von dem Landeshauptmann Sever oder von dem Landeshauptmann-Stellvertreter Widholz. Ich erlaube mir, folgendes hier richtigzustellen: Das Landeswirtschaftsamt von Niederösterreich ist seit der Zeit, in welcher die provisorische Landesregierung sowie seit den Neuwahlen die vergangene Landesregierung amtiert hat, in den Händen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Mayer. (*Hört! Hört!*) Er ist der alleinige Approbant des Landeswirtschaftsamtes. (*Hört! Hört!*) Es ist nie irgendeine Legitimation, ob sie Getreide oder irgend etwas anderes anbelangt, weder von mir noch von meinem Kollegen Widholz gezeichnet worden. (*Hört! Hört!*) Es ist niemals ein Akt vom Landeswirtschaftsamt oder seinem Leiter an irgendeine Bezirkshauptmannschaft hinausgegangen, der nicht vom Landeshauptmann-Stellvertreter Mayer gezeichnet worden ist. (*Neuerliche Rufe: Hört! Hört!*)

Es ist weiters hier vom Herrn Abgeordneten Hofer erklärt worden, daß ich den Herrn Bezirkshauptmann Leuchttag geschützt habe und derjenige bin, der ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben hat. Ich konstatiere und stelle richtig, daß die Ara Leuchttag errichtet wurde unter dem Herrn Landeshauptmann Leopold Steiner. (*Hört! Hört!*) und daß die Ara Leuchttag vor sechs Monaten umgebracht wurde durch den Landeshauptmann Sever. (*Hört! Hört!*) Ich konstatiere weiter, daß Bezirkshauptmann Leuchttag seine Legitimationen durch die Landeseinkaufsstelle für den Grenzverkehr, die er innegehabt hat, selbst gezeichnet hat, daß niemand in der Landesregierung für den Leuchttag überhaupt eine Legitimation gezeichnet hat, so daß die Behauptung, die der Herr Abgeordnete Hofer hier vorgebracht hat, eine Unwahrheit ist.

Ich konstatiere weiter, daß der Herr Abgeordnete Kunzschak erklärt hat, daß in den Lagerhäusern irgendwo — ich weiß nicht den Ort, den

er genannt hat — Getreide liegen soll und daß es möglicherweise in Niederösterreich auch andere Orte geben wird, wo Getreide nicht abgeholt wird. Ich konstatiere demgegenüber, daß in der Landesregierung vor dem 10. November eine Sitzung stattgefunden hat, an der der Herr Leiter des Ernährungsamtes Dr. Grünberger, die Herren Landeshauptmann-Stellvertreter Mayer und Steiner, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Widholz und meine Wenigkeit und die Vertreter der Lagerhäuser von Niederösterreich teilgenommen haben. Ich stelle fest, daß dieselben erklärt haben, daß ihnen die Bauern nicht einmal das Getreide um 20 K liefern (*Hört! Hört!*), viel weniger um 10 K, wie der Preis für das Getreide ist.

Ich möchte bitten, daß Sie diese Richtigstellungen entgegennehmen und erkläre hier öffentlich noch einmal, nicht scheuend, daß ich eventuell neuerdings zur Ordnung gerufen werde, daß ich jeden im Hause oder außerhalb des Hauses, der es wagt, zu behaupten, daß von mir oder Widholz unterschriebene Legitimationen für den Getreideeinkauf für Schleichhändler oder für Agenten laufen, für einen erbärmlichen Lügner erklären werde. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung der Herr Abgeordnete Witternigg.

**Abgeordneter Witternigg:** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Geisler hat in seiner Rede behauptet, daß die Gemeinde Zell am See an einem Käse schmuggel beteiligt sei. Ich stelle richtig, daß diese Behauptung des Herrn Abgeordneten Geisler unwahr ist. Wahr ist, daß die Gemeinde Zell am See eine Untersuchungskommission eingesetzt hat, zusammengesetzt aus allen Parteien. Diese Untersuchungskommission hat einstimmig festgestellt, daß den Bürgermeister von Zell am See in der betreffenden Angelegenheit keine Schuld trifft. Kein Mitglied der Gemeinde Zell am See ist schuldig. Die Behauptung des Herrn Abgeordneten Geisler ist daher unwahr. Wahr ist, daß Herr Wiltsch, der des Schmuggels überwiesen wurde, von der Gemeinde sofort entfernt wurde, und ich stelle fest, daß, wenn die christlichsozial Partei (*Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Geisler*) in derselben Weise vorgeht, wie die Sozialdemokraten, daß sie jeden Schwindler, Schleichhändler und Schieber aus der Partei entfernt, ihr Schild ebenso rein sein wird, wie der der Sozialdemokraten. (*Beifall. — Zwischenrufe.*)

Ich stelle ferner fest, daß der Herr Abgeordnete Geisler . . . . (*Abgeordneter Geisler: Sie geben nur zu, was ich gesagt habe!*) . . . . daß der Herr Abgeordnete Geisler von Käse schmuggel sprach. Wichtig ist, daß über die Vorkläufe von

Pinzgauer Bauern Käse geschmuggelt wird und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Geisler, als Führer voranzugehen, um der Käse schmuggler nach Italien habhaft zu werden. (*Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Es sind zwei genügend unterstützte Anträge überreicht worden. Soll ich dieselben noch einmal zur Kenntnis des hohen Hauses bringen? (*Rufe: Ja!*) Es ist der Antrag, den der Herr Abgeordnete Eldersch überreicht hat. (*Liest:*)

„Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Nationalrat mißbilligt die Maßnahme der Bundesregierung, mit der eine 50prozentige Surrogierung des Brotes mit Maismehl lediglich aus Ersparungsgründen unter Gefährdung von Gesundheit und Leben der Minderbemittelten verfügt wurde.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verwendung von Maismehl zur Broterzeugung sofort einzustellen.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vorhandenen Maismengen im Austausch gegen Edelgetreide aus dem Exportkontingent der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.“

Dann liegt der Antrag des Herrn Abgeordneten Runschak vor, welcher lautet (*liest:*)

„Der Nationalrat würdigt die großen Schwierigkeiten der Getreide- und Mehlaufbringung, er würdigt auch die großen finanziellen Schwierigkeiten des Staates, muß aber darauf bestehen, daß trotz aller dieser Schwierigkeiten die Beschaffenheit des Brotes ehestens zu besserer Qualität gebracht werde. Der Nationalrat nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung mit allen Mitteln bestrebt sein wird, Abhilfe zu schaffen.“

Der weitergehende Antrag ist der, welchen der Herr Abgeordnete Eldersch gestellt hat, und ich bringe ihn daher zuerst zur Abstimmung. Wünschen die Herren, daß punktweise abgestimmt wird oder kann ich den Antrag unter einem zur Abstimmung bringen? (*Nach einer Pause:*) Es wird zugestimmt, daß ich den Antrag unter einem zur Abstimmung bringe. Ich bitte daher diejenigen Herren und Frauen, welche dem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das ist die Minderheit. Er ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Frauen und Herren . . . . (*Abgeordneter Dr. Adler: Ich bitte*



*Wort zur Abstimmung!* Zur Abstimmung hat der Herr Abgeordnete Dr. Adler das Wort.

Abgeordneter Dr. Adler: Ich beantrage über den Schlusssatz des Antrages Runschak, der lautet: „Der Nationalrat nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung mit allen Mitteln bestrebt sein wird, Abhilfe zu schaffen“, getrennte Abstimmung.

Präsident: Ich werde dem Antrage des Herrn Kollegen Dr. Adler entsprechen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag Runschak mit Weglassung des letzten Satzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche auch den letzten Absatz des Antrages Runschak annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Auch dieser Antrag ist angenommen. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Ich bitte einen der Herren Schriftführer, den zweiten dringlichen Antrag, nämlich den der Herren Kollegen Scheibin, Deutsch, Witternigg und Genossen zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Sever (liest):

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Scheibin, Deutsch, Witternigg und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die bewaffneten Heimwehren in einigen Bundesländern.

In einigen Bundesländern werden fortgesetzt bewaffnete Heimwehren aufgestellt, die unter dem Vorwande, gegen eine angebliche Bolschewikengefahr gerichtet zu sein, eine Wehrorganisation gegen die Arbeiterschaft darstellen. Mit Waffen werden diese Heimwehren durch einen ausgedehnten Schmuggel aus Bayern versorgt, wobei Organe von Landesregierungen willfährige Mitbesser sind. Die Verbindung der österreichischen Heimwehren mit den Heimwehren Bayerns ist eine sehr rege, was sich auch durch die gemeinsame Veranstaltung eines für die Zeit vom 20. bis 22. November 1920 geplanten Tiroler Landesschießens in Innsbruck erweist.

Die Arbeiterschaft ist durch die Aufstellung der reaktionären Heimwehren, denen sie monarchistische Putschabsichten zuschreibt, auf das tiefste beunruhigt. In der Veranstaltung des Tiroler Landesschießens, das von den Veranstalter selbst als eine „Feierschau“ bezeichnet worden ist, erblickt sie eine Provokation, gegen die sie sich mit allen Mitteln zur Wehre setzen wird. Das provokatorische Auftreten der bewaffneten Heimwehren kann so zu ernststen Ereignissen führen.

Wir richten deshalb an die Bundesregierung die Fragen:

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Entwaffnung der Heimwehren herbeizuführen, den Waffenschmuggel hintanzuhalten und die Aufstellung weiterer Wehren zu verhindern?

2. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die geplante Einreise bewaffneter Heimwehrleute aus Bayern zum Tiroler Landesschießen der Heimwehren zu verhindern?

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mitglieder der Tiroler Landesregierung, an der Spitze der dortigen Heimwehren stehend, in Mißachtung ihrer beschworenen Pflichten eine Bevölkerungsklasse zum Kampfe gegen eine andere mit Waffen betreiben?

4. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die einen Bürgerkrieg anzettelnden Mitglieder der Tiroler Landesregierung vor das zuständige Gericht zu bringen?

5. Ist die Regierung bereit, falls ihr die Entwaffnung der Heimwehren nicht innerhalb der nächsten Zeit gelingt, auch den Notwehrorganisationen der Arbeiter die nötigen Waffen zur Verfügung zu stellen, um das Gleichgewicht der Massen wieder herzustellen?"

Wien, 19. November 1920.

Lenz.	W. Scheibin.
Bauer.	Deutsch.
Bretschneider.	Jos. Witternigg.
J. Ulrich.	Hammerstorfer.
Hubmann.	Dr. Bauer.
Pick.	Vollert.
Probst.	Fisch.
Schlegl.	Kieger.
Hanusch.	Eisler.
Adelheid Popp.	Dr. K. Renner.
Anton Weber.	Gabriel.
Schlager.	J. Pölzer.
H. Muchitsch.	Zwanzger.
J. Skaret.	Paul Richter."

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Fragesteller, der Herr Abgeordnete Scheibin. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Scheibin: Hohes Haus! Seit dem Frühjahr dieses Jahres bemüht sich der Landesrat Dr. Steidle in Tirol, aus der seinerzeit bestandenen Bürgerwehr die Heimabwehren zu begründen und seit dieser Zeit organisiert er dieselben.

Die Heimatwehr hat sich zuerst auf die Stadt Innsbruck beschränkt, wo Offiziere und Studenten dieselbe gebildet haben. In letzterer Zeit hat man sich auch an die bauerliche Bevölkerung gewendet, und so müssen wir konstatieren, daß die Heimatwehren in Tirol mit militärischen Gewehren ausgerüstet wurden. Die sozialdemokratische Partei in Tirol hat sich seit dem Frühjahr bemüht und von der Landesregierung verlangt, daß die Heimatwehren abgerüstet werden. Wir in Tirol stehen auf dem Standpunkte, daß zum Waffentragen jene berechtigt sind, die vom Gesetzewege aus dafür bestimmt sind, das ist die Staatswehr, die Polizei und die Gendarmerie. Die übrige Bürgerschaft hat keine Waffen zu tragen. *(Ruf: Arbeiterwehren!)* Die Arbeiterwehren, die geschaffen wurden, haben nie und in keiner Weise irgendwo die Ruhe gestört.

Hohes Haus! Alle Bemühungen, die wir uns im Lande Tirol gegeben haben, die Heimatwehren in den Städten abzubauen, den Studenten und den Offizieren die Gewehre abzunehmen, blieben erfolglos. Es wurde weiter gearbeitet und es wurden mit dem Dr. Escherich Konferenzen abgehalten und so hat sich ergeben, daß sich die Heimatwehren in Tirol nicht nur auf Tirol beschränkt haben, sondern es wurde noch mit den bayerischen Heimatwehren soweit verhandelt, daß jetzt eine gemeinsame Organisation zustande gekommen ist. Und abgesehen von der Landestrainer, die am Dienstag offiziell im Landhause in Tirol gefeiert wurde, wurde gleich darauf für den 20., 21. und 22. ein Landesschießen der Heimatwehren auf dem Berge Isel veranstaltet, zur selben Zeit also, wo der Landtag tagte, ein Aufmarsch aus Bayern mit militärischen Gewehren, voran der Monarchist Dr. Escherich mit seinem Helfershelfer Kahler. Nachdem alle bisherigen Unternehmungen fruchtlos geblieben sind, hat sich aus den Beratungen der Partei ergeben, daß man sich in erster Linie an den Bundesminister Dr. Mayr gewendet hat; er wurde von der Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei informiert, er wurde aber auch informiert von den Abgeordneten des sozialdemokratischen Klubs Dr. Deutsch, meiner Wenigkeit und dem Abgeordneten Eldersch.

Wir wissen nicht, wie weit die Dinge gediehen sind. Die Arbeiterschaft in Tirol hat sich bemüht und alle möglichen Versuche unternommen, daß das gegenseitige Rükken endlich eingestellt werde und man zur Ruhe und Arbeit komme, aber zum Trost und aus Eigensinn wurde die Weisung von Wien aus, dieses Schießen zu unterlassen, nicht beherzigt und der Landeshauptmann Schraffl wurde in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann dazu bestimmt, als Oberstgutenmeister die Bayern zum Festschießen mit den militärischen Stutzen und den militärischen Kanonen auf die militärischen

Scheiben zu begießen. *(Ruf: Kommt der Kronprinz Rupprecht auch?)* Der Kronprinz Rupprecht, der draußen vor einiger Zeit das Festschießen unter dem Jubel der Heimatwehren eröffnet hat, kommt auch, Sie können sich also vorstellen, daß dadurch das monarchistische Prinzip zum Ausdruck gebracht werden soll und daß ein Putz vorbereitet war und wird. *(Zwischenrufe.)* Es mag sein, daß es bei Ihnen schrecklich ist, wir sind aber durch die Verhältnisse gewöhnt und Sie werden uns die Eigentümlichkeit unseres Landes nicht vor Augen führen. Wir wissen zu gut, daß die Schießübungen auf den Schießstätten durch Jahrzehnte bestanden haben und daß die Schützengildevereine, wie sie feinerzeit gewesen sind und bestanden haben, durch den Ausbruch des Weltkrieges genügend daraufgezahlt haben, weil die jungen Buben mit den alten Greisen an die Front mußten. Es handelt sich auch jetzt wiederum um nichts anderes, als ein Einkreisen und Einfangen der bauerlichen Bevölkerung und der städtischen Bewohner in eine Heimatwehr, um sie wieder militärisch ausgerüstet zu haben.

Welchen Zweck soll das haben? Wenn Sie endlich friedliche Verhältnisse wollen, Ruhe und Ordnung, dann lassen Sie einmal die Bewaffnung, lassen Sie dieses Scheibenschießen. *(Ruf: Wer hat angefangen?)* Wir haben keine Gewehre. *(Zwischenrufe.)* Sie wissen es besser. Ich beschränke mich aber bloß auf Tirol, ich habe in Niederösterreich die Verhältnisse nicht zu konstatieren, aber soweit wir die Verhältnisse überblicken, mußten wir, da wir bisher vergeblich sowohl an die Staatsregierung, wie an die Landesregierung mit der Forderung herangetreten sind, endlich einmal die Heimatwehren abzubauen und ihnen die Waffen und die Munition zu nehmen, den Verkehr unterbinden. Dafür ist selbstverständlich die Regierung verantwortlich, weil die Landesregierung ihr nicht Folge leistet. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, von heute 12 Uhr nachts anfangen, den Eisenbahnverkehr einzustellen und wenn es den bayerischen Monarchisten beliebt, müssen sie von der Grenze zu Fuß nach Tirol gehen, weil sie anders nicht hinkommen können. *(Lebhafter Beifall.)* Für die Einstellung des Verkehrs trifft somit nicht die sozialdemokratische Partei, für die Unterbindung des gesamten geschäftlichen Lebens in Tirol trifft nicht unsere Partei und unsere Organisationen die Schuld, sondern dafür ist lediglich die Saumseligkeit und das Verschulden der Regierung verantwortlich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Eldersch: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär für Inneres und Unterricht Breisky.



**Bundesminister für Inneres und Unterricht**  
**Briskly:** Hohes Haus! Nachdem die jetzige Debatte von dem Festschießen ausgegangen ist, welches gegenwärtig in Innsbruck veranstaltet wird, möchte ich mir die Bitte erlauben, bei meiner Berichterstattung von dieser Veranstaltung ausgehen zu dürfen. Ich erlaube mir, gleich einige altentworfene Grundlagen zur Kenntnis zu bringen, die bei dem Vorgehen der Regierung in Betracht gekommen sind. Die interalliierte militärische Kontrollkommission ist aufmerksam gemacht worden, daß dieses Festschießen in Innsbruck stattfindet und hat hievon der Regierung Mitteilung gemacht. Die interalliierte Militärkommission hat gesagt, obwohl Meinungsverschiedenheiten der politischen Parteien und die unter dem Schutz besonderer Gesetze in Tirol üblichen Scheibenschießen nicht zur Kompetenz der Kommission gehören, könne sie an der Tatsache des Bestehens von Bürgerverbänden nicht vorübergehen, die über Waffen verfügen, die laut Artikel 133 des Friedensvertrages abzuliefern seien. Die Kontrollkommission erachte es für angemessen, daß die österreichische Regierung Maßregeln ergreife, um dem Feste den Charakter einer öffentlichen Kundgebung mit laut Friedensvertrag nicht gestatteten Waffen zu benehmen. Das Ministerium für Inneres hat darauf erwidert, daß an die Tiroler Landesregierung die Anweisung ergangen ist, das Schützenfest wenn irgend möglich, zu untersagen, jedenfalls aber seines offiziellen Charakters zu entkleiden. Die diesbezügliche telephonische Anweisung erging nach Innsbruck am 11. November.

Die Absage des Festes würde aber, wenn die Bevölkerung ihr überhaupt Folge leistete, wegen der dem Feste innewohnenden großen traditionellen Bedeutung starke Mißstimmung auslösen. Eine Verlautbarung, nur Waffen zu verwenden, die nach dem Friedensvertrag gestattet sind, sei wegen der Kürze der Zeit undurchführbar. Es werde aber alles vermieden werden, was dem Feste einen besonders offiziellen Charakter geben könnte. Den Veranstaltern liege die Absicht einer öffentlichen Kundgebung gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages fern. Der Verlauf werde hoffentlich keinen Beschwerdebegründ ergeben.

Ich darf beifügen, daß ich übrigens dahin informiert bin, daß der Herr Landeshauptmann nicht in offizieller Eigenschaft an der Veranstaltung teilnimmt. (Lachen.)

Die interalliierte Kontrollkommission hat daraufhin geantwortet, daß die frühere Note die Vertragsbestimmungen in Erinnerung brachte, nach denen der öffentliche Gebrauch von Kriegswaffen durch private, der bewaffneten Macht nicht angehörende Vereinigungen dem Artikel 123 des Friedensvertrages widerspreche. Die Heimwehren und Arbeiterwehren seien private Institutionen. Es

fehlen offizielle Bestimmungen über ihre Anerkennung. Nachdem die Sonderverfügungen über das Tiroler Scheibenschießen nicht abgeschafft seien, so erlaube dieser Tatbestand nicht, die Aufhebung der projektirten Feierlichkeiten zu verlangen; es sei dies auch in der Note nicht verlangt worden, noch sei es Absicht gewesen, daß mit den der Tiroler Bevölkerung teuren Traditionen unvermittelt gebrochen werde. Von der Antwort der österreichischen Regierung werde Kenntnis genommen, daß es nicht möglich sei, wegen der Kürze der Zeit die Verwendung von vertragsmäßig nicht erlaubten Kriegswaffen beim Scheibenschießen hintanzuhalten, es wäre aber angebracht, wenn die Zentralregierung bei jeder Gelegenheit die Landesregierungen auf die Vertragsbestimmungen aufmerksam machen würde und daß die Zentralregierung sich die Notwendigkeit, die noch bestehenden, dem Vertrage widersprechenden Verfügungen abzuschaffen, vor Augen halte.

Nun hat die Veranstaltung des Festschießens eine ganz außerordentliche Spannung ausgelöst und hat dazu geführt, daß der heutige Ministerrat sich auch speziell mit der Frage befaßt hat und zu dem Schlusse gekommen ist, daß die bereits früher angeordneten Sicherungen wegen der Verhinderung des Eintrittes Bewaffneter über die Staatsgrenzen verstärkt werden, daß weiters der Landesregierung der Rat erteilt werde, alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe erforderlichen Maßnahmen zu treffen, und daß als eine dieser Maßnahmen bezeichnet wurde, auf die Einschränkung, eventuell Einstellung, des Festschießens hinzuwirken.

Ich darf also sagen: In diesem Beschlusse der Regierung ist die eine Frage, die des Waffenschmuggels, bereits berührt.

Ich darf erwähnen, daß bereits vor längerer Zeit eine Weisung ergangen ist, daß der Waffenverkehr einer genauen Kontrolle unterzogen wird. Das ist neuerlich heute und mit Nachdruck in Erinnerung gerufen worden. Wenn sich die Interpellation gegen die Aufstellung von Heimwehren wendet, so kann ich nur sagen, daß die Entwaffnung der Bevölkerung gewiß nicht etwas ist, was den Intentionen der Regierung widersprechen würde. Wir sind übrigens vor ganz kurzer Zeit durch eine Note der interalliierten Militärkommission darauf aufmerksam gemacht worden. Wir wurden gemahnt, die Entwaffnung der Bevölkerung im Sinne des Artikels 130 einzuleiten, und es ist auch bereits die Ausarbeitung einer bezüglichen Vorlage an dieses hohe Haus im Zuge.

Bezüglich des dritten Punktes, eben der Einreise der Angehörigen der Heimwehrorganisationen aus Bayern, darf ich mich ebenfalls auf das beziehen, was ich mir schon erlaubt habe zu erwähnen, daß die Grenzen gesperrt sind und der Eintri-

Bewaffneter nicht zugelassen wird. Bezüglich des Punktes, daß Mitglieder der Landesregierung an der Spitze der Aktion stehen und Waffen verteilen, möchte ich sagen: Daß die als Veranstalter der Heimwehren genannten Personen hier in amtlicher Funktion auftreten, ist bisher nicht festgestellt und es wäre, meine ich, unbillig, alles, was ein Volksbeauftragter tut, gleich als Ausfluß seiner amtlichen Funktion zu betrachten. Wenn aber die Prüfung der Sache ergeben sollte, daß tatsächlich Verstöße gegen das Gesetz vorgekommen sind, wird gewiß das Entsprechende eingeleitet werden. *(Zwischenrufe.)*

Was die Frage der Herren betrifft, ob die Regierung auch bereit sei, gleich der Heimwehrorganisation auch der Arbeiterschaft Waffen zur Verfügung zu stellen, um das Gleichgewicht herzustellen, so möchte ich bitten, im Auge zu behalten: Wir sind auf dem Wege der Entwaffnung aller Wehren. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Präsident **Eldersch**: Darf ich bitten, meine Herren!

Bundesminister für Inneres und Unterricht **Breisky**: Nachdem eine Aktion im Gange ist, die eine generelle Entwaffnung in Aussicht nimmt, und die Regierung die Approbation des hohen Hauses für diese Aktion erbitten wird, hoffe ich, daß wir bei dieser Aktion die ganze Frage bereinigen werden, und ich bitte, diese Antwort zur Kenntnis zu nehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Eldersch**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Deutsch.

Abgeordneter Dr. **Deutsch**: Hohes Haus! Ein zwischenrufender Abgeordneter aus dem Lande Tirol hat es sehr mißbilligend bemerkt, daß in dieser, wie er meint, reinen Tiroler Angelegenheit auch Abgeordnete das Wort ergreifen, die nicht so rein Tiroler Abstammung sind, wie der Herr Zwischenrufer. Ich glaube aber, daß diese Angelegenheit nicht eine reine Tiroler Sache ist und daß es den Abgeordneten des hohen Hauses, auch wenn sie nicht aus dem heiligen Lande Tirol sind, erlaubt sein muß, ihre Meinung zu sagen.

Der Herr Minister des Innern hat uns einen Rotenwechsel zur Kenntnis gebracht, den die Regierung mit der Interalliierten Militärkommission geführt hat. Die Meinung der Interalliierten Militärkommission ist gewiß sehr wichtig. Ich möchte mir aber die Bemerkung erlauben, daß gewiß auch sehr wichtig ist, nicht allein, was die Interalliierte Militärkommission dazu sagt, sondern was die Bevölkerung dieses Reiches dazu sagt.

Die Regierung hat gemeint, sie dürfe mit einem Verbote des Festes in Tirol nicht vorgehen, weil das eine starke Mißstimmung auslösen wird. Es mag sein, daß eine starke Mißstimmung bei einigen Beteiligten ausgelöst worden wäre. Es zeugt aber nicht von sehr großer Voraussicht der Regierung, wenn sie aus Angst vor der Mißstimmung dieser Beteiligten das Verbot des Festes nicht ausspricht, während die Mißstimmung der anderen beteiligten Kreise, nämlich der Arbeiter, zum Generalstreik geführt hat. Die Regierung hätte abwägen müssen, was für das Land Tirol und das Reich gefährlicher ist: die Mißstimmung einiger Leute, die um ihr Schießen gekommen sind, oder die Folgen, die jetzt entstanden sind, weil das Land im Generalstreik steht.

Die Regierung war so liebenswürdig und nett und hat der Landesregierung von Tirol den Ratsschlag gegeben, sie möge selbst die erforderlichen Maßnahmen treffen, um eventuell eine Einschränkung des Festes in Erwägung zu ziehen, ja vielleicht sogar — man denke nur! — mit der Einstellung des Festes vorzugehen. Ich finde es überaus nett, daß die Bundesregierung die Courage aufgebracht hat, der Tiroler Landesregierung Ratsschläge zu geben. Nur meine ich, daß diese Ratsschläge den Gang alles Irdischen wandeln werden und bevor sie nach Tirol gekommen sind, vergangen sein werden.

Es ist nötig, daß man zur Beleuchtung der ganzen Angelegenheit einmal ruhig und leidenschaftslos die Tatsachen darstellt. Es sind heute so viele Stürme durch das Haus gebrandt, daß ich versuchen werde, in völlig ruhiger, objektiver und leidenschaftsloser Weise einfach Tatsache an Tatsache zu reihen; es mögen dann alle Mitglieder des hohen Hauses, auch die auf der rechten Seite, beurteilen, ob das, was hier geschieht, nicht in Wahrheit ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke ist.

Ich will einleitend erwähnen, daß die Heimwehrorganisationen, die jetzt in Tirol und in Salzburg und auch in einigen anderen Bundesländern auftreten, ihren Ursprung in Bayern haben. In Bayern waren sie aus den Revolutionskämpfen geboren und waren Organisationen angeblich zur Bekämpfung der Bolschewiken. Die Angst vor den Bolschewiken ist in Bayern schon zu einer Krankheit geworden. Es herrscht dort die Antibolschewikitis, wie auch in manchen Kreisen unserer Bevölkerung. Nun muß ich Ihnen schon sagen, wenn man in Bayern eine Angst vor dem Bolschewismus hat, so hat das nach den Ereignissen des letzten Jahres vielleicht einen Schein von Berechtigung. Aber, daß sich die Tiroler auch vor den Bolschewiken fürchten, ist wohl unberechtigt, ja einfach lächerlich. So viel ich weiß, haben die Kommunisten bei den Nationalratswahlen im ganzen Lande 900 Stimmen zusammengebracht. Daß Sie glauben, diesen 900 Wandern



und Frauen in Tirol, die aus irgendwelchen versteckten Ideen sich zum Bolschewismus bekannt haben, mit Gewehren und Maschinengewehren gegenüberzutreten zu müssen, ist schon eine arg übertriebene Furcht.

Von welchem Geiste sind nun diese Heimwehren besetzt, die von Bayern ihren Ursprung genommen haben? Ich will vorerst ein Dokument zur Kenntnis des hohen Hauses bringen, das von dem Geiste der Heimwehren in Bayern selbst handelt; denn mit diesen sind ja die Tiroler verbündet. Vor kurzem fand in München eine Versammlung statt und in dieser kam es zu Zusammenstößen zwischen Republikanern und Monarchisten. Dabei hat ein Mitglied der Heimwehren, der Orgeß, ein Dokument verloren und dieses ist in den letzten Tagen veröffentlicht worden. In diesem Dokumente gibt die 26. Marinakompagnie der Orgeß Verhaltensmaßregeln im Falle eines Kampfes. Es wird da ausgeführt, die politische Lage dränge auf eine gewaltsame Entscheidung, die Sozialisten sind ihres Anhangs nicht mehr ganz sicher, weshalb man um so früher die Entscheidung herbeiführen müsse. Und nun werden Verhaltensmaßregeln gegeben, die ich mir dem hohen Hause im Wortlaut vorzulesen erlaube. Es wird hier gesagt (liest): „Bei Einkassputschen: Werden die Mannschaften von sozialistisch angehauchtem Pöbel beleidigt, sei es auch nur durch Worte, so sind diese roten Elemente niederzuschleusen, in leichteren Fällen mit dem Gummiknüdel tüchtig zu verprügeln, insbesondere sind die Schläge auf den Kopf zu konzentrieren.“ Das ist ein Ratschlag, den man in menschenfreundlicher Weise gibt. Dann wird ausgeführt, daß man rücksichtslos nicht allein gegen die Radikalsozialisten vorgehen müsse, sondern auch gegen die Mehrheitssozialisten müsse in gleicher Weise vorgegangen werden. Es heißt hier wörtlich (liest): „Mit den Mehrheitssozialisten darf auch nicht mehr so rücksichtsvoll umgegangen werden, sie sollen gleichfalls so gut wie möglich erledigt werden.“

Natürlich, wenn es nicht so traurig wäre, ist aber folgendes: Man hat hier nicht allein Verhaltensmaßregeln für Einkassputsche, sondern nachdem die Heimwehren vorgeben, unpolitisch zu sein, auch Verhaltensmaßregeln für Rechtsputsche. Diese Verhaltensmaßregeln für Rechtsputsche sind wohl bei all dem Betrübbenden, das dieser Geist atmet, das interessanteste, was man sich vorstellen kann. Bei Rechtsputschen wird der Mannschaft anbefohlen (liest):

„Sozialistenführer und größere Schreier in der Wohnung gleich erschießen. Die Juden festnehmen und in den vierten Reserveplatz zu führen, wo sie samt und sonders gehängt werden. Eher noch mit Sozialdemokraten Erbarmen haben als mit den Juden.“

Dann heißt es — ich bitte als Anweisung für den Rechtsputsch — (liest):

„Die Presse, mit Ausnahme der rechtsdemokratischen, nationalen und antisemitischen ist sofort zu besetzen und unter militärische Kontrolle zu stellen. Weigern sich Drudereiarbeiter, für uns zu arbeiten, so sind die nächsten fünf zu erschießen und in den Drudereiräumen liegen zu lassen. Bei Sabotage an den Maschinen ist jeder sechste Mann zu erschießen. Straßenabsperzungen müssen rücksichtslos durchgeführt werden. Wer trotz des Verbotes die Straße betritt, gleich ob Bürger oder Proletarier, wird erschossen.“ Das ist also der Geist der Orgeß-Leute in München.

Nun werden Sie sagen: es muß ja nicht in gleicher Weise in Tirol sein. (Zwischenruf.) Es sind leider nicht Märchen, geehrter Herr Kollege, sondern Sie können die Bestätigung finden, wenn Sie jetzt irgendeine deutsche Zeitung aufschlagen, wo alle diese Dokumente im Wortlaut abgedruckt sind. (Zwischenruf.) Sie interessieren sich für alle diese Dinge leider zu spät. Ich habe schon ausgeführt, daß in Tirol wirklich keine Bolschewikengefahr besteht. Wozu rüsten Sie in Tirol?

Sie sagen, es sind traditionelle Schützenvereine und diese alte Tradition müsse hochgehalten werden. Wenn eine alte Tradition im Schützenwesen hochgehalten werden soll, dann darf nicht eine Klasse bewaffnet werden, sondern dann müssen alle Klassen bewaffnet werden. Und das sagen wir Ihnen: Wenn Sie glauben, daß Sie ein Vorrecht auf Bewaffnung haben, so werden Sie sich irren. Schließlich werden auch die Arbeiter mit Recht erklären: Wenn Sie bewaffnen, werden eben auch wir zur Bewaffnung gezwungen werden. Freilich, die Folgen einer solchen gegenseitigen Bewaffnung sind unabsehbar. Deshalb haben wir immer davor gewarnt und haben auch in der Angelegenheit des Festschießens unsere warnende Stimme erhoben. Aber Sie haben nicht gehört, wobei ich der Wahrheit die Ehre geben und konstatieren will, daß ein Teil der Christlichsozialen, sowohl hier wie in Tirol, der Meinung ist, man möge ablassen von dem gefährlichen Spiel, und daß es bei Ihnen nur einige Radikalskizzen sind, die dieses gefährliche Spiel fortreiben und dadurch unser Volk ins Unglück hineinführen wollen.

Daß solche Dinge geschehen, daß solche Organisationen sich bilden, in denen die Leute zum Kampfe gegen andere im Staate bewaffnet werden, ist gewiß bedauerlich. Aber bezeichnend für die Tiroler Verhältnisse ist nicht allein, daß solche Organisationen auf Seite des Bürgertums und der Bauern bestehen, sondern daß die Organisationen mit Zustimmung und Unterstützung der Behörden gemacht werden; und das ist es, was für uns das Entscheidende ist.

Die Heimwehrorganisationen werden von der christlichsozialen Landesregierung systematisch

gefördert. Am 15. Mai 1920 hat der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Steidle, der sich selbst als Führer der Landesleitung der Heimabwehren Tirols bezeichnet, vorläufige Satzungen herausgegeben, in deren Artikel 11 es heißt (*liest*):

„Für den Verkehr mit den Behörden gilt vorläufig der Grundsatz, daß örtliche Wehren (Heimabwehr der Gemeinde) und Heimabwehrgruppen (Zusammenfassung mehrerer Gemeindeheimabwehren) mit den Gemeindeämtern, respektive Stadtmagistraten, die Bezirksleitungen der Heimabwehren mit den Bezirkshauptmannschaften und die Landesleitung der Heimabwehren mit der Landesregierung direkt verkehren und zusammenarbeiten.“ (*Hört! Hört!*)

Hier wird also ganz offen und vor aller Welt eine Organisation einer Klasse gegen die anderen Klassen geschaffen und diese Organisation der einen Klasse, die bewaffnet ist, steht unter dem besonderen Schutze der Landesregierung, die geradezu daran teilnimmt, die Bewaffnung gegen die anderen Klassen durchzuführen. (*Hört! Hört!*) Wobei das Köstlichste noch folgendes ist: Herr Dr. Steidle bezeichnet sich selbst als Führer der Heimabwehren und gibt zugleich die Parole aus: als Führer der Heimabwehren hat Dr. Steidle zu verkehren mit dem Landeshauptmann Dr. Steidle. Es verkehrt also der Führer mit dem Landeshauptmann in einer Person. Einen Tag tritt er als Führer der Heimabwehren auf, den anderen Tag als Landeshauptmann. (*Zwischenrufe*.) Er war damals Landeshauptmannstellvertreter. (*Ruf: Er war nur Landesrat!*) Sie behaupten: Nur Landesrat, jedenfalls war er Mitglied der Landesregierung, Mitglied der Landesregierung und zugleich Leiter der Heimabwehren, das ist wahrlich auch genug für unsere Zustände.

Wir meinen, meine Herren: Sie haben soviel davon gesprochen, die Autorität im Lande herzustellen, die Ordnung herbeizuführen. Diese Ordnung besteht nun darin, daß Mitglieder einer Landesregierung imstande sind, Bewaffnungen durchzuführen, um gegen andere Klassen der Bevölkerung Krieg zu führen.

Nun erhebt sich die Frage: woher nehmen diese Heimabwehren die Waffen? Ich will Ihnen ein Beispiel geben, woher die Heimabwehren die Waffen nehmen. Am 26. Oktober ist in Innsbruck ein Waggon Nr. 11922 beschlagnahmt worden. Er war aufgegeben in Garmisch-Partenkirchen, der Adressat war in Innsbruck. Als man den Adressaten in Innsbruck suchte, stellte sich heraus, daß er nicht existierte. Die Adresse war fingiert. Die Eisenbahner haben nun darauf gedrungen, daß der Waggon durchsucht werde. Der Waggon war deklariert als Umzugsgut und sollte enthalten: 25 Kisten Bücher und Alben und 46 Kisten Bureau Sachen. Die Untersuchung ergab, daß die 25 Kisten Munition enthielten. (*Hört! Hört!*) und die

46 Kisten Gewehre, Maschinengewehre und bayerische Uniformstücke. (*Hört! Hört!*) Das Bemerkenswerteste ist aber, daß das Parteiblatt der Sozialdemokraten in Innsbruck die Behauptung aufstellen konnte, daß der Arrangeur der ganzen Sache niemand anderer ist als ein Organ der Tiroler Landesregierung, der Polizeikommissär Dietl. Und daß diese Beschuldigung nicht widerlegt werden konnte. Sie ergeben daraus die Zusammenhänge der Wehrorganisation mit der Landesregierung wohl deutlich genug.

Wenn wir heute noch vernommen haben, daß Klöster Stapelplätze für Waffen sind, so ist das ein deutlicher Beweis dafür, wie weit die christliche Liebe in der Bewaffnung gediehen ist.

Aber die Verhältnisse sind nicht allein in Tirol so. Noch ein zweites Land ist ebenfalls in den Bannkreis der Orgeß gezogen worden und über die Verhältnisse und Zusammenhänge gibt ein Brief Aufschluß, den der Gauhauptmann-Stellvertreter der Heimabwehren in Saalfelden, Dr. Franz Huber, an Herrn Steidle geschickt hat. Damals — es war heuer im Sommer — wurde von dem Gauhauptmann-Stellvertreter selbst dargelegt, daß „im Markt Saalfelden 100 Mann zur Hälfte mit Schießwaffen versehen sind, Land Saalfelden: 3 Gruppen zu 33, 56 und 16 Mann, in letzterer alles bewaffnet, in den beiden ersteren Waffenstand nicht festzustellen infolge Mißtrauens der Bauern wegen allfälliger Entwaffnung.

Georgang: 150 bis 200 Mann, Waffen wie in Land Saalfelden.“

Kurz und gut, durch den Brief kommt heraus, daß in allen Teilen Salzburgs in ähnlicher Weise organisiert wird wie in Tirol, daß also das flache Land in Waffen förmlich starrt. Über die Art, wie die Waffen nach Salzburg kommen, gibt ein Dokument Aufschluß, das mir erst heute in die Hände gekommen ist, das ich aber dem hohen Hause im Wortlaut vorlegen muß, weil es in mehrfacher Beziehung interessant ist. (*liest*):

„Landesgendarmenkommando Nr. 1.

Posten Ruchel.

zu Nr. 5 Reservat.

Heimwehrwaffenschmuggel aus Bayern.

An die Bezirkshauptmannschaft Hallein.

Ruchel, 16. Oktober 1920.

Zur hier vorliegenden Anzeige vom 15. Juni 1920, E. Nr. 5 Reservat, wird angezeigt, daß in den Nächten vom 10. bis 15. Oktober 1920 über die Reichsgrenze aus Bayern über das Torrenersjoch und Bluntatal, Postenrayon Golling, durch die Heimwehren des Tennengaus eine große Anzahl Waffen herübergeschmuggelt wurden. In jeder Nacht gingen 30 bis 40, in der Nacht vom 14. bis 15. Oktober 1920 sogar 53 Mann über Bluntal



auf das Torrenersloch und von dort auf die bayrische Königsalpe um die Waffen, jeder Mann sieben Stück abzuholen. Vom Bluntantale wurden sie mit Fuhrwerken — einer der Fuhrleute ist der Sechnerbauer in Torren — in den hiesigen Postenrayon gebracht und von hier wieder für Heimwehren in Abnet weitergeschmuggelt. Auch die Heimwehr Abnetau soll eine große Anzahl Waffen erhalten haben, die über Golling nach Abnetau geschmuggelt wurden. Die Heimwehr in Ruchel soll 400 bis 500 Gewehre und ein Maschinengewehr (keine Handmaschine) bekommen haben. Die Waffen wurden in der Nähe von Ruchel gemeinsam deponiert, sind jedoch bereits auf die ganze Gemeinde in kleinen Partien bis zu fünf Stück verteilt worden. Der Aufbewahrungsort des Maschinengewehres ist mir nicht bekannt.

Die vorstehenden Daten sind mir durch einen sehr verlässlichen Vertrauensmann mitgeteilt worden und die Verteilung in der letzten Nacht habe ich selbst beobachtet. Die Leute arbeiteten ohne zu sprechen und habe ich sie in der Dunkelheit nicht erkannt.

Unterschrift: Ein Revierinspektor.

Für die richtige Abschrift  
ein anderer Revierinspektor.

Hallein, 29. Oktober 1920.

Ich glaube, dieses Dokument wird nicht einmal der Herr Abgeordnete Runschak bestreiten wollen.

Interessant ist aber, was mit solchen Dokumenten geschieht. Aus diesem Dokument geht klar hervor, daß ein großzügiger Waffenschmuggel aus Bayern nach Salzburg betrieben wird und daß die Heimwehren in unerhört großzügiger Weise mit Waffen versehen werden. Die Gendarmen, die ihre Pflicht erfüllen und ihren Dienst sehr brav versehen, erstatten nun an die Bezirkshauptmannschaft die Meldung. Was aber hat der Bezirkshauptmann von Hallein mit dem Dokument gemacht? Er hat es einfach unterschlagen und nicht weitergeleitet. (Hört! Hört!) Auf diese Weise wird nicht allein der Waffenschmuggel gefördert, sondern es werden auch die pflichtgetreuen Gendarmen in ihrem tiefsten Innern getroffen, weil sie erfahren müssen, daß sie, wenn sie ihre Pflicht erfüllen, nicht unterstützt werden, sondern im Gegenteil eine Schadenszufügung erleiden durch ihre eigenen Vorgesetzten. Nebenbei will ich nur sagen, daß nach weiteren Meldungen, die uns zuteil geworden sind, diese Schmuggelbanden nicht nur Waffen, sondern auch Vieh über die Grenzen bringen; denn schließlich und endlich sagen sich die Schmuggler und vielleicht auch die Heimwehren: Geschäft ist Geschäft; sie machen das Geschäft nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Vieh.

Ich möchte nun glauben, hohes Haus, daß diese Tatsachen, die ich vorgebracht habe, deutlich und

klar genug sind. Ich möchte mir nunmehr erlauben, aus diesen Tatsachen die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Die Tatsachen beweisen, daß eine Klasse der Bevölkerung sich gegen die anderen Klassen der Bevölkerung bewaffnet. Die Tatsachen beweisen, daß die Gefahr des Bürgerkrieges durch diese Bewaffnung immer nähergerückt wird. Ich bitte Sie dringend, nehmen Sie diese Dinge nicht leicht. Wenn ich Engelszungen hätte, um zu reden, würde ich reden, um Ihnen klar zu machen, daß Sie sich selbst und das ganze Volk in den Abgrund hineinstürzen mit dieser Art der Bewaffnung. (Zustimmung.) Das, meine Frauen und Herren, ist es aber nicht allein, was ich hier konstatieren möchte, daß Sie selbst die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschwören, sondern was ich hier noch sehr nachdrücklich sagen möchte, ist folgendes: Je mehr Waffen Sie in die Bauernhöfe bringen, je mehr Waffen auf dem flachen Lande verteilt werden, um so größer wird die Anarchie in diesem Staate. Und glauben Sie mir, wenn Sie heute vom Lande nicht mehr genügend Getreide hereinbekommen, wie wir heute ziffermäßig beweisen gehört haben, so ist nicht zum geringen Teile der Widerstand, den die Bauern leisten, dem Umstande zuzuschreiben, daß sie sich heute nicht mehr vor irgendeinem Gendarmen zu fürchten brauchen, weil sie selbst bewaffnet sind. Wenn ich es in einem Satz ausdrücke, so sage ich ihnen: je mehr Waffen Sie auf das Land hinausbringen, um so weniger Brot, Milch und Eier werden Sie in die Stadt hereinbekommen. (Zustimmung.)

Nun aber glaube ich, hohes Haus, daß die Art, wie die Heimwehren von Tirol und Salzburg agieren, und die Art, wie sie in Verbindung stehen mit den Heimwehren von Bayern, auch eine große politische Bedeutung besitzt. Es gibt keine Partei dieses Hauses, die sich nicht prinzipiell für den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich ausgesprochen hätte. Wir alle, so haben Sie wenigstens immer erklärt, stehen auf dem Boden des Anschlusses an das Deutsche Reich. Was geschieht aber seitens der Heimwehren? Diese Heimwehren, die sich verbinden in Bayern, Tirol und Salzburg, das sind nicht die Träger des Anschlußgedankens, sind nicht die Träger jener Idee, die das ganze deutsche Volk zu vereinen sucht. Das sind die Träger jener Idee, die das deutsche Volk noch mehr zerreißt, die eine Grenzlinie zwischen dem Norden des Reiches und dem Süden ziehen will. Das sind die Partikularisten, die, so wie sie früher schon in der Geschichte des deutschen Volkes das größte Unglück heraufbeschworen haben, gerade in der schlimmsten Zeit auch diesmal wieder in der Lage sind, das größte unbeschreibliche Unglück über unser Volk zu bringen: die völlige Zerreißung und die Notmäßigkeit des deutschen Volkes noch mehr als bisher unter fremdes Joch. Wenn also

diese Heimwehren, wie wir genau wissen, die Parole haben, daß sie eintreten mit den Worten: Die Wittelsbach und Habsburg, so haben wir ihnen entgegenzusetzen: Wir haben eine andere Parole, unsere Parole ist: Sie deutsches Volk und der Anschluß. (Beifall.)

Um nun von dem Tiroler Feste selbst zu reden, so müssen Sie doch wohl begreifen, daß die ganze Art der Zurüstung, die ganze Art der provokatorischen Aufmachung auf die Arbeiter unzerstört wirken muß. Es kann Ihnen doch wohl nicht verborgen geblieben sein, daß die Tiroler Arbeiter alles eher wie Bolschewiki sind, so daß sich jeder Arbeiter in der Stadt fragen muß, ja gegen wen rüstet man eigentlich im Lande Tirol und Salzburg? Sie werden doch nicht glauben wollen, daß die wenigen Arbeiter in Innsbruck und Salzburg oder sonst in irgendeinem der wenigen Industrieorte jemals die Absicht gehabt hätten oder haben können, gegen die Bauern, gegen das Bürgertum einen bewaffneten Aufstand zu machen. Sie können doch im Ernst nicht einen solchen Unsinn glauben! (Abgeordneter Dr. Renner: Ein paar ehrgeizige Advokaten reden das den Bauern ein und sie sitzen ihnen wieder auf!) Sie geben das vor, weil sie die Bewaffnung wollen aus vielerlei Ursachen. Dies muß notwendigerweise den Gegendruck der Arbeiter auslösen und führt damit zu Ereignissen, wie wir sie jetzt haben. Ich frage Sie: Was ist für dieses Land ein größerer Schade, ob dieses Festschießen in Innsbruck stattfindet oder der Generalstreik nunmehr das ganze Land in seinen Wirtschaftsbeziehungen lahmlegt? Und die Antwort werden Sie selbst geben können, wenn Sie sich die Frage versuchen ruhig klarzumachen.

Nun, verehrte Frauen und Herren, glaube ich, daß in diesem hohen Hause doch niemand sein wird, der eine Politik mit Bewußtsein fördert, die darauf hinausgeht, das herbeizuführen, was wir uns bemühten, zwei Jahre von uns fern zu halten, den Bürgerkrieg. Ich glaube, daß die Beurteilung solcher Treibereien allgemein sein müßte. Ich bitte Sie, wenn Sie noch einen Funken Gefühl für unser Volk haben, einen Funken Gefühl für die ruhige Entwicklung des Staatswesens, dann versuchen Sie, mit diesen Heimwehren fertig zu werden, dann versuchen Sie, gegen diese Heimwehren aufzutreten,

denn diese sind der Keim der größten und ärgsten Erschütterungen, vor die wir gebracht werden können. Und ich bitte Sie, glauben Sie mir wohl, daß wenn es uns in zwei Jahren gelungen ist, den Bürgerkrieg zu verhindern, nicht zumindestens die Tatsache dies bewirkte, daß die Arbeiter soviel Disziplin und Selbstbeherrschung geübt haben wie es tatsächlich der Fall war. Aber wenn nunmehr die Politik auf der anderen Seite in anderer Weise geführt wird, wenn nunmehr versucht wird, aufzurüsten und wenn nunmehr versucht wird, die Arbeiterschaft mit Gewalt niederzuhalten, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß das im Lande Deutschösterreich nicht möglich ist. (Sehr richtig.) Wir drohen Ihnen nicht, daß wir der Waffengewalt ohne weiteres Waffengewalt werden entgegensehen, wir sagen Ihnen aber, daß die Arbeiterschaft auch ökonomische Machtmittel hat, um selbst mit den Heimwehren fertig zu werden. Wenn es aber gar nicht anders geht und wenn die Vernunft auf der anderen Seite absolut nicht einkehrt, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir den Standpunkt aufstellen: Entweder alle haben Waffen oder keiner hat Waffen. (Beifall.) Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir Sie gewarnt haben, mehrmals gewarnt haben vor den Heimwehren überhaupt, daß wir Sie gewarnt haben vor der Abhaltung dieses Festes. Wir warnen Sie in letzter Stunde noch einmal und hoffen, Sie werden soviel Vernunft haben und soviel Selbsterhaltungstrieb, daß Sie nicht zündeln mit dem Feuer. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Es ist auch kein Antrag gestellt worden, somit ist dieser Gegenstand erledigt.

Die nächste Sitzung schlage ich für morgen Samstag, den 20. November, halb 4 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung vor: Wahl der Bundesregierung.

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben oder ein Gegenantrag gestellt? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Somit verbleibt es bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 7 Uhr 35 Minuten abends.**



